

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 5.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 17. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das freisinnige Würzburg.

Die Freisinnspresse verpußt ein wahres Freudenfeuerwerk, daß es dem Berliner Freisinn, der zu seinen gewöhnlichen Versammlungen kaum ein paar hundert Männlein zusammen zu trommeln vermag, gelungen ist, am Sonntag im Zirkus Busch deren 6000 zusammen zu bringen. Wie in den Reden im Zirkus Busch immer wieder die gehobene Stimmung über diese Massendemonstration durchbrach — da sehe man, daß der Freisinn tatsächlich etwas hinter sich habe! — so auch in der Presse. Als ob es nicht geradezu ein unmögliches Armutszeugnis gewesen wäre, wenn der Freisinn, der Zehntausende von Zirkularen versandte, nicht einmal eine solche Versammlung zustande gebracht hätte. Bei den 87 000 freisinnigen Stimmen, die der Freisinn allein in Berlin aufgebracht hat, konnte doch an dem Gelingen dieser Versammlung gar nicht gezweifelt werden, zumal die Partei alle ihre Größen als Referenten hatte ankündigen lassen.

Nicht der starke Besuch der Versammlung also kann als das Charakteristische gelten, sondern das Verhalten der Versammlung. Dieses Verhalten aber legt den Vergleich mit der Würzburger Katholikenparade ebenso nahe, wie das ganze Arrangement der Versammlung. Statt von zwei, höchstens drei offiziellen Rednern die politische Situation gründlich erörtern zu lassen und dann der Versammlung selbst die Möglichkeit zu einer Aussprache zu gewähren, setzte man nicht weniger als neun Referate auf die Tagesordnung. Es war wie im Variété oder auf einer Zentrumsparade: eine Spezialität nach der anderen wurde vorgeführt — nur daß diese festrednerische Massenproduktion viel früher ermüdete, nicht nur als ein wirkliches Spezialitätentheater, sondern auch als eine ganz schlechte Volksversammlung. Viele Besucher, die den ersten Rednern weidlich applaudiert hatten, zogen es vor, bereits nach Anhören des fünften und sechsten Redners das Weite zu suchen. Kein Wunder, denn um ein 2 1/2 stündiges Ragout von inhaltslosen Phrasen und Schlagworten zu ertragen, bedarf es wirklich eines gewissen Heroismus.

Das Arrangement war freilich mit allem Vorbedacht so getroffen worden. Nach den Zuschriften freisinniger Handwerker und Arbeiter an die „Volks-Zeitung“ konnte es scheinen, als könne es bei einer Debatte zu Auseinandersetzungen kommen, die den bloßbegehrten und hühnerhandelsküsternen Führern nicht gerade lieblich in den Ohren geklungen hätten. Das mußte verhindert werden. Man mußte die 2 1/2 stündige Tagung — denn die um 12 Uhr beginnende Versammlung mußte nach dem von den Mietern des Lokals getroffenen Abkommen um 3/8 Uhr Ende erreichen! — vollständig mit Referaten ausfüllen, deren Aufgabe es war, die Hörer derart zu ermüden, daß sie den Schluß als Erlösung empfanden. Und in dieser Beziehung hat sich denn auch das Arrangement glänzend bewährt. Die schon eine Stunde vor Schluß eintretende Nacht zahlreicher Besucher und das Uff der Erlösung, mit dem allseitig der endliche Schluß begrüßt wurde, bewiesen das. Die Ueberfättigung der Hörer zeigte sich auch in dem vielhundertstimmigen Dravo, mit dem die Wendung des siebenten der neun Redner, des Stadtverordneten Cassel begrüßt wurde, er wolle nun zum Schluß kommen!

Die Zusammenziehung der Versammlung entsprach einigermaßen der sozialen Schichtung der Berliner Freisinnswähler. Neben den Repräsentanten der Börse und des Handels waren auch Elemente des Mittelstandes und Hühnerhandelsküsterner Arbeiter stark vertreten. Für die Delegierten und ihre Angehörigen war die Range reserviert, für die Freisinnswähler im Smoking und in Glacés, die auch in größerer Zahl Damen mitgebracht hatten, die sonst nur spärlich vertreten waren, die bevorzugten Ränge und Logen. Die große Masse der Mittelständler und Proletarier hielt die billigen Ränge und den Olymp besetzt. Verschiedene Male unternahm diese Masse einen tumultuarischen Sturm auf die für Berlin W. reservierten feudalen Plätze. Die ersten Male gelang es den Ordnern, den Ansturm abzuwehren, zuletzt siegte das Volk, das man schließlich auch gewähren ließ, da der erwartete Zug aus Bourgeoisfreisen ohnehin ausblieb.

Herr Kaempf eröffnete um 12 Uhr den Reigen der Redner mit einigen allgemeinen Bemerkungen. Als zweiten Redner hatte man das greise Enfant terrible der Partei, den Abgeordneten Albert Träger vorgeführt. Vermutlich lag dieser Anordnung gewisse Absicht zugrunde. Lag doch die Gefahr nahe, daß dieser Redner, der noch bis zuletzt in der Presse den Wahlrechtsschacher energisch bekämpft hatte, den anderen Rednern in die Parade gefahren wäre, wenn er nach ihnen gesprochen hätte. So konnte er unter starkem Beifall — allerdings in sehr abstrakter und darum sehr abgeblähter Form — seine bekannten Ansichten entwickeln; die folgenden Redner, die sich in diametralsten Gegensatz zu Träger stellten, sorgten schon für die Verwischung seiner Ausführungen, die darin gipfelten, daß gerade in dieser Zeit, wo schon einige Verächter den neuen Frühling des Liberalismus ankündigten, doppelte Vorsicht, doppelte Energie geboten sei. Man möge sich hüten, einige fremdliche Zustände für dauerhafte Verpflichtungen, etwaige halbe Erfolge für ganze Erfolge zu halten. Das freisinnige Würzburg sei viel

zu bescheiden. Daran, daß der Liberalismus so weit zurückgebrängt worden sei, trüge nicht zum mindesten diese Bescheidenheit schuld.

Herr Traeger fand stürmischen Beifall, aber ebenso stürmischen, zum Teil noch stärkeren Beifall erhielten die Herren Wiemer, Fischbeck und Müller-Reinigen, die nach ihm die Blockpolitik verherrlichten, den Wahlrechtsverrat als freisinnige Tat priesen und nach Herzenslust unter läppischer Ausnutzung entstellter Zitate und gefälschter Tatsachen auf der Sozialdemokratie herumpunkten!

Ein nettes Trisolum von Sozialistenfressern, diese Herren Wiemer, Fischbeck und Müller-Reinigen! Herr Wiemer der echte Demagoge, der ebensogut in eine antisemitische Versammlung passen würde, der mit drohendem Vapbariton die soziale Klassenverfälschung predigte und den sozialistischen Klassenkampf niederdonnerte. Herr Fischbeck in Ton und Sprechweise der trockenen Parlamentarier, der sich erst in überhitzte Temperamentsausbrüche hineinredete, als er die arglistige Verruchtheit der Sozialdemokratie geißelte, die dem Freisinn zumutet, für ein freisinniges Prinzip zu kämpfen, statt die Volksrechte für Börsen- und andere kapitalistische Liebesgaben zu verschachern! Herr Müller-Reinigen der spitzige forensische Schönredner, der seine alten Kulturkampfpaukerischen, sozialistendönerischen Bonmots frisch aufpoliert und auf die Schür endloser juristendeutscher Perioden aufgereiht hatte. Der wackere Kulturstreiter des Freisinn schleuderte vernichtende Geistesblitze gegen das Zentrum und die bayerische Sozialdemokratie, wie überhaupt das „schwarze Kartell“, das doch ebenso sehr eine Ausgeburt freisinniger Phantasie ist, wie das schwarz-blaue Kartell der agrarisch-börsenähnlichen Paarung eine schmachvolle Tatsache!

Nach diesen Rednern fielen die Herren Cassel, Weill und Kopsch bedeutend ab. Herr Kopsch speziell, der die fleischgewordene Trivialität, die reine Siegesallee redete, sicherte sich nur dadurch einen guten Abgang, daß er seinen Spech in eine Ovation für den alten Langerhans ausmündete. Herr Dr. Weill aus Karlsruhe lobte die Freisinnskommune Berlin über den Schellendans und holte sich einmal sogar Beifall durch einen Vergleich, den er aber falsch anwandte. Er verglich nämlich die Sozialdemokratie mit einer großen Fabrik mit zahllosen tüchtigen Arbeitern und vorzüglichen Werkmeistern, die nichts als — Windproduzieren. Der Vergleich stammt von Prof. Max Weber, der ihn auf die teleologische Richtung in der Sozialwissenschaft anwandte. Herr Weill wandte ihn gegen die Sozialdemokratie, wodurch das gestreiche Gleichnis abgeschmakt wurde. Herr Weill möge sich aber merken, daß die Aneignung fremder Arbeit zwar auf ökonomischem Gebiet Quelle des Reichtums, aber auf geistigem Gebiet Beweis eigener Armut ist!

Und die Versammlung rechtfertigte durch ihr Verhalten die Devise der Arrangeure, daß die Masse gelulst werden muß! Sie jubelte trotz der Würzburger Zentrumsstatistik jedem banalen Schlagwort, jedem Witzchen, wenn auch bei dem proletarischen Teil der Versammlung die Ausfälle gegen die Sozialdemokratie bemerkenswerter Zurückhaltung begegneten, was auch das „Berliner Tageblatt“ konstatiert. Aber die Masse fiel bei jeder unterirdischen Phrase ein, wie eine wohlgeschulte Clique. Selbst der hurrapatriotische Schlagler erregte Beifallstürme: so das Wort des badischen Redners von dem „geliebten Landesfürsten“.

Und dann, nachdem noch die obligaten Hochs ausgebracht waren, ging die Versammlung friedlich nach Hause! Nicht eine Stimme des Protestes erhob sich gegen den in Namen des ganzen Freisinnus proklamierten Wahlrechtsverrat, nicht eine Stimme gegen das skandalöse Weisheitschreiben des Prot- und Fleischwuchers auf dem soeben beendeten Parteitag! Mit einem Wort: die Zirkus-Busch-Vorstellung war das freisinnige Würzburg!

Aber wenn der Freisinn wähnt, jetzt alle Hindernisse zum Wahlrechtsschacher und Volksverrat hinweggeräumt zu haben, so irrt er! Die Sozialdemokratie wird im Namen des verrottenen Volkes Rechenschaft heischen!

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.

Wenn nicht das Interesse für das gleiche Recht in Preußen alles andere in den Hintergrund drängte, lohnte sich wirklich eine eingehendere Analyse des Parteitages der Freisinnigen Volkspartei. Sie würde zeigen, in welch jämmerlichem Maße diese Partei verfallt, wie rasch sie die abschüssige Bahn hinabtaumelt, auf der vor ihnen die Rationalliberalen hinabgeglitten sind. Stolz für Stolz gibt die Partei auf, was sie einst als Prinzip verkündet hat. Militär- und marinefromm, kolonialbegeistert sind die Herren ja innerlich längst gewesen und der Tod Eugen Richters hat sie von der letzten Rücksicht befreit, die sie ihren Gefühlen noch auferlegten. Aber dieser Parteitag hat gezeigt, daß sie auch in den Fragen der Wirtschaftspolitik immer mehr zurückweichen. Es ist kein Wunder, daß sie jetzt, an den Block gefesselt, nicht den Mut fanden, den Berliner Antrag anzunehmen, der nämlich der drohenden Lebens- und Ruttremittelteuerung die Suspendierung der

Wucherzölle verlangt! Aber auch die Freiheit, die sie sonst am höchsten schätzten, die wirtschaftliche Freiheit haben sie, um mit Traeger zu sprechen, glücklich parzelliert. Wo ihr Prinzip der Demagogie im Wege steht, da opfern sie das Prinzip, um ungeförter Demagogie treiben zu können. Und gellen noch die Ohren von dem freisinnigen Geschrei, daß der Befähigungsnachweis ein reaktionärer Schwindel sei, eine Erfindung der Finsternis oder noch schlimmer, des Antisemitismus, um den kleinen Mann zu „verheizen“. Auf dem Parteitage aber erklärte bereits Dr. Wiemer, man dürfe „aus der Frage des kleinen Befähigungsnachweises keinen Prästien freisinniger Gesinnung machen“. Die Jüngster können wirklich zufrieden sein! Wer den kleinen Befähigungsnachweis ehrt, ist bald den großen wert.

Mit um so größerer Kraft aber verteidigen die Freisinnigen die letzten Fehden, die sie von der einen, großen, unteilbaren Freiheit, an die der alte Traeger glaubt, übrig gelassen haben: Die Freiheit der Börse, die Kaempf so begeistert pries, wie sonst Herr v. Oldenburg das nationale Schwein und die Freiheit der Ausbeutung. „Die gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Arbeitstages für männliche Arbeiter ist geradezu ein Spandernis für die Arbeiter, mehr zu erreichen.“ Diese verschimmelte, reaktionäre Ansicht des Abg. Cuno — sie ist die einzige von allen Anschauungen, in denen sich die freisinnige Volkspartei seit fünfzig Jahren trenn geblieben ist, aus dem einfachen Grunde, weil sie in diesem Punkte nicht mehr reaktionärer werden konnte.

Aber das alles wird noch übertroffen durch die Zümmlichkeit, die dieser Parteitag in der Behandlung des wichtigsten und ernstesten Problems der politischen Entwicklung des deutschen Volkes bewiesen hat. Schon daß man Herrn Fischbeck, diesen Bezirkspolitiker letzten Ranges, zum Referenten bestimmt hat, ließ das schlimmste befürchten. Und man muß es Herrn Fischbeck lassen, er hat die Erwartungen noch übertroffen. Er hat die Lebensfrage des deutschen Volkes benutzt zu einem Gezänke mit Raumann und zu einem Geleise gegen die Sozialdemokratie. Kein Wort gegen die Junker, kein gegen die Regierung! Aber Verdächtigung über Verdächtigung gegen die Partei, die entschlossen ist, mit aller Energie für jene Forderung zu kämpfen, die die Volkspartei ja als ihre eigene anzuerkennen immer wieder versichert!

Aber wir sind wahrhaftig geduldige Leute, wir würden dem Freisinn auch seine Schimpfereien verzeihen, wenn er nur der Sache des gleichen Rechts nicht zugleich den schlimmsten Schaden angetan hätte. Als ob er es gar nicht mehr erwarten könnte, ist Herr Müller-Sagan, Fischbeck würdiger Kumpan, den Wahlrechtskämpfern gleichsam anticipando in den Rücken gefallen. „Sollen wir etwa der Forderung folgen, auf die Straße gehen und Demonstrationspolitik treiben! Wir haben uns in allen Kämpfen (wirklich Kämpfen, die Freisinnigen und Kämpfe!) auf dem Wege der Ordnung und der gesetzlichen Bestrebungen gehalten, um und unseren Ziele zu nähern, und wir werden gut tun, auf diesen Wegen weiter zu wandeln.“

Tatsächlich und nach 50 Jahren wird das Dreiklassenwahlrecht wieder ein Jubiläum feiern!

Weiß denn dieser Müller wirklich nichts davon, wie das Wahlrecht draußen in der Welt erobert worden ist? Wo hat denn irgendwo ein Privilegienparlament auf seine Privilegien anders verzichtet als unter dem Druck einer unüberstehlichen, immer mächtiger ansetzenden Volkswegung? Sollen wir von den mächtigen Volkswegungen erzählen, die in England die Parlamentarierreform, von den Revolutionen, die in Frankreich das suffrage universel eroberten? Was in Belgien nicht erst der Massenstreik den verbrochenerischen Widerstand der Privilegierten? Und die Demonstrationstreiks in Schweden, der Demonstrationstreik und die grandiosen Straßendemonstrationen in ganz Oesterreich am Tage der Parlamentseröffnung, waren sie nicht die mächtigsten und wirksamsten Mittel, das gleiche Wahlrecht zu erreichen?!

Aber freilich, es waren Mittel, das Ziel zu erringen, und Herr Müller-Sagan liebt nur die Mittel, die dazu führen, sich dem Ziele zu nähern. Ja, dem Ziele sich nähern, das Ziel anstreben, das Ziel hochhalten — aber um alles in der Welt nicht das Ziel erreichen, das ist Freisinnspolitik, das ist Freisinnstaktik!

Fürwahr, die Konservativen können zufrieden sein und sie sind es auch. Wir wüßten kein vernichtenderes Verdikt über diesen angeblich freisinnigen Parteitag als es das Lob der „Konseru. Korresp.“ ist:

In der preussischen Wahlrechtsfrage jedoch will der Freisinn sich von den Drängern nicht beeinflussen lassen. Nach der vom Parteitage gefassten Resolution wird die freisinnige Fraktion des Abgeordnetenhauses „wie bisher mit allem Nachdruck“ (man merkt den Dohn!) für die Vereinfachung des Dreiklassenwahlrechts eintreten.

Wirklich, die neuen Landsknechte der preussischen Junker sind billig. Um das Handgeld der Erlaubnis des Vorkaufhandels, um das Vorkaufrecht einer Vereinsreform stellen sie sich als Wächter vor das Volk der Rechte!

Aber die Herren des Blocks mögen sich nicht täuschen. Die Frage des gleichen Rechts ist keine Frage der Sozialdemokratie allein, es ist die Frage aller Entrechteten, die Frage von 85 Proz. des preussischen Volkes. Der Parteitag der freisinnigen Bourgeois muß den freisinnigen Arbeitern die Augen öffnen, muß ihnen zeigen, daß mindestens in dieser Frage ihr Platz einzig und allein sein kann an der Seite ihrer Massengenossen, daß sie in diesem Kampfe gehören, in die ebenso die entrechteten Arbeiter des Zentrums gehören. Daß das ganze Proletariat bis

zum letzten Mann erfahre, daß es sich beim preussischen Wahlrecht um seine wichtigsten geistigen und materiellen Interessen handle, das jetzt die nächste und dringendste Aufgabe unserer Agitation!

Die Eröffnung des Parteitag.

Essen, 15. September.

Nach der Vorstadt Rütterscheid wagt eine gewaltige Menschenmenge hinaus. In dem riesigen Festzelt in der Franziskastraße ist kein Platz mehr frei. Kampfmelodien und lustige Weisen ertönen vom Podium — ein fortwährendes Kommen und Gehen flutet durch den Raum, der für dieses Revier der massig zusammengeballten Arbeitercharen nicht entfernt ausreicht. Die Errichtung eines größeren Zeltes ist besamlich von leicht zu erratender Seite hintertrieben worden. Dieselben Einflüsse haben es auch nicht zugelassen, daß der Parteitag im städtischen Saalbau tagt. So hat er denn nach Rütterscheid ins Gildenhäus hinauswandern müssen. Ein großer und geräumiger Saal nimmt ihn auf, herb und schmucklos in seiner Erscheinung, wie dies Revier gigantischer Arbeit, wo eine treibhausartige Entwicklung des Kapitalismus der Schönheit nur wenig Raum ließ. Die große Galerie, mit rotem Tuch besetzt, ist schon zwei Stunden vor der Eröffnung von einer dichtgedrängten Menge gefüllt. Vom grünumbuschten Podium blüht erst sinnen die Wäste Diebstahls auf die Delegierten; ihr gegenüber schaut Kuers Bildnis von der Galerie herab.

Im Festzelt wurde um 1/5 Uhr die gewaltige Volksversammlung eröffnet. Von jubelndem Beifall begrüßt, nahmen die Genossen Bebel und Singer auf dem Podium Platz. Erneuter jubelnder Applaus brach aus, als Bebel ansah zu reden und in feurigen, aufklärenden Worten die riesigen Fabrik-Zwingburgen, die der Kapitalismus auf diesem Stück Erde errichtet hat, als Zeugen anrief für die Notwendigkeit unseres Kampfes; nirgends im Reich rede die Erde so deutlich und anschaulich wie hier von der Notwendigkeit der Expropriation der Expropriateure. Nachdem der begeisterte Beifall verklungen war, zeichnete Singer in scharfen Strichen die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung im Ruhrrevier. Er erinnerte an das Kaiserwort vom zerschüttelten Tisch, und unter dem stolzen Hinweis auf die Fortschritte, die seitdem gemacht worden und die in wenigen Wochen mit der Herausgabe eines eigenen Parteiorgans für den Essener Wahlkreis eine neue Etappe vollenden, schloß er mit dem jubelnd aufgenommenen Wort: „So steht die niedergedrückte Sozialdemokratie aus“. Um 1/2 Uhr war die imposante Kundgebung beendet, an der 4000—5000 Personen teilgenommen hatten.

Um 7 Uhr erfolgte im Saale die Eröffnung des Parteitages. Arbeiterfänger sangen das Begrüßungslied des Züricher Genossen Robert Seidel. Mächtig brausten die feurigen Tonzellen durch den weiten Raum.

Ein Essener Genosse sprach einen Prolog. Dann bestrich Genosse Gewehr, der Kandidat des Kreises Essen, das Rednerpult und hieß die Delegierten willkommen. In markigen Strichen zeichnete er die enormen Schwierigkeiten der Parteiarbeit im Ruhrrevier.

Singer, der im Namen des Parteivorstandes die Eröffnungssede hielt, entrollte ein lebendiges Bild der „amerikanischen“ wirtschaftlichen Entwicklung des Industriereviere, um dann einen Blick auf die Aufgaben des Parteitages zu werfen. Lebhaften Widerhall fanden seine energischen Worte zur preussischen Wahlrechtsfrage.

Schnell ward die Konstituierung des Bureau und der Kommissionen erledigt. Dann setzte ein heftiges Gespräch ein. Die Absoluten verlangten, daß einer der Älteren als Korreferent zur Alkoholfrage spreche. Der Parteitag war mit dem Vorstände der Meinung, daß die Stellung der Partei zur Alkoholfrage so einheitlich ist, daß die Notwendigkeit eines Korreferats nicht vorliegt.

Ein zweites Gefecht entspann sich um den Antrag, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Götner und Bebel feuerten die Klinge. Der Parteitag lehnte jedoch den Antrag ab. Die Sitzung schloß mit der Annahme der unveränderten Tagesordnung, die der Parteivorstand vorschlug.

Erste Sitzung.

Österreichische Grüße eröffneten die Montagssitzung. Nach den Reden des Reichstagswählers und des Deutscher Reichstagswählers ergänzte Ebert den Vorstandsbericht durch interessante Ausführungen über das Verhältnis der sozialdemokratischen Organisierten zur Zahl der Reichstagswähler. Besonders lebhaftes Interesse fanden seine Mitteilungen über die Verhandlungen des Vorstandes mit den lokolorganisierten Gewerkschaften. Diese Ergriffenheit zog durch den Saal, als er zum Schluß in warmherzigen Worten Kuers gedachte. Bericht gab den Kassenbericht. Er führte stolze Zahlen vor. Die erste Million Abonnenten der Parteipresse ist bereits stark überschritten. Sachlich, langweilig und doch fesselnd sprach Schulz über Parteischule und Bildungsausschuß. Frisch und lebendig setzte die Diskussion ein. Ein heftiger Angriff Niems-Dresden auf die Lokallisten fand bei einem Teil des Parteitages Anklang. Genossin Baader, die einen feurigen Appell an die Genossen richtete, die Frauenbewegung mehr als bisher zu unterstützen, erhielt die Redezeit verlängert. Ihre Anführung, daß die Frauen eine Enquete über das Verhalten der organisierten Genossen zur Frauenbewegung, insbesondere darüber, ob ihre Gattinnen organisiert sind, veranstaltet werden, erregte fast allgemeine Heiterkeit.

Den Hauptinhalt der am Nachmittag fortgeführten Diskussion bilden die Lokallistenfrage und die Frauenagitation. Daneben werden lokale Scherzen laut; und die Vertreter von Bezirken, die im Bericht des Parteiführers mit großen Zuschüssen aufmarschierten, schildern die großen Schwierigkeiten der Parteiarbeit ihrer Gegend. Bemerkenswerte Beiträge zur Lokallistenfrage lieferten die Genossen Reichel, Stuttgart, Baader, Solingen, Luetz-Hamburg. Wirkungsvoll griff auch Wels-Verlin ein. Den Höhepunkt erreichte die Debatte durch eine prächtige Rede Bömelburgs, die den einmütigen Beifall des Parteitages fand und die Annahme der Parteileitungsresolution als gesichert erlies. Der Antrag Dresden 6 wurde, nachdem sich mehrere Redner gegen ihn ausgesprochen hatten, im Laufe des Nachmittags zurückgezogen. Auch Genosse Silberschmidt trat mit Wärme für die Vorstandsresolution ein und warf das Gewicht der Generalversammlung für sie in die Waagschale.

Mit gutem Humor und erfrischender Energie plädierte Genossin Bie für die Förderung der Agitation unter dem weiblichen Proletariat; dasselbe tat für die Polenagitation der Genosse Gasse. Vorher hatte Bruhns schon die unvergleichlich schwierigen Verhältnisse Oberschlesiens geschildert. Um 1/2 Uhr wird die Diskussion geschlossen. Schnell sind die Schlussworte der Referenten erledigt. Gegen vier Stimmen wird die Resolution des Vorstandes zur Lokallistenangelegenheit angenommen.

Knapp und prägnant saß sich Parteisekretär Müller in der Begründung des Vorstandsantrages auf Errichtung eines Reichstagsbüros aus. Er wendet sich gegen den Vorschlag, die Angelegenheit zu vertagen und schlägt vor, die Beratung einer Kom-

mission von fünfzehn Mitgliedern zu überweisen. Eine Diskussion findet nicht statt. Der Parteitag beschließt die Einsetzung der Kommission.

Marokko.

Aus Marokko kommen zurzeit — eine liebliche Abwechslung im blutigen Spiel — einmal wieder Friedensklänge. Die in den beiden übrig gebliebenen Vägern vereinigten Kabulen haben sich zurückgezogen, der Stamm der Schaujas und andere Stämme sind in Friedensunterhandlungen mit General Drude eingetreten, ja sogar einige maurische Familien sind nach Casablanca, dem zerschossenen und ausgebrannten, zurückgekehrt. Frankreich soll deshalb die Absicht hegen, auf weitere Offensive einstweilen zu verzichten und nur die Häfen zu beschützen.

Demgegenüber liegen allerdings auch wieder andere Meldungen vor. Die beiden Kabulenlager sollen nur verlassen worden sein, weil sich die Kabulen zurückzogen, um Verstärkungen zu erwarten. Ferner wird aus London, eine allerdings nicht ganz sichere Nachrichtenquelle, gemeldet, daß Mulay Hafid am 23. September mit der Gefolgschaft von 2000 Mann von Marrakesch direkt nach Rabat marschieren wolle, wo es dann, 100 Kilometer nordöstlich von Casablanca, zur nächsten Entscheidung kommen werde.

Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß es zu baldigen „Entscheidungen“ irgend welcher Art einstweilen überhaupt nicht kommen wird. Die Kabulen werden nicht so leicht sich dem Feuer der Schiffgeschütze erneut aussetzen oder auch nur die Truppen Drudes in der bisherigen Weise angreifen. Sie werden sich zurückziehen und warten, bis man den Vormarsch ins Innere antritt, wo die Chancen der Angreifer sich immer mehr verringern. Die marokkanische Frage dürfte noch auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte hinaus manche harte Nuß zu knaden geben. Denn was nützt die best funktionierende Polizei in den Häfen, wenn im Binnenlande die Autorität der Mächte nicht anerkannt ist!

Die vorliegenden Telegramme lauten: Tanger, 15. September. Nach Beobachtungen, die vom Fesselballon aus angestellt wurden, ist nicht nur das Lager von Taddert, sondern auch die Lager von Titt Mellil und Merfich geräumt worden. Die Kabulen ziehen sich in der Erwartung der Ankunft Mulay Hafids in die südlichen Gebirge zurück. Die Verluste der Marokkaner am vergangenen Mittwoch haben angeblich 800 Mann betragen. Die französischen Granaten setzten vielfach die Pulverbörsen in den Zelten in Brand.

Paris, 15. September. Nach hier eingegangenen telegraphischen Nachrichten verhandelt der Stamm der Schaujas mit den anderen Stämmen, und dies ist der Grund, weshalb der Waffenstillstand erbeten und bewilligt wurde. Ein in Casablanca eingetroffener Abgesandter der Schaujas erklärte, daß, wenn die anderen Stämme sich nicht mit ihnen ins Einvernehmen setzen wollten, die Schaujas zu Gewaltmaßnahmen greifen würden.

Paris, 15. September. Aus Casablanca wird von gestern gemeldet: Die Lage ist andauernd ruhig. Die Mahallas von Merfich und Titt Mellil lagern jetzt außerhalb der Tragweite der Geschütze. Seit gestern wird die Rückkehr einiger Marokkaner gemeldet, die sich um Sidi Ramen zu sammeln scheinen. Einige maurische Familien hatten darum gebeten, nach Casablanca zurückkehren zu dürfen. Sie sind gestern eingetroffen und heute, nachdem ein Verkehr mit ihnen angestellt worden war, in die Stadt eingelassen worden. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß Frankreich jetzt entschlossen sei, Casablanca dem spanischen Kommandanten zu übergeben, sobald die militärischen Operationen beendet seien, erklärte Clemenceau, daß diese Frage noch nicht zur Erwägung stehe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September 1907.

Die neue Flottenvorlage.

Die Panzerplattenindustriellen sollen durch die „Verl. Neueste Nach.“ der Regierung folgendes Ultimatum:

„Eine neue Flottenvorlage muß diesen Winter kommen, mag sie nun Flottenerweiterung oder sonstwie heißen; sie muß die Forderungen enthalten, die die zwingende Macht der Taktiken an unsere Marine stellt, mögen auch frühere Baupläne darüber über den Haufen geworfen worden. Höher denn alle weise Theorie steht machtvoll die praktische Forderung des Tages, und die heißt: Schneller bauen!“

Das Zentrum hat durch Peter Spahn von der Waterkant ja bereits die Mehrbewilligung von 40 Millionen in Aussicht gestellt. Und der Freisinn hat ebenfalls gezeigt, daß er an Flottenpatriotismus hinter dem Zentrum nicht zurückbleiben will. Unter solchen Umständen mag ja das Ultimatum der Panzerplattenindustriellen bei der Regierung keinen Eindruck nicht verfehlen! —

Freisinnige Rospsequilibristen.

Das „Berliner Tageblatt“, dessen Waffengänge gegen die „subalternen Geister“ des Freisinn mit einer so kläglichen Niederlage geendet haben, wendet sich nunmehr beschwörend an den Essener Parteitag:

„Der Essener Parteitag wird die Probe auf das Exempel machen, ob die Sozialdemokratie in der revolutionären Phrase erstarren, oder ob sie sich trotz alledem zu einer Kulturpartei mausern wird. Wir geben zu, daß der Augenblick für eine Umkehr nicht günstig ist. Immerhalb des Liberalismus, aus des „entschiedenen“, macht sich der Drang zu positiver Mitarbeit an zweifelhaften Geschäften im Reich und in Preußen stärker geltend, als es den Vertretern des Proletariats erwünscht sein kann. Aber zuletzt kommt es doch immer darauf an, ob man etwas erreichen, oder ob man nur Phrasen dreschen will. Es liegt gerade im proletarischen Interesse, die Möglichkeiten einer freideutlichen Politik zu stärken. Freideutliches Vereinsgesetz im Reich, Durchführung des Reichstagswahlrechts in Preußen (2), das sind zwei große Aufgaben, die gefördert oder gehemmt werden können, je nachdem sich die Sozialdemokratie in Essen entscheidet. Wir warten ab, was der sozialdemokratische Parteitag beschließen wird, aber wir sind allerdings der Meinung, daß der politische Fortschritt gewinnen würde, wenn die Sozialdemokratie zunächst die bürgerliche Freiheit zu verwirklichen sich bemüht.“

Das Roffe-Watt gibt selbst zu, daß der Freisinn sich in zweifelhaften Geschäften einläßt. Statt den Kampf um das Reichstagswahlrecht in Preußen aufzunehmen, sächert und prachert er mit den Junkern! Und da soll die Sozialdemokratie die selbst dem freisinnigen Börsenblatt zu „zweifelhaften Geschäften“ des Freisinn mitmachen? Das ist doch etwas zu viel verlangt!

Mag doch der Freisinn sich erst einmal zum Kampf um die „bürgerliche Freiheit“ aufraffen! Dann ist ihm von vornherein die sozialdemokratische Hilfe sicher! Doch er aber durch die Rauferei zum Nationalliberalismus die Sozialdemokratie zu einer ähnlichen Rauferei animieren könnte, ist doch eine allzu naive Annahme.

Die Rauferei muß sich also umgekehrt vollziehen. Sobald der Freisinn demokratisch geworden ist, wollen wir ihn mit Vergnügen unterstützen. Und wir sollen meinen, daß das „Verl. Tagebl.“ gerade angesichts des Parteitages der „Freisinnigen Volkspartei“ alle Ursache hätte, seine lebenswürdigen Mahnungen zunächst einmal an den Freisinn zu richten! —

Krieg im Frieden.

Bei dem in den letzten Tagen abgehaltenen „Kaiser-Manöver“ sind dem Voloch Militarismus wieder die üblichen Opfer dargebracht worden. Infolge der enormen Marschleistungen sind die Mannschaften mancher Regimenter „wie die Fliegen“ gefallen. Oberst a. D. Gaedke bemerkt darüber im „Verl. Tagebl.“:

„Einer hiesigen Korrespondenz zufolge hat der Kaiser am Schluß des letzten Manövertages eine einschneidende Kritik gehalten, bei der er sich keineswegs rückhaltlos anerkennend ausgesprochen zu haben scheint. Allerdings soll er die Marschleistungen gelobt haben, ohne wohl über den tatsächlichen Zustand der Truppe genügend unterrichtet gewesen zu sein. Wie es in dieser Hinsicht nach den langen und meines Erachtens ohne genügenden Grund zu Weitsäufen gestuften Rennen ausfiel, darüber habe ich schon neulich unverbürgte Zeugnisse angeführt.“

Ich bin heute in der Lage, einen weiteren Augenzeugen aus dem „Rheinisch-westfälischen Zeiger“ (Nr. 200) reden zu lassen. Er spricht sich folgendermaßen aus: „Eine strenge Kritik milderte den Tag hindurch, selbst in den Mittagstunden die Wärme so angenehm, daß es eigentlich unüberhörlich ist, wie bei manchen Regimentern über 300 Mann zusammengebrochen sind und die Feldlazarette dem Bedürfnis kaum genügten. Bei den Ganseaten, dem 76. Regiment, mußten 30 Leute, die schwer erkrankt sind, mit dem Feldtransport abtransportiert werden, und einzelne Reservisten werden sich heute einen Knack fürs Leben geholt haben.“

Gaedke führt weiter an, daß Marsche von 60 Kilometer und darüber ausgeführt worden wären und daß deshalb die Zahl der Zusammengebrochenen nur zu verständlich sei!

Auch wir nehmen an, daß Wilhelm II. von diesen Dingen ungenügend unterrichtet war. Denn sonst würde sich die Schärfe seiner Kritik wohl zweifellos gegen solche ungeheuerlichen Anforderungen, die geradezu Versündigungen gegen die manövrierenden Mannschaften darstellen, gerichtet haben.

Schlimm genug, wenn Mannschaften im Krieg Todesmarche machen müssen. Aber wenn man schon gegen Parforceritte, wo Pferde auf der Straße bleiben, im Namen der Humanität und Vernunft schärfsten Einspruch erheben muß, so noch viel schärfer gegen solche Manövermarche!

Stellen schon die sogenannten Distanzmärsche Auswüchse einer törichten Sportfregerei dar, denen nicht der geringste praktische Wert inneohnt, so sind Distanzmärsche bei Manövern erst recht verwerflich! Wenn die Herren Vorgesetzten mit Kuhfuß und vollgepacktem Tornister solche Marsche mitmachen müßten, würden wahrscheinlich die Regimenter ohne Führung am Ziel ankommen und die Absurdität solcher durch nichts gerechtfertigten Kraftproben ein für alle Male bewiesen sein! —

Neue Steuerpläne.

Unter den neuen Steuerprojekten, die das Reichshofamt dem Reichstage vorzulegen gedenkt, befindet sich auch, wie in verschiedenen Blättern berichtet wird, die Zigaretten- und Bänderolsteuer. Bereits bei den Reichstagsverhandlungen über die neue Zigarettensteuer wurde vielfach der Wunsch Ausdruck gegeben, daß ihre zur Ergänzung die Zigaretten- und Bänderolsteuer nachfolgen werde, und der Herr Staatssekretär Freiherr v. Stengel erklärte denn auch am 4. November vorigen Jahres ganz freimütig, daß „vom steuerlichen und vom sozialpolitischen Standpunkt“ aus das Bänderolsteuer den Vorzug habe.

Unter diesen Umständen verdient eine jüngst erschienene Schrift eines Herrn Dr. Julius Lissner, der früher Leiter einer Zigarettenfabrik war, über die „deutsche Tabakfrage“ besonderes Interesse, denn sie zeigt, zu welchen Konsequenzen das Bänderolsteuer führt. Der Verfasser des Werks schätzt den Konsum an Zigaretten in Deutschland auf 8 Milliarden Stück pro Jahr. Davon kommen:

1 Milliarde auf	4 Pf. Zigaretten
6,12	5—6
0,8	7—10
0,08	über 10

Für diese vier Klassen von Zigaretten macht Herr Lissner folgende Steueranschläge:

Kleinverkaufspreis:	Steuer per Mille:
bis zu 4 Pf. per Stück	3 M.
5—7	6
8—12	12
über 12	24

Außerdem soll für importierte Zigaretten noch ein besonderer Zoll eintreten.

Die Gesamtkosten der Steuererhebung und Kontrolle werden auf 25 Millionen geschätzt, so daß rund 60 Millionen der Reichskasse fließen sollen.

Die Lasten, welche durch diese Steuerpläne den vier Raufereiklassen erwachsen würden, schätzt Herr Lissner folgendermaßen ein: Der Angehörige der Klasse IV (12 1/2 Proz. aller Zigarettenraucher; die relativ Armen) raucht seine 3 und 4 Pf. Zigaretten zu demselben Preise weiter wie bisher; eine selbst dem erfahrenen Raucher kaum merkbare Qualitätsminderung ist nicht absolut ausgeschlossen, aber unwahrscheinlich.

Der Angehörige der Klasse III (76 1/2 Proz. aller Zigarettenraucher; die breite Mittelschicht) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, statt 5 später 8 Pf., statt 6 später 7 Pf. für seine Zigarette bezahlen und hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 10 M. zu erwarten.

Der Angehörige der Klasse II (10 Proz. aller Zigarettenraucher; die Wohlhabenden) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, statt 12 später 15—16 Pf., überhaupt insgesamt 3 1/2 Pf. mehr als vorher für seine Zigarette zahlen. Raucht er aber importierte Havanna-Zigaretten, so muß er 7 Pf. mehr als bisher für seine Zigarette zahlen. Der Raucher feinsten, in Deutschland hergestellter Zigaretten hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 35 M., der „Importraucher“ eine jährliche Mehrausgabe von 70 M. zu erwarten.

Es erwachsen demnach selbst dem bescholtenen Raucher, der jetzt täglich nur zwei oder drei Zigaretten zu 5 Pf. raucht, ganz beträchtliche Mehrausgaben. Raucht er zum Beispiel täglich drei Zigaretten, dann muß er künftig 8 x 35, also 10 M. 95 Pf. mehr für Zigaretten pro Jahr ausgeben als heute, und bei einem täglichen Verbrauch von fünf Zigaretten zu 5 Pf. pro Stück steigt gar die Mehrausgabe

auf 18 M. 25 Pf. Die Folge würde sicher eine Abnahme des Zigarettenverbrauches sein und diese wieder ein Rückgang der Zigarettenfabrikation, das heißt eine Entlassung von so und so vielen Arbeitern, die bisher in der Zigarettenherstellung ihr Brot fanden. Jedoch die Welt- und Kolonialpolitik erfordert neue Mittel, und da die Interessenten dieser Politik die Kosten nicht tragen wollen, müssen die Genussmittel der breiten Masse herhalten.

Der Bruderschmah der Bloch- und Busch-Genossen.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ leitet ihren Bericht über die Jüdisch-Busch-Versammlung ihrer freisinnigen Bloch-Brüder mit folgendem Stimmungsbild ein:

„Auf der erhöhten Tribüne saßen die Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei aus Reichstag und Landtag. Die gegenüberliegende Ehrenloge war augenscheinlich ganz für den Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde vorbehalten. Mit Recht konnte am Schluß der Versammlung der Rektor Kopsch feststellen, daß es dem Freisinn gelungen sei, lockige Jünglinge mit Blut und Begeisterung für politische Ideale zu erhitzen, aber er hätte im Hinblick auf die Zweidrittelmehrheit der Anwesenden sich genauer ausgedrückt: Schwarzlockige Jünglinge. Auch die anwesenden Damen waren wohl ziemlich zahlreich durchweg in der Gegend der Börse und der „Grand Synagoge“ nicht fremd.

Entsprechend dieser Zusammenziehung der großen Versammlung war der Beifall mäßig und matt, so lange von den berechtigten Interessen von Handwerk und Landwirtschaft schäntern die Rede war; er schwoß freudig an, so oft ein glücklicherweise abwesender Antisemit geschloffen wurde; aber er wuchs zum Orkan, als man den braven, schön bekannten Männern, die sich auf der Börse schweiß- und bluttriefend ihre Brotkrusten verdienen, Häufe und Weisand versprach.“

Vielleicht verleiht Herr Fischbeck auch dies Jüdisch-Busch-Genossen ein, wenn er künftig den Bloch gegen den verachteten Hohn der Sozialdemokratie verteidigt! —

Oesterreich.

Das Landtagswahlrecht!

Wien, 15. September. Aus Anlaß der morgen stattfindenden Eröffnung der Landtage wurden in mehreren Landeshauptstädten von den Sozialdemokraten Kundgebungen für das allgemeine Landtagswahlrecht veranstaltet; die Kundgebungen verliefen ohne Zwischenfall.

Frankreich.

Ersatzwahlen.

Paris, 15. September. Bei den heute stattgefundenen Ersatzwahlen zur Deputiertenkammer wurde in Nismes (Dep. Puy-de-Dôme) Vigier (sozialistischer Radikaler) und in Graç (Dep. Haute Saône) Rogally (Radikaler) gewählt. In Luze (Dep. Corèze) wurde Mond (Radikaler) gewählt.

Italien.

„Modernismus“.

Pius X. ist ein rühriger Herr. In den vier Jahren seiner „Regierung“ hat er die Welt bereits mit einer langen Reihe von Enzykliken beglückt, denen ein Plädoyer im Kuriositätenkabinett der Zukunft gewiß ist. Unter dem Eindruck der jüngsten „Reperen“ bringt der heilige Vater nunmehr eine weitere Enzyklika heraus, in der die Nichtlinien festgelegt werden, auf denen „die wahre katholische Wissenschaft“ gegen jene „Modernisten“ marschieren soll, die an der Grundlage der dreimal geheiligten katholischen Dogmen und — was noch schlimmer ist — des „heiligen Stuhles“ zu rütteln wagen.

Offiziell wird über die neueste Papstbulle gemeldet:

Rom, 16. September. Die Enzyklika über den Modernismus, welche heute abend vom „Osservatore Romano“ veröffentlicht werden wird, stellt fest, daß der Modernismus jetzt eine schwere Gefahr für die Kirche geworden, und daß es eine der ersten Pflichten des Papstes ist, gegen diese Gefahr Vorkehrungen zu treffen. In eingehender, knapper Weise zerlegt die Enzyklika den Modernismus und unterteilt seine verschiedenen Richtungen in der Philosophie (Agnostizismus und Immanentismus), im Glauben (Subjektivismus und Symbolismus), in der Theologie (Anwendung der vorgenannten Richtungen), in der Geschichte und Kritik und in den Reformen (Radikalismus, welcher die Grundlage der Dogmen der Hierarchie und der Disziplin untergräbt). Aus allem diesem müsse der Schluß gezogen werden, daß der Modernismus eine Zusammensetzung aller Reperen sei, und daß er folgerichtig zur Gottesleugnung führen müsse. Die zügellose Wüßbegierde und der Ehrgeiz des Individualismus, die Unkenntnis und Nichtachtung der wahren, katholischen Wissenschaft und der pflichtgemäßen, katholischen Lehre seien es, welche den Modernismus in einen beträchtlichen Teil der Katholiken und selbst des Klerus gefaßt haben. Der Papst erinnert an die Maßnahmen, die Leo XIII. zur Bekämpfung derartiger Verirrungen getroffen hat, und ordnet folgendes an:

1. Der Unterricht in der scholastischen Philosophie und Theologie in allen Seminaren und an allen katholischen Universitäten mit Studiengängen für positive Theologie hat in aufrichtig katholischen Geist zu erfolgen.
2. Die Modernisten müssen aus der Leitung und dem Unterricht in den Seminaren und an den katholischen Universitäten entfernt werden.
3. Die Bischöfe müssen ebenso wie die Delegierten des heiligen Stuhles für die Fernhaltung des Klerus und der Gläubigen von der modernistischen Presse Sorge tragen.
4. In jeder Diözese ist für die Prüfung von katholischen Veröffentlichungen ein Zensorenkollegium einzusetzen. Ferner wird das Verbot des Leo XIII. bestätigt, welches der Geistlichkeit untersagt, ohne die Erlaubnis des Bischofs Zeitschriften zu redigieren. Die geistlichen Mitarbeiter von Zeitschriften sind zu überwachen.
5. Den Weiblichen ist verboten, Kongresse abzuhalten, abgesehen von sehr seltenen Ausnahmefällen, in denen keine Gefahr des Modernismus, Presbyterianismus und Laizismus besteht. Ferner wird die Errichtung eines Überwachungsrates in jeder Diözese gegen die Verbreitung moderner Irrtümer angeordnet, worüber die Bischöfe an den Papst Bericht zu erstatten haben.

Soweit das Rundschreiben. Dem hohen Klerus kann man nicht verdenken, daß er sich seiner Haut, in der's ihm mit der Zeit wohl doch ein wenig ungemütlich wird, nach Kräften wehrt. Ob er allerdings mit den mittelalterlichen Formen und Formeln gegen die modernen „Reper“ und „Reperen“ des 20. Jahrhunderts auf die Dauer auskommen wird, das ist eine andere Frage. Der katholische Klerus, der im Laufe der Jahrhunderte schon so unendlich viele Konfessionen gemacht hat, wird es nicht abweisen können, daß — wie so manches andere — schließlich einmal auch sein Windmühlkampf wider die Vernunft nebst Diktanden und Enzyklika gegen den „Modernismus“ — modern.

China.

Hongkong, 15. September. (Nebung des Westerschen Bureau.) Aus verschiedenen Provinzen der Provinz Kwangsi werden gleichzeitige Aufstände gemeldet. Die Aufständischen tragen Fahnen mit der Aufschrift: „Das Volk wird von den Beamten zum Aufstand getrieben.“

Hongkong, 16. September. Ein hartnäckiges Gefecht von 12 Stunden Dauer hat bei der Stadt Ling-shan, gehörig zur Präfektur Hung-tshan in der Provinz Kwang-tung, stattgefunden. Eine Verstärkungsabteilung der kaiserlichen Truppe marschierte sechzig Meilen von Kwang-sie und entsetzte schließlich die Stadt. Die Aufrechter, die mit modernen Waffen versehen waren, durchschnitten die Telegraphenleitung. Es heißt, die Führer seien Auswanderer, die aus den Straits Settlements und aus Annam zurückkehrten, von wo sie ihre militärische Ausrüstung mitbrachten. — Kanonenboote patrouillieren die Küste ab, um den Schmuggel zu verhindern. —

Kanada.

Die Japanerfrage wird auf dem Arbeiterkongress für Kanada, der gestern, Montag, in Winnipeg eröffnet wurde, ganz besonders gewürdigt werden in Anbetracht der jüngsten Unruhen in Vancouver und anderen Orten Kanadas. Einige Delegierte wollen für einen Generalkrieg durch ganz Kanada eintreten, um der Regierung zu zeigen, daß es sich nicht um lokale Vorgänge, sondern um eine nationale Strömung gegen die Japaner handelt. Es ist aber fraglich, ob solche Stimmen auf dem Kongress durchdringen werden.

Die Zahl der über Hawaii nach Kanada gelangenden Japaner mehet sich zusehends. Während selber pro Jahr 500—600 Japaner in kanadischen Häfen landeten, sind in diesem Jahre schon über 4000 gekommen, von denen 2500 in Kanada bleiben wollten, während der Rest sich auf der Durchreise befand. Die feindseligen Demonstrationen der Bevölkerung gegen diesen Zustrom werden immer häufiger. —

Die russische Revolution.

Die „Säuberung“ des Heeres.

Am 10. November 1907 erließ die Regierung auf Grund des berichtigten Art. 87 ein Gesetz, laut welchem Personen, die irgend eines Staatsverbrechens angeklagt oder unter polizeiliche Aufsicht gestellt waren, in den Militärdienst nicht aufgenommen werden durften. Dieses Gesetz verfolgt den Zweck, allen „verdächtigen“ Personen den Zutritt zur Armee unmöglich zu machen, um letztere vor ihrem „verderblichen“ Einfluß zu schützen.

Die zweite Duma hob dieses Gesetz kurze Zeit vor ihrer Auflösung auf, und die Regierung sah sich gezwungen, von der Anwendung desselben einige Zeitlang Abstand zu nehmen.

Jetzt jedoch, angesichts der bevorstehenden Rekrutenaushebung, hat der Ministerrat in der Sitzung vom 10. September den Beschluß gefaßt, das von der Duma aufgehobene Gesetz wiederum auf Grund des Art. 87 der Grundgesetze in Kraft treten zu lassen! —

Pogrom.

Odesa, 16. September. Während der Vererdigung des ermordeten Polizeioffiziers Gartschenko ertönten vielfach Revolvergeschüsse; viele Personen wurden verwundet. Die jüdische Bevölkerung des Stadtteils Moldamanka ist in größter Aufregung. Es wurden massenhafte Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei 30 Juden verhaftet wurden. Der Stadthauptmann beruhigt die Bevölkerung.

Der Verein Arbeiterpresse.

Essen, 15. September 1907.

Am Sonnabendabend begann hier im Palmengarten die Generalversammlung des Vereins. Der Geschäftsbericht des Vorstandes gab zu einer längeren Debatte über die Aufgaben des Vereins Anlaß. Allgemein herrschte die Ansicht, daß der Verein, der in seinen ersten Jahren zweifellos mancher zur Abschaffung von Mißständen in den Arbeitsverhältnissen der Redakteure getan und durch die Gründung der Unterstützungsvereine sich ein bleibendes Verdienst sowohl um die Partei, als um die Parteiangestellten erworben hat, seit einigen Jahren kein rechtes Arbeitsfeld mehr gefunden hat. Indes war die Mehrheit der Ansicht, daß deshalb dem Verein nicht die Existenzberechtigung abgesprochen werden dürfe — es könnten Zeiten kommen, da er wieder größere Aufgaben zu lösen haben werde. Vorschläge, die Generalversammlung künftig vom Parteitage loszulösen und durch Delegierte beschließen zu lassen, wurden abgelehnt. Die Zahlung von Diäten an die Teilnehmer der Versammlung wurde nach den Vorschlägen des Vorstandes genehmigt.

Heute vormittag nahm die Versammlung das Referat des Vorstandesmitglied Genossen Kurt Eisner über das geplante Nachrichtenbureau entgegen. Die Verhandlung förderte eine bunte Menge verschiedener Vorschläge und Anträge zutage, endete aber mit dem Beschluß, die sämtlichen Resolutionen und Anträge durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären, ohne daß der Verein dazu Stellung nimmt. Indes soll das Bureau diese Anträge und Resolutionen der Kommission, die der Parteitag mit der Beratung der Frage betraut wird, als Material überweisen.

Eine längere Debatte gab es sodann über einen Hamburger Antrag, daß der Vorstand des Vereins von der Hauptversammlung aus der Mitgliedschaft Berlin gewählt werde. Bisher waren die Mitglieder des Vorstandes über verschiedene Orte des Reiches zerstreut. Die Bestürmer des Antrages stützten an, daß die Tätigkeit des Vorstandes bedeutend erleichtert sei und fruchtbarer sein werde, wenn er an einem Orte vereint sei. Von der anderen Seite wurde entgegen, daß die Aenderung gegen den bisherigen Zustand zu groß sei, um so plötzlich beschlossen werden zu können. Die Mehrheit entschied sich indessen für den Antrag. Die Vorstandswahl ergab als gewählt die Genossen Wurm, Grünwald, Heint. Schulz, Robert Schmidt und Bloch, sämtlich in Berlin. Die Genossen Schulz und Schmidt gehörten dem Vorstand bereits an, Wurm, Grünwald und Bloch sind an die Stelle von Thiele, Eisner und Wipinski getreten.

Mit einigen Worten des Dankes, die Genosse Wurm dem bisherigen Vorsitzenden Genossen Thiele und den übrigen scheidenden Vorstandesmitgliedern aussprach und einer Erwiderung des Genossen Thiele, worin er dem neuen Vorstand gute Arbeit wünschte, schloß die Generalversammlung.

Gewerkschaftliches.

Der Streik in der Niederkaufl.

Senftenberg, den 18. September.

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, ist der Ausstand perfekt geworden. Die Arbeiter haben in letzter Stunde noch versucht, den Frieden aufrecht zu erhalten. Im Auftrage der Lohnkommission hat sich der Obmann derselben am 10. d. Mts. mit einer Eingabe an den zuständigen Staatsaufseher, den Herrn Bergmeister Richter für das Revier West-Nottbus gewandt. Höflich und bescheiden bitten die Bergleute darin den Revierbeamten um seine Vermittlung. Auf das Schreiben lief folgende Antwort ein:

„Nottbus, den 13. September 1907.

Auf Ihre Eingabe vom 10. d. Mts., welche heute in meine Hände gelangte, teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich sofort bei dem Verbands der Niederkaufler Kohlen-

werke angefragt habe, ob meine Vermittlung erwünscht ist. Falls die Antwort bejahend ausfällt, dann werde ich sofort die weiteren Schritte tun. Inzwischen bitte ich Sie, mir noch anzugeben, welche Werke in vorliegendem Falle in Frage kommen.

Die Arbeiter haben darauf sofort das Nötige veranlaßt — bis heute liegt aber eine Antwort noch nicht vor. Ob die Unternehmer die von dem Bergmeister Richter angebotene Vermittlung annehmen werden, ist bei ihrem ganzen bisherigen Verhalten kaum anzunehmen. Dafür tragen sie dann die volle Verantwortung für das, was kommt!

In echt junkerlich-bourgeoischer Regierungswissenschaft hat der preussische Massenstaat den wirtschaftlichen Kampf zum Klassenkampf gestempelt. In den Abendstunden des Sonnabends und am Sonntagmorgen kamen Gendarmen, Verstärkungen mit den Jügen an. Die „Hüter der Ordnung“ waren mit Säbel, Revolver und Schießprügel doppelt bewehrt und bewaffnet. Mitgebrachte Koffer und größeres Gepäck bewiesen, daß sie sich auf eine längere Anwesenheit einrichteten. Sie werden auf die benachbarten Ortshäuser und Gruben verteilt werden und dort zwischen Kohlenstaub und Flugasche ein beschauliches Leben führen. Die Ordnung wird von der Streikleitung aufrechterhalten. Die Speiser von Senftenberg waren so viel „Saub“ ganz ängstlich geworden. Ueberall wurde ernsthaft über die Frage diskutiert, ob in welcher Zeit und von wo die — Soldaten am schnellsten herzubekommen wären.

Hand in Hand mit dem behördlichen Unternehmerfuch durch Gendarmen gehen sonstige Maßnahmen der Provinzialbehörden. Den Wirten des Kreises Kalau ist folgende Verfügung zugegangen:

„Auf landräuliche Anordnung wird von heute ab die Polizeistunde für alle Räume Ihres Lokals auf 11 Uhr abends hiermit festgesetzt.“

Von der Maßnahme, die plötzlich und unerwartet kam, sind besonders die Wirte hart getroffen, die eine Lustbarkeit für den Sonntag veranstaltet hatten und Anschaffungen dazu gemacht hatten.

Auf den „Hörlicher“ (nicht Wärlcher Werken) lief die Kündigung Sonnabendabend ab. Die Arbeiter des Werkes sowie die Grube „Verta“ bei Soso sind seit heute morgen ausständig. Neu hinzugekommen ist die „Stadtgrube“ in Senftenberg. Die Arbeiter dieser Grube hatten erst gar nicht mit gekündigt; nach einer gestern stattgehabten Belegschaftsbesprechung, in der der Ausstand beschlossen wurde, legten die Arbeiter sofort die Arbeit nieder.

Berlin und Umgegend.

Die Zimmerer und der Kampf im Baugewerbe.

In einer Delegiertenversammlung der Zahlstelle Berlin des Zimmererverbandes gab der Kassierer Welfam die Abrechnung über die Lohnbewegung für die Zeit vom 15. Mai bis 24. August. Streikunterstützung wurde gezahlt an 2181 Verheiratete, 2953 Kinder derselben, 707 Ledige, 793 Abgereiste, 77 Frauen und 125 Kinder derselben. Hierfür wurden aus der Hauptkasse 171 045,30 Mark gezahlt. Die den Streikenden gewährten östlichen Zuschüsse, Mietzuschüsse, Familienunterstützungen und sonstige Aufwendungen betragen 47 985,23 M. Insgesamt sind demnach 219 030,53 M. für den Streik ausgegeben. Für zwei Platzsperrn nach dem Streik sind 500,10 M. aufgewandt.

Nach Erledigung des Berichtes und Entlassung des Kassierers wurden Blaudau als Revisor und Kuchendäcker als Kontrolleur gewählt.

Den Bericht über die Lohnbewegung erstattete der Vorsitzende Witt. Er sagte unter anderem: Die Behauptung der Unternehmerorgane, die Arbeiter hätten durch die Aufhebung des Streiks ihre Niederlage bestritten, ist durchaus falsch. Wenn auch die Arbeiter ihre Taktik änderten, so haben sie doch den Kampf nicht aufgegeben und das Ziel desselben nicht aus den Augen verloren. Einige Unternehmer sind der Aufforderung ihrer Führer gefolgt und haben die Bewilligungen zurückgezogen. Ueber die Geschäfte derselben ist die Sperre verhängt worden. Außerdem ist ein Geschäft gesperrt, welches die Forderungen noch nicht bewilligt hatte. — Die allgemeine Lage ist bei weitem nicht so günstig wie man erwartet hatte. Die gegenwärtige Unzufriedenheit läßt viel zu wünschen übrig. Die Arbeit, auf die man für den Herbst rechnete, ist ausgeblieben. Ein starker Zug von außerhalb macht sich bemerkbar, zum Teil dadurch veranlaßt, daß sich die Unternehmer bemühen, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Viele der tüchtigsten Verbandsmitglieder sind gegenwärtig arbeitslos. Eine kürzlich vorgenommene Feststellung hat ergeben, daß in 35 Baugeschäften, welche nicht bewilligt haben, 628 Zimmerer zu den alten Bedingungen arbeiten. Aus alledem erhellt, daß die Verhältnisse sich ungünstiger gestaltet haben als man es vor einigen Wochen ermaßen konnte. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse ist die Leitung der Zahlstelle im Einverständnis mit dem Vorstande der anderen Organisationen zu dem Vorschlage gekommen, die Beschlüsse vom 9. August soweit aufzuheben, als sie jedem Mitgliede zur Pflicht machen, nur zu den neuen Bedingungen zu arbeiten. Wäre die Arbeitslosigkeit jetzt so günstig, wie man erwartet hatte, dann würde man eine verhängnisvolle Kampfmethode eintreten lassen. Aber nach Lage der Verhältnisse wird es in diesem Jahre nicht mehr gelingen, den 8 1/2 Stunden tag durchzuführen. Es empfiehlt sich deshalb, die vorgeschlagene Aenderung der Taktik anzunehmen. Im nächsten Jahre muß mit erneuter Kraft vorgegangen werden. Die Unternehmer müssen so lange beunruhigt werden, bis die Forderungen der Arbeiter allgemein anerkannt sind. Nach gründlicher Diskussion nahm die Versammlung die nachstehende, von der Zahlstellenleitung vorgelegte Resolution mit 65 gegen 38 Stimmen an:

„Mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse im Baugewerbe von Berlin und den Vororten, erklärt die heute, am 18. September 1907, tagende Zahlstellenversammlung den Abschluß der Resolution vom 9. August 1907 bis auf weiteres für aufgehoben.“

Im übrigen steht die Versammlung nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse vom 9. August. Dem Vorstand wird es zur Pflicht gemacht, überall da für die Durchführung dieser Beschlüsse Sorge zu tragen, wo sich die Möglichkeit dazu bietet. Arbeitsverhältnisse sowie Verhängung von Platz- oder Wasserperren dürfen nur unter Zustimmung der Organisationsleitung vorgenommen werden.

Die Versammlung erwartet von den Mitgliedern, daß sie in der gegenwärtigen Situation ihre volle Schuldigkeit tun und den Anweisungen des Vorstandes gewissenhaft Folge leisten.“

Ferner wurde beschlossen, daß die Extrabeiträge nur noch bis zum Sonnabend den 21. September erhoben werden.

Der Streik der Steinarbeiter. Die Steinarbeiter sehen jetzt in der dritten Woche im Streik. Sie haben keinen Grund, mit dem bisherigen Verlauf ihrer Bewegung unzufrieden zu sein, denn 15 Firmen haben die aufgestellten Forderungen bereits bewilligt. Etwa hundert Mann stehen noch in den Streiklisten verzeichnet und sind entschlossen, auszuhalten, bis sie den Erfolg auf ihrer Seite sehen. Es handelt sich hauptsächlich noch um drei größere Firmen, die vor dem Streik zusammen 110 Mann beschäftigten; unter den letzteren sind viele ältere Leute, einige waren 10 bis 20 Jahre in ihren Stellungen. Die Organisation sorgte für diese Leute, daß sie bei anderen Firmen eintreten konnten. Der Kampf gegen die drei Hauptgegner wird energisch fortgeführt.

Die Arbeiter der Musikinstrumentenfabrik G. W. Moritz, Wilhelmsstraße 13, befinden sich seit einigen Tagen im Streik. Einem dort beschäftigten Arbeiter wurden im Konflikt wegen einer Arbeit Wappseifen angeboten und er legte darauf die Arbeit nieder. Mit ihm aimaen mehrere seiner Kollegen, weil schon lange die ganzen

Lohn- und Arbeitsverhältnisse unerträglich wären. Die Firma zahlte bei zehnstündiger Arbeitszeit Löhne von 85 und 87 Pf. Der Höchstlohn für den Werkführer, der mitarbeitet, beträgt pro Stunde 50 Pf. Trotzdem Arbeiter ausgeführt werden müssen, die der Firma einen großen Verdienst bringen. So kostet beispielsweise ein Schellenbaum, wie ihn die Militärkapellen haben, 2000 Mark — der Arbeiter bekommt dafür, da er ihn in einer Woche fertigstellen muß, 35 M.

Nachdem so die Arbeiter daran gingen, den Betrieb zu verlassen, erklärte sich Herr Moritz zur Einführung der neunstündigen Arbeitszeit bereit. Der Vertreter der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, dem die Arbeiter angehören, überredete diejenigen, die die Arbeit niedergelegt hatten, wieder in den Betrieb hineinzugehen, um eventuell, da der Chef schriftlich versprochen hatte, Verbesserungen einzuführen, auf gutlichem Wege etwas zu erreichen. Die Forderung der Arbeiter auf neunstündige Arbeitszeit — mit dem bisherigen jämmerlichen Lohn wollten die Arbeiter sich begnügen — wurde dem Herrn schriftlich unterbreitet, jedoch mit den Worten abgelehnt, er verdiene so schon nichts und müsse Rücksicht auf die Konkurrenz nehmen.

Darauf legten sämtliche dort beschäftigten Arbeiter geschlossen die Arbeit nieder und wurden vom Chef als entlassen erklärt. Als sie ihren Lohn abholen wollten, sagte der Herr Postleferant einem der Arbeiter an die Brust, schob ihn zur Tür hinaus und schrie: „Maus, Ihr Bakasche, der ganze Metallarbeiterverband ist eine Banditenorganisation; geht doch hin, zu Eurem organisierten Lumpengehülde, Ihr Pöndel!“ Von dem geringen Lohn behielt dann der edle Chef noch je 2 Tage ein, angeblich weil er sich daran schäblich halten will. Es wurden nun mit dem Rühnemannerverband, dem die Firma angeschlossen ist, Verhandlungen angebahnt, und fand eine Sitzung statt, zu der Genosse Bekandt vom Metallarbeiterverband offiziell als Vertreter geladen wurde.

Das Ergebnis der Verhandlung war, daß sich Herr Moritz bereit erklären mußte, seinen Arbeitern die neunstündige Arbeitszeit bei dem bisher verdienten Lohn zu gewähren. Trotzdem versuchte Moritz, beim Wiederantritt den Leuten den Lohn zu kürzen, hatte jedoch infolgedessen damit kein Glück, als alle Mann geschlossen wiederum die Fabrik verließen.

Rummehr erklärte er sich dazu bereit, den vereinbarten Lohn zu bezahlen. Als jedoch die Arbeiter in dem Glauben, es sei alles geregelt, die Arbeit aufnehmen wollten, wurde ihnen ein Nachtrag zur Arbeitsordnung vorgelegt, der unter anderem folgende rigorose Bestimmungen enthält:

„Die Arbeitszeit beginnt früh 7 Uhr, doch wird die Fabrik 5 Minuten vor 7 Uhr geschlossen, später kommende werden erst um 9 Uhr eingelassen.“

Vor der Lohnzahlung haben die Arbeiter die Fabrik gründlich aufzuräumen und damit erst aufzuhören, wenn der Herr Chef damit zufrieden ist und die Fabrik für sauber erachtet.“

Ferner war eine 14tägige Kündigungsfrist vorgesehen.

Selbstverständlich haben die Arbeiter diese Annahme damit beantwortet, daß sie wiederum einmütig die Fabrik verließen. Auf erneute Anfrage bei dem Sekretär des Industriellenverbandes, Herrn Kasse, erklärte dieser, daß es etwas Derartiges gar nicht geben könnte, mußte aber nach einiger Zeit mitteilen, daß Herr Moritz von seinem Verlangen nicht abgehen will.

Wegen der Lohnzahlung für die einbehaltene zwei Tage schweben augenblicklich die Klagen beim Berliner Gewerbegericht. Da der Herr versuchte, aus der sächsischen und österrösischen Ruffinstrumentengendarmen Arbeitswillige heranzuziehen, werden die dort erscheinenden arbeiterfreundlichen Blätter auf die geschändeten Verhältnisse extra aufmerksam gemacht.

Die Bauanschläger nahmen in einer Versammlung am Sonntagmorgen im Gewerkschaftshaus Stellung zum Ablauf ihres Tarifvertrages. Hans Loos unterbreitete den Vorschlag der eingeleiteten Kommission, der darin lautete, von einer Kündigung Abstand zu nehmen. Der Ansicht der Kommission waren die Vertrauensmänner beigetreten, die Beratendbesprechungen der Verbandmitglieder veranlaßten, um die Ansicht der Kollegenchaft zu hören. Am 1. April 1908 läuft der bestehende Tarifvertrag ab, der vor drei Jahren geschlossen wurde. Findet am 1. Oktober keine Kündigung statt, so bleibt der Vertrag auf ein weiteres Jahr in Geltung. Loos erklärte, daß die Zeit für die Bauanschläger gegenwärtig nicht günstig genug sei, um einen Angriff auf die Position der Unternehmer wagen zu können. Man brauche aber auch einen Angriff der Unternehmer nicht zu fürchten. Das Kräfteverhältnis beider Parteien hält sich die Waage, und wer jetzt angreife, habe das größere Risiko zu tragen. Man könne auch ruhig davon absehen, etwa in Verhandlungen einzutreten, die doch zwecklos sein müßten; der schroffe Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer werde auf beiden Seiten klar erkannt; da handle es sich nur noch darum, wer über eine größere Macht verfüge. Diese Macht in der Organisation aller Bauanschläger zu stärken, sei gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Nach einer längeren Diskussion erklärten sich die Versammelten gegen wenige Stimmen dafür, die Vorschläge der Kommission anzunehmen und den Vertrag nicht zu kündigen. — Es wurde vielfach hervorgehoben, daß der Vertrag verbesserungsbedürftig sei, aber man einigte sich darin, daß man vorläufig Zurückhaltung üben wolle.

Zum Streik in der „Morgenpost“.

Das Buchdruckerhilfspersonal der Firma Hiltstein, das gegen den Willen des Hilfsarbeiterverbandes am Sonnabendabend in den Ausstand trat, nimmt heute die Arbeit auf Veranlassung der Organisation zu den alten Bedingungen wieder auf. Die „Morgenpost“, die im Verlage der Firma Hiltstein erscheint, hatte am Sonntag durch den ausgebrochenen Streik ein sehr „reduziertes“ Aussehen.

Die Buchbinder in Potsdam-Rowawes haben den Meistern einen Tarif eingereicht mit neunstündiger Arbeitszeit und einem Minimallohn für Gesellen im ersten Jahre von 20 M., für Gesellen, die nur drei Jahre gelernt haben, im ersten Jahre 18 M., für alle übrigen Gehältern 22 M., Spezialarbeiter 24 M., für ungeübte Arbeiterinnen 8—9,50 M. und für geübte Arbeiterinnen 12—13,50 M. 17 Meister haben geantwortet, daß sie die Löhne der Gehältern annehmen, im übrigen aber an einer 9stündigen Arbeitszeit festhalten. Die Löhne der Arbeiterinnen zu regeln, wäre nicht notwendig (J), da sie fast alle im Accord beschäftigt werden. Man ist mit diesen „Vermittlungen“ nicht zufrieden, hofft aber vorläufig durch mündliche Verhandlungen mit den Meistern noch zu einem günstigeren Resultat zu kommen.

Deutsches Reich.

Der Magistrat muß nachgeben. Der von den Dreilauer städtischen Arbeitern so häufig geforderte und vom Magistrat stets abgelehnte Arbeitsnachweis ist jetzt doch noch von ihm eingerichtet worden. Ein schöner Erfolg der Organisation.

Die Direktoren der Zudersfabriken von Barth, Boldogel und Friedland in Mecklenburg versuchen die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes mit allen erdenklichen Mitteln zu verfolgen. Im kommenden Monat beginnt nun die Kampagne in den genannten Fabriken. Die Direktoren mahnen nun nicht allein unsere Mitglieder, d. h. wollen dieselben nicht einstellen, sondern auch Mitglieder anderer Gewerkschaften stellen sie nicht ein. Dagegen machen genannte Direktoren trampschiffe Versuche, Arbeitskräfte von auswärts, besonders aus Mittel- und Süddeutschland, heranzuziehen.

Die organisierte Arbeiterschaft, besonders aus Mittel- und Süddeutschland bitten wir, sich nicht nach obengenannten Ortschaften anmerken zu lassen. Wollen die Direktoren Arbeitskräfte haben, so sind in jenen Ortschaften genügend Arbeiter wie Bauhandwerker und auch ungelehrte Arbeiter, welche gern die Arbeit verrichten möchten. Die Direktoren hoffen deshalb die organisierte Arbeiterschaft, weil sie fürchten, eines guten Tages gezwungen zu werden, höhere Löhne als bisher und kürzere Arbeitszeit gewähren zu müssen.

Wäge also der Zugang von genannten Ortschaften ferngehalten werden, damit die heimischen Arbeiter nicht ohne Arbeit sind und

mit ihren Familienangehörigen eventuell gezwungen sind, hungern zu müssen. Auch brauchen sich, wenn nur einigermaßen der Zugang gemindert wird, unsere dortigen organisierten Arbeiter der Liebergorde (die Herzen sind eifrige Förderer des Reichslügenderverbandes) nicht zu unterwerfen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Gauleitung 4 des Fabrikarbeiterverbandes.

J. A.: Bierenhütter-Stein.

Achtung, Fensterputzer! Die Fensterputzer Hamburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben ihre Forderungen den Unternehmern bereits eingereicht. Da die Unternehmer allem Anschein nach Säuerlichkeiten machen werden, ersuchen wir unsere Kollegen, strengste Solidarität zu üben und Arbeit während der Dauer der Bewegung nach Hamburg auf keinen Fall anzunehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Hamburger Reinigungsanstaltsbesitzer durch alle möglichen Manipulationen versuchen werden, Arbeitskräfte nach Hamburg zu ziehen.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Staatskreterei im Culengebirge.

Sonntagmittag fand in Langenbielau, der Zentrale des sächsischen Weberbundes, eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher Gauleiter Genosse Zimmer aus Breslau über die Aufgaben der Gewerkschaftsartelle referierte. Als der Redner zur Illustration die in Württemberg vorhandene Freiheit anführte und an die große Demonstration auf dem Cannstatter Wasen erinnerte, wurde der Lieberwächende ziemlich nervös. Und als der Referent darauf hinwies, daß dort unten zu solchen Veranstaltungen keinerlei polizeiliche Erlaubnis nötig sei und Stuttgart und Württemberg trotzdem noch ständen, sprang der Polizist wie von der Kater gebohen in die Höhe und löste die Versammlung kurzerhand auf! Mit hochrotem Kopfe forderte er dann noch die Entfernung der Anwesenden binnen 10 Minuten und — die Haltung der Besucher schien ihm nicht geneuer — lief davon. Im Dorfe erzählte er jedem, der es hören wollte, daß er die Versammlung aufgelöst habe, worauf er sehr stolz zu sein schien. Seine vorgesehene Beförderung wird ihm diesen Stolz erheblich einträumen müssen. Außerdem findet am kommenden Sonntag die Fortsetzung der Versammlung statt. Es ist das erstemal, daß Langenbielau „so etwas“ erlebt. Die Erregung unter der Weberbevölkerung ist deshalb sehr groß.

Ausland.

Der Kampf der Doker.

Antwerpen, 16. September. (Fig. Ver.) Nachdem gestern der fünfte Versuch einer Einigung — nicht zu reden von bloßen Vorschlägen, deren es mehr als ein Dutzend gab — wieder auf den berüchtigten Widerstand der Unternehmervereinigung gestoßen ist, sind abermals Unterhandlungen im Gange, die wieder der Präsident der Handelskammer im Verein mit dem Bürgermeister mit den Delegierten der Streikenden und der „Fédération maritime“ führt. Ueber die Verhandlungen selbst, an denen sich für die Arbeiter auch der sozialistische Gemeinderat Cools beteiligt, wird von beiden Seiten Stillschweigen bewahrt, um die heikle Situation in keiner Weise zu gefährden. Wie bei den meisten früheren Vorschlägen, sollen auch diesmal die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen veranlaßt werden; der Präsident der Handelskammer würde dann die Lohnforderungen der Arbeiter bei der Unternehmervereinigung vertreten. Der Handelskammerpräsident will damit in der Form den Unternehmern Rechnung tragen, deren Hauptwiderstand darin besteht, keine Zugeständnisse an die „Streikenden“ Arbeiter zu machen. Der springende Punkt ist aber, wie sich die Frage mit den Holz- und Getreideberladern löst, und ob hierbei eine Formel gefunden wird, die für die zu so vielen Konzeptionen bereiten Streikenden akzeptabel ist. — Die Zahl der Streikbrecher wird heute nur mit 1980 angegeben.

In den letzten Tagen hatte nur die Gendarmenriege den Ordnung- und Wachungsdienst am Hafen zu versehen, doch wurden für Montag „umfangreiche Vorkehrungsmaßnahmen“ getroffen — auch die Bürgergarde wieder einberufen — weil Genosse Chapelle die Streikenden aufgefordert hatte, mit Unterlassung jeder Provokation und jedes Eingriffs Montag nach dem Hafen zu sehen, wer von den Antwerpener Hafensarbeitern arbeite. Es handelt sich um die Arbeiter der „Rations“, die ebenfalls in Streik getreten waren und Forderungen gestellt hatten.

Die wegen ihrer Unfähigkeit hart angegriffene Regierung hat nun doch etwas getan: auf Anordnung des Eisenbahnministers gibt nämlich der Nationschef des Antwerpener Güterbahnhofs bekannt, daß die Fabriken und Werkstätten ihre Sendungen, falls ihre Verladung und Verschiffung ungewiß ist, zurückbehalten sollen, da sonst infolge der Ueberfüllung der normale Verkehrsdiens gefährdet werden könnte. Auch ein Schritt der Lösung! — Die wie gewöhnlich trocken gehaltene schriftliche Abweisung des letzten von dem Großindustriellen Schuchard formulierten Vorschlags hat große Erregung hervorgerufen, doch trägt sich, wie gesagt, jetzt alles mit Hoffnungen für die nächsten Tage.

Streik der britischen Eisenbahner.

London, 14. September. (Fig. Ver.)

Es ist nicht ausgeschlossen, daß gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Zeilen telegraphische Nachrichten über den Ausbruch eines britischen Eisenbahnerstreiks eintreffen werden. Bereits seit Monaten stehen die organisierten Eisenbahner mit den Bahnbestyrern in Unterhandlungen wegen verschiedener Forderungen, aber erst in den letzten Tagen macht sich die Ueberzeugung geltend, daß ein friedlicher Ausgleich beinahe unmöglich geworden sei.

Am Vereinigten Königreich gibt es etwa eine halbe Million Bahnbedienstete, aber nur ungefähr 70 000 sind im Verbands der Eisenbahner organisiert. Ihr Generalsekretär ist Mr. Richard Bell, Arbeiterabgeordneter für Derby. Bell war früher Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei; jetzt ist er liberal. Die organisierten Eisenbahner gaben ihm den Auftrag, an die Bahnbesitzer folgende Forderungen zu richten: 1. Anerkennung der Gewerkschaften, das heißt die Beamten des Verbandes sollen berechtigt sein, im Namen des Verbandes mit den Bahnbesitzern zu unterhandeln; 2. eine Lohnaufbesserung für gewisse Kategorien der Bahnarbeiter.

Bell wandte sich an die Bahndirektoren, aber diese weigerten sich mit ihm zu unterhandeln. Sie erklärten, der Eisenbahnerverband umfasse nur eine Minorität der Bahnarbeiter und wäre deshalb nicht berechtigt, im Namen der Arbeiter zu sprechen. Sollten die Arbeiter gewisse Beschwerden haben, so müßten sie sich persönlich an die Direktoren wenden, aber mit Verbandsbeamten wollten sie nichts zu tun haben.

Voraußin begann eine Polemik in der Presse. Bell antwortete, es sei wohl wahr, daß der Verband nur eine Minorität der Bahnarbeiter umfasse, dafür aber befänden sich in ihm die qualifiziertesten und notwendigsten Bahnarbeiterkategorien, so daß der Verband wohl instand wäre, den Verkehr zu paralysieren.

Was die Löhne betrifft, so erklärten die Bahndirektoren in verschiedenen Blättern, daß die britischen Eisenbahnen mit ganz geringem Profit arbeiteten und deshalb nicht instand wären, den vom Verband gestellten Lohnforderungen nachzukommen.

So zogen sich die Unterhandlungen hin während der Ferienmonate, wo der Personenverkehr so bedeutend ist und große Ansprüche an den Bahndienst stellt. Jetzt soll der Kampf ausgefochten werden.

Gestern (Sonntag, den 15. September) sollte in Manchester ein Eisenbahnermeeting stattfinden, wo Bell die Entscheidung der Arbeiter bekannt machen wollte.

Manchester, 15. September. In einer heute abend hier abgehaltenen Versammlung der Eisenbahnangestellten teilte der Sekretär des Verbandes der Eisenbahnangestellten, Mitglied des Unterhauses Bell mit, die Exekutive habe beschlossen, über die Frage des allgemeinen Eisenbahnerstreiks die Mitglieder des Verbandes ab-

stimmen zu lassen; die Abstimmung solle in der nächsten Woche stattfinden. Bell erklärte weiter, die äußersten Maßregeln seien nie mehr berechtigt gewesen als jetzt. — In großen Versammlungen der Eisenbahnangestellten in Peterboro, Crewe und anderen Eisenbahngentren fand der Beschluß der Exekutive begeisterte Zustimmung. Die Krise ist dadurch beschleunigt worden, daß mehrere Eisenbahngesellschaften es abgelehnt haben, mit dem Verbands der Eisenbahnangestellten über die Forderungen der Angestellten zu verhandeln, und erklärt haben, daß sie nur mit ihren eigenen Angestellten verhandeln würden.

Aus der Partei.

Zur Etatsabstimmung der württembergischen Landtagsfraktion. In zwei Parteiversammlungen am Montag und Freitag nahmen die Stuttgarter Parteigenossen den Bericht ihrer Landtagsabgeordneten entgegen. Die Abg. Fischer, Hildenbrand, Heymann, Keil und Feuerstein legten im Laufe der Debatte in längeren Ausführungen die Gründe dar, welche den Beschluß der Fraktion gezeitigt hatten, dem Etat in der Gesamtabstimmung zuzustimmen.

Es lagen mehrere Resolutionen vor, darunter eine scharfe Tadelresolution, welche es der Fraktion zur Pflicht machen wollte, dem Etat in Zukunft für alle Fälle abzulehnen. Die Abgeordneten eruchten jedoch, keinen Beschluß zu fassen, der sie festlegt, sondern ihnen nach der jeweils maßgebenden politischen Situation die freie Entscheidung zu überlassen. In diesem Sinne wurde schließlich ein Antrag, über alle einlaufenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen, mit 169 gegen 66 Stimmen angenommen.

Wir haben unsere Bedenken gegen die Budgetbewilligung in zwei Artikeln (6. und 7. August d. J.) zum Ausdruck gebracht. Es erübrigt sich, auf unsere Ausführungen zurückzukommen. Die Genossen der württembergischen Fraktion dürften sich in Zukunft bei Prüfung „der jeweils maßgebenden politischen Situation“ überlegen, ob sie wiederum Budgetbewilligung beschließen oder nicht. Der Umstand, daß am Freitag in Stuttgart selbst eine starke Minorität gegen den Beschluß der Fraktion demonstrierte, sollte dieser zu denken geben.

Ein neues Parteiorgan wird vom 1. Oktober an in Sonneberg (S.M.) unter dem Titel „Thüringer Volksfreund“ täglich, und zwar zunächst vierseitig, erscheinen. Die Redaktion des Blattes, das vorläufig Kopfblatt der „Leipziger Volkszeitung“ ist, führt Genosse Wendemann.

Mit der Begründung des neuen Organs ist ein seit vielen Jahren gehegter Wunsch der Genossen des Sonneberger Kreises in Erfüllung gegangen, die immer dringender nach einem eigenen Blatte verlangten, um in wirksamerer und ausgiebigerer Weise als bisher die Agitation und die ganze politische und gewerkschaftliche Bewegung unterstützen zu können.

Die Berichterstattung über den Internationalen Kongress hat nun auch in einer Anzahl größerer Orte von Altdorf, Weimar und Auh alt. und jung. Linie stattgefunden. In zwei großen Volksversammlungen sprach Genosse Wurm in Debschütz und Gera. In Debschütz wurde nach dem mit fürstlichem Beifall aufgenommenen Vortrag eine Resolution angenommen, in der die Versammlung sich mit den Beschlüssen des Kongresses vollständig einverstanden erklärt und im Sinne der Stuttgarter Beschlüsse zu handeln verspricht. Auch die Geraer Genossen erklärten sich einmütig mit dem Referat und den in Stuttgart gefassten Beschlüssen einverstanden.

In den Orten Kahl, Greiz, Jena, Weida usw. sprach Genosse Leber über den Internationalen Kongress. In Kahl wurde eine Resolution angenommen, die sich im selben Sinne ausdrückt wie die der Debschützer und der Geraer Genossen. In Jena wurden die Ausführungen von Kols zur Kolonialpolitik in der Diskussion scharf verurteilt und der Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, daß auch deutsche Sozialdemokraten sich auf den Standpunkt von Kols stellen konnten. — In Jena wurde im selben Sinne referiert.

In Nr. 214 des „Vorwärts“ (13. d. M.) ist im Abschnitt „Die Berichterstattung über den Internationalen Kongress“ (1. Beilage) als Name des zweiten Diskussionsredners nicht „Eisenmann“ sondern: Dilmann zu lesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Kampf im Antwerpener Hafen.

Antwerpen, 16. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Unternehmervereinigung hat den Vermittlungsvorschlag des Handelskammerpräsidenten Corty einstimmig abgelehnt. Ueber diesen Beschluß herrscht große Erregung. Der Streik ist allgemeiner als je zuvor; es haben heute im Hafen keine 200 belgische Arbeiter gearbeitet. Auf die einfache Aufforderung Streikender haben viele Arbeitswillige die Arbeit eingestellt. Bei der Gesellschaft „Antwerp grain world“, wo bisher noch etwa 400 Mann arbeiteten, ruht der Betrieb fast vollständig. Die bei den „Rations“ arbeitenden Frauen sind in den Ausstand getreten, auch viele deutsche Arbeiter verlassen Antwerpen. Gestern sind hier 200 Gendarmen zu Fuß und zu Pferde angekommen. Der Hafen ist heute wieder von Gendarmen belagert.

Brißel, 16. September. (W. Z. B.) Heute nachmittag hat ein Ministerrat stattgefunden, der, wie es heißt, sich mit dem Ausstand in Antwerpen beschäftigt hat. Minister Hudert wird unverzüglich an den Bürgermeister von Antwerpen ein Schreiben richten, in welchem er ihm die Grundlinien für ein Uebereinkommen zur Beendigung der Hafensarbeiterbewegung an die Hand geben wird.

Die russischen Reichsverbändler.

Obeffa, 16. September. (W. Z. B.) Die an die Polizei gerichteten Befehle, die der neue Stadthauptmann am 11. d. M. in Betreff der Straßenunruhen erlassen hat, haben nur einige Tage beruhigend gewirkt. Heute kam es gelegentlich der Beerdigung eines am vergangenen Freitag getöteten Polizeibeamten namens Karschenko wiederum zu Unruhen. Mitglieder des Verbandes wahrhaft russischer Leute begingen den ganzen Tag über Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung. Zwei Juden wurden, wie es heißt, ermordet und viele verwundet. In der jüdischen Bevölkerung herrscht große Besorgnis.

Kolonisatoren.

Lissabon, 16. September. (W. Z. B.) Amtlichen Mitteilungen aus Portugiesisch-Westafrika zufolge hat ein heftiger Kampf stattgefunden zwischen den portugiesischen Truppen und den Guanabos. Die Portugiesen blieben Sieger, hatten jedoch große Verluste.

Wentende Truppen.

Konstantinopel, 16. September. (W. Z. B.) Nach Meldungen aus Tropezant fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen wegen rückständigen Soldes wutenden Soldaten und zu ihrer Befragung abgeforderten Truppen statt. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete. Unter den Toten sollen sich auch einige christliche Zivilpersonen befinden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Parteitag in Essen.

Essen, den 15. September.

Im Mittelpunkt der deutschen Schwerindustrie, im Lande der Kohle und des Eisens, an der Stätte der gewaltigsten Konzentration des industriellen Kapitals auf dem Kontinent tritt der diesjährige Parteitag, der 18. seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes, zusammen. Die organisatorischen Schwierigkeiten, die der Vorbereitung des Kongresses in diesem Riesengebiet des Kapitals entgegenstehen, sind von den Essener Parteigenossen eifrig und geschickt überwunden worden. Der Saal, der der Partei zur Verfügung steht, ist zwar nicht groß und sehr bescheidenes Bauwerk, aber er reicht aus. Freilich den Zutritt der Essener Parteigenossen kann er bei weitem nicht fassen. Aber ganz in seiner Nähe ist ein großes Zelt errichtet, das wohl 5000 Menschen Raum bietet. Heute nachmittags war es von ab- und zuwandernden Massen gefüllt, die den Vorträgen des Kartells der Essener Arbeitergesangsvereine lauschten. Um 5 Uhr nachmittags betrat die Genossen Singer und Bebel, von lebhaftem Beifall begrüßt, das Festzelt. Die erste Ansprache hielt Genosse

Bebel.

Einleitend wies er auf die Schwierigkeiten hin, die das Lokalkomitee bei der Arrangierung des Parteitages zu überwinden hatte. Er ging dann auf die wirtschaftliche und politische Konstellation des Wahlkreises Essen und des Ruhrgebietes überhaupt ein. Sein großer Scharfsinn hat dazu geführt, um schon vor Jahren sagen zu können, daß der Industriebezirk der Sozialdemokratie unbedingt zufallen müsse. Hier an der Stätte des konzentrierten Großkapitals, wo die Proletariermassen aus allen Winkeln des Kontinentes zusammengezogen werden, um dem Kapitalismus Frontdienste zu leisten, trifft die Schilderung der beiden Rheinländer Marx und Engels über das Wesen des konzentrierten Kapitals in außerordentlichem Maße zu. Was diese beiden Vorkämpfer der Sozialdemokratie schon im kommunistischen Manifest niedergelegt haben, ist hier in ausgebreiteter Weise Wirklichkeit geworden. Die Konzentration des Kapitals hat hier ihre höchste Vollendung erreicht. Ihm genügt nicht mehr die Form der Aktiengesellschaft, Trusts und Rings, die auf der einen Seite den Kapitalisten das Produktionsquantum vorzeichnen, ihnen die Verkaufspreise diffundieren, sie sorgen auf der anderen Seite dafür, daß den von ihnen beschäftigten Arbeitermassen nur der notwendigste Lebensunterhalt gewährt wird. Diesem Machtgebot des konzentrierten Kapitals muß sich sogar die Firma Krupp fügen. Wir ist mitgeteilt von einem Herrn, der in nächster Umgebung des verstorbenen Herrn Krupp weilte, daß dieser gesagt habe, der Sozialismus hat eine gewisse Berechtigung. Das konnte er natürlich nur im vertrauten Kreise sagen, sonst wäre er von seinen eigenen Klassengenossen boykottiert worden.

In seinen Schlusssätzen wies Bebel auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hin und forderte zu alseitiger, lebhaftester Agitation für die Ideen des Sozialismus auf. Er schloß mit der Hoffnung, daß dieser Parteitag in die hiesigen Arbeitermassen immer mehr das Bedürfnis nach mehr Wissen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge bringen werde. Sein Hoch galt der Zukunft, daß der Ruhrbezirk bald als reife Frucht der Sozialdemokratie in den Schoß fallen werde. (Stürmischer Beifall.)

Zu einer kurzen Ansprache ergriff dann Genosse Singer das Wort. Er legte die Notwendigkeit einer guten politischen und gewerkschaftlichen Organisation dar. Alle Erfolge der Gegenwart seien als Festgeld auf dem Wege zum Endziel aufzufassen. Die sozialistische Presse sei das beste Aufklärungsmittel. In jedem Arbeiterhaushalt müsse sie die bürgerliche Zeitung verdrängen. Auch für Essen werde bald die Zeit kommen, wo ein eigenes Organ die Interessen des Proletariats vertritt. Sein Hoch, das begeisterten Widerhall weckte, galt der deutschen Sozialdemokratie. Damit fand die Versammlung ihren Abschluß, während das Fest programmmäßig Fortgang nahm.

Inzwischen hatte sich der Saal mit Delegierten und die Galerien mit zahlreichen Zuhörern gefüllt. Der Saal ist einfach und würdig geschmückt worden. Rings um die Galerien zieht sich rotes Tuch, an dem in den blaugelben Essener Stadtfarben Fähnchen mit den Namen der früheren Parteitagorte angeheftet sind. Im Hintergrunde der Bühne hängen inmitten immergrünen Robeers die Bilder unserer Vorkämpfer Marx und Engels, zwischen denen die Büste unseres unergelichen Liebsten und der Delegierten herabblüht. Ihr gegenüber an der Eingangseite ist auf hohem Postamente eine lebensgroße Büste von Ignaz Auer aufgestellt, ein Werk der Berliner Bildhauerin Helene Dummann, die der Partei damit ein Geschenk gemacht hat. Die Büste zeigt uns unseren Auer in seinen letzten Lebensjahren.

Pünktlich um 7 Uhr begrüßt das Arbeiterfängerkartell Essen die Delegierten durch den Vortrag eines Festgedichtes von Robert Seidel. Zürich, das in die Worte ausklang:

Seid gegrüßt, Ihr tapfern Streiter,
Für des Volkes Recht und Brot!
Mit Euch vorwärts! Sieghaft weiter
Zu der Freiheit Morgenrot.

Nachdem Johann Genosse Dangel einen stimmungsvollen Prolog vorgetragen, ergriff namens des Essener Lokalkomitees das Wort der Kandidat des Kreises

Genewe - Eiberfeld:

Werte Genossen! Im Auftrage des Lokalkomitees heiße ich Sie namens der Essener Parteigenossen, namens der Parteigenossen des ganzen Ruhrreviers herzlich willkommen. Als der Mannheimer Parteitag beschloß, in diesem Jahre in Essen zu tagen, da waren wohl die Parteigenossen von vornherein überzeugt, daß wir Ihnen hier in Essen nicht die äußerlichen Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten bieten könnten, wie das in Mannheim möglich war; aber trotzdem, davon bin ich überzeugt, haben die Genossen mit Freuden den Beschluß gefaßt, hier im Ruhrrevier den Parteitag abzuhalten, hier, wo der Kapitalismus einen Höhepunkt erreicht hat, wie kaum irgendwo sonst. Auf der Reise hieher werden die Genossen bei Durchquerung des Ruhrgebietes gefunden haben, daß sich hier Schlot an Schlot, Schacht an Schacht reiht; man kennt hier keine geographischen Grenzen mehr zwischen den einzelnen Gemeinden. Wir in Essen haben und gesagt, es ist kein Parteitag für Essen allein, sondern ein Parteitag für das ganze Ruhrrevier. Hier im Ruhrrevier zeigt sich der Klassenkampf in der kräftigsten Form. Es ist schwer, hier zu arbeiten, aber es ist glücklicherweise entzogen, was wir vorausgesetzt haben: wenn die Arbeiterbataillone im Ruhrrevier erst einmal in Bewegung kommen, dann werden sie im Sturmschritt voranzumarschieren. (Bravo.) Die Essener Parteibewegung hat wohl keine so große Geschichte, wie vielleicht mancher andere Ort, wo Parteitage stattgefunden haben, aber die Geschichte der rheinisch-westfälischen Arbeiterbewegung und speziell auch die Geschichte des Wahlkreises Essen ist zweifellos sehr lehrreich. Wenn es eine ziemlich lange Zeit gedauert hat, bis wir auf unseren heutigen Standpunkt gekommen sind, so tragen die verschiedensten Umstände dazu bei. Vor allem der Druck der Großindustriellen. Ich erinnere daran, daß gerade die Großindustriellen im Ruhrrevier der Wahlprüfungskommission stets unendlich viel Arbeit gemacht haben. Dann kommt der Einfluß des Zentrums hinzu, da es mit den abgefeimtesten Mitteln zu Werke geht. Damit im Zusammenhang steht die religiöse Hebe, die gerade hier in Essen ganz unbeschreibliche Formen angenommen hat. Und endlich kommt die

Tatsache in Betracht, daß wir hier mit einer außerordentlich fluktuierenden Bevölkerung zu rechnen haben, wie wohl in keinem anderen Industriebezirk Deutschlands. Etwa die Hälfte der Arbeiter nur ist einheimisch, die andere Hälfte ist von außen zugezogen, und zwar aus den politisch und wirtschaftlich zurückgebliebensten Gegenden. Dieser Umstand hat uns nicht nur in der Vergangenheit die Arbeit schwer gemacht, er spielt auch heute noch eine ganz hervorragende Rolle. Als die Bewegung anfing, immer größer und mächtiger zu werden und als sich auch die Gewerkschaften mehr ausbreiteten, gingen unsere Gegner dazu über, die Arbeiterbewegung möglichst zu zersplittern. Die Gründung der christlichen Gewerkschaften ging von hier aus, wie sie auch heute noch ihren Hauptsitz im Ruhrrevier hat. Bezeichnend für die Haltung des Zentrums ist vor allem auch seine Stellungnahme in der Wahlrechtsfrage, die ja heute von allen Parteien erörtert wird. Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb vor kurzem, die Wahlrechtsfrage in Preußen sei für die Arbeiter gar nicht von so großer Bedeutung. Es sei genügend für die Arbeiter geschehen, wenn vielleicht eine andere Wahlkreiseinteilung erreicht und von der Zentrumsparterie eine — Anzahl Arbeiterkandidaten für den preussischen Landtag aufgestellt würden. (Lachen.) Doch bei dem bisherigen Sozialpolitik, welche das Zentrum treibt, die Sozialdemokratie die treibende Kraft ist, beweist deutlich auch die Geschichte des Wahlkreises Essen. Seinerzeit war es der Zentrumsabgeordnete Lingens, der erklärte: „Die soziale Frage ist eine soziale Phrase“, und als sich die Arbeiterkreise des Zentrums mit dieser Haltung nicht einverstanden erklärten, da haben sich die heftigsten Kämpfe im Zentrum abgespielt. Mit den raffiniertesten Mitteln ging das offizielle Zentrum in Essen gegen die Arbeiterkandidatur Stöckel vor. Daraus können Sie erkennen, wie das Zentrum erst gegen uns vorgeht. Wie wenig ernst es noch heute dem Zentrum mit den Arbeiterkandidaturen ist, beweist eine andere Äußerung der „Kölnischen Volkszeitung“: Eine Anzahl Arbeitervertreter sei ganz gut, aber sie dürften nicht zu zahlreich werden. (Hört! hört!) Ebensonenig ehrlich meint es das Zentrum mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nicht nur für den preussischen Landtag, sondern auch für den Reichstag. Das beweisen zahlreiche Stimmen hervorragender Zentrumsmitglieder. Das Zentrum ist auch keineswegs auf das allgemeine Wahlrecht angewiesen; es weiß genau, daß es die Arbeiter in den Industriebezirken auf die Dauer doch nicht halten kann. — Ein weiteres Hemmnis unserer Bewegung ist das Königreich Krupp. Mit der absoluten Herrschaft, wie sie früher Krupp über seine Arbeiter ausübte, ist es seit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung freilich vorbei.

Allmählich aber begriffen die Arbeiter, wie der Kapitalismus beschaffen ist, und von diesem Augenblick an hat sich der Geist der Aufklärung immer mehr ausgebreitet. Als endlich der Tod Krupps kam, da haben ja auch noch andere Leute ein, wie auch diese geheiligte Person ein Mensch mit menschlichen Schwächen war. Seit dieser Zeit hat sich unsere Partei ausgebreitet. Freilich, überall da, wo ein solches Regiment herrscht, muß auch von Zeit zu Zeit etwas Jüderbrot gereicht werden, und mit diesem Jüderbrot sind die Arbeiter gefüttert worden. Die ganze Welt ist von den Wohlfahrtseinrichtungen Krupps fasziniert worden. Heute weiß man, daß diese Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen eine Kugel am Bein der Arbeiter sind. Ganz besonders zeigt sich dies bei der Pensionsklasse der Firma Krupp. Jeder Arbeiter, der bei der Firma Krupp eintritt, muß Mitglied dieser Pensionsklasse werden. Die meisten Beiträge werden von den Arbeitern geleistet. Wenn aber ein Arbeiter in ordnungsmäßiger Weise abgeht, dann bekommt er gar nichts von den eingezahlten Beiträgen zurück. Die Arbeiter haben das lange mitgemacht, und als sie Sturm dagegen gelaufen sind, haben sie leider keinen Erfolg gehabt, denn die offizielle maßgebende Stelle hat dieses System nicht als ungeschicklich bezeichnet. Wohl aber hat ein Bericht in einem Nachbarreise jetzt auf die Klage eines Arbeiters erklärt, daß sein Anspruch auf Herauszahlung der Beiträge berechtigt sei, daß die Bestimmungen der Kruppschen Pensionsklasse einen unsittlichen Vertrag darstellen, der im Widerspruch mit den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches stehe. Wenn hier in Essen die Arbeiter mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden sind, so wissen wir, wie wir diese ganzen Dinge zu bewerten haben. Und wie werden die Arbeiter bei Krupp ausgebeutet, in welcher Weise sieht ein Teil der Arbeiter dahin? Man braucht sich nur die Feuerarbeiter anzusehen, die halb nackt vor den Ofen stehen, die Firma selbst hat anerkannt, daß sie diese Tätigkeit nur 15 Jahre ausüben können; wenn aber die Arbeiter dieser Arbeit nicht mehr nachgeben können, so bekommen sie noch lange nicht die Pension, sondern sie werden als Bächter usw. beschäftigt gegen geringen Lohn, damit die Pensionskasse nicht so sehr belastet wird.

Parteigenossen! Vor einigen Jahren wurde in einer Rede den Kruppschen Arbeitern gesagt, sie sollten das Zischsch zwischen sich und der Sozialdemokratie zerschneiden. Ich wolle kurz darauf hin, wie dieser Anordnung bei den Reichstagswahlen nachgegangen worden ist. Vor 1898 konnten wir als höchste Stimmengahl nur 5368 erreichen. Der Erfolg der Tischschneiderei war der, daß wir es bei der bald darauf stattfindenden Wahl auf 22 773 Stimmen brachten. (Bravo.) Damals haben ja namentlich alle Leute gesagt, das wird vielleicht ein Strohhalm gewesen sein, weil der Aufschwung zu kurz war. Aber die Essener Parteigenossen bewiesen, daß das kein Strohhalm war. Bei der nächsten Wahl zeigte sich, daß es sich um eine natürliche Entwicklung handelte, und bei der Nachwahl erhielten wir noch 7000 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl. Bei der Wahl im Januar dieses Jahres haben wir trotz des Regens von Flugblättern vom Reichstagsverbande noch ungefähr 1000 Stimmen mehr bekommen. Unsere Stellung im Wahlkreise Essen ist sehr schwierig infolge der Nachwirkungen des Kulturkampfes. Die Sozialdemokratie hat stets die Kulturkampfsache bekämpft. Doch es die Herren vom Zentrum mit der Bekämpfung dieser Sache nicht ernst nehmen, geht daraus hervor, daß bei der letzten Reichstagswahl das führende Zentrumsorgan im Industriebezirk auf die Frage, was zu geschehen hätte, wenn ein Sozialdemokrat mit einem entragierten Kulturkämpfer in die Stichwahl käme, antwortete: Selbstverständlich muß dann das Zentrum den Kulturkämpfer wählen. Diese Heuchelei der Herrschaften müssen wir entschieden festnageln. Bekannt ist, daß die Anhänger der katholischen Kirche keine andere als eine katholische Zeitung lesen dürfen. Auch daraus ergeben sich Schwierigkeiten für unsere Bewegung. Gewiß, wir kennen ja eine ganze Anzahl von Genossen, die früher dem Zentrum angehört haben und uns gestehen, was für eine schloffe Gesellschaft das ist. Als seinerzeit die Zwanzigtausendmarke-Affäre eine Rolle spielte, hat man von seiten des Zentrums unsere Führer der Unterschlagung beschuldigt. Später als wir ein Flugblatt gegen den Zollwucher herausgaben, hat das Zentrum den Arbeitern die Frage vorgelegt, ob sie sich dazu gebrauchen lassen wollten, das Fleisch von kranken oder krepierenden Tieren zu essen; dann mühten sie einen Sozialdemokraten wählen. Daraus mag man erkennen, in welcher heuchlerischer und demagogischer Weise man hier vorgeht. Was wir vom Reichstagsverband erlebt haben, hatten wir schon längst vom Zentrum kennen gelernt, der Reichstagsverband hat seine Manipulationen vom Zentrum gelernt. Ich will noch darauf hinweisen, welche Schwierigkeiten uns hier bei der Schaffung einer eigenen Parteipresse und eines Gewerkschaftshauses bereitet worden sind. Durch das infame Spiel der Kapitalisten haben wir aber keinen Schaden gelitten, die Parteipresse wird in Bälde erscheinen. Das hiesige Zentrumsorgan hat mehr Abonnenten, als das Zentrum bei den Wahlen Stimmen erhält. Das zeigt uns, in welcher Weise auch wir die Presse pflegen müssen.

Ich hoffe, daß dieser Parteitag die Wünsche der rheinisch-westfälischen Genossen erfüllen wird. Es ist ja unser Grundsat, daß wir frei von der Leder weg sprechen, und vor allen Dingen ist man im Ruhrrevier daran gewöhnt. Das wird auch diesmal geschehen und ich hoffe, daß die ganzen Verhandlungen dazu beitragen werden, die Verleumdungen, die man gegen uns geschleudert hat, zu zerstreuen. Ich hoffe, daß die Verhandlungen in erhöhtem Maße dazu beitragen werden, den Klassenkampfcharakter zu stärken, damit die Partei wieder vorwärtschreitet in ganz Deutschland, besonders aber im Ruhrrevier. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf betritt die Tribüne

Singer (von lebhaftem Beifall begrüßt):

Werte Genossen und Genossinnen! Ich bin sicher, in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich dem Genossen Genewe für seine freundliche Begrüßung danke. (Beifall.) Als wir in Mannheim den Entschluß faßten, den nächsten Parteitag in Essen abzuhalten, da waren wir uns der Schwierigkeiten bewußt, die das für die Essener Genossen haben wird, und ich möchte als eines der ersten Worte an dieser Stelle den Dank aussprechen für die Energie, für die Fähigkeit, für die Tapferkeit, mit der die Essener Genossen es verstanden haben, alle Schwierigkeiten, die sich der Vorbereitung für den Parteitag in den Weg setzten, zu überwinden.

Wir im Parteivorstand konnten die Schwierigkeiten Schritt für Schritt verfolgen, und wir müssen dankbar anerkennen, daß nichts die Essener Genossen eingeschüchtert, daß nichts sie gehindert hat, ihr Ziel zu erreichen. (Bravo!) Aber auch aus einem anderen Grunde haben wir uns entschlossen, in Essen zu tagen. Wir haben uns gefaßt, daß es gut ist, daß die Delegierten von ganz Deutschland einmal das Industriegebiet kennen lernen, das Revier, in welchem die Hochschule der kapitalistischen Ausbeutung, die Hochschule des Kapitalismus ist. Wir haben uns gefaßt, daß man durch den Parteitag noch in höherem Maße als sonst wird lernen und erkennen können, wie notwendig der Sozialismus ist, wie notwendig es ist, daß die sozialdemokratische Partei die bürgerliche Gesellschaft überwindet, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterklasse noch mehr als bisher zu dem Bewußtsein kommt, daß sie nicht dazu da ist, Ausbeutungsobjekt für eine Hand voll Großindustrieller zu sein, sondern daß die Gesellschaft ihr ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen muß. (Bravo!)

Und in der Tat, ein Studium der Verhältnisse dieses Reviers wird dahin führen, einzusehen, welche eine große Aufgabe hier für die Sozialdemokratie noch zu lösen ist, und unsere Genossen, die während oder nach Beendigung des Parteitages die einzelnen Orte besuchen und die Verhältnisse genau prüfen, sie werden durchdringen sein von der Überzeugung, daß es gut war, daß die Partei beschlossen hat, hier in diesem Revier zu tagen. Die Verhältnisse im Ruhrrevier haben sich in fast amerikanischer Weise entwickelt. 1871 umfaßte der ganze Regierungsbezirk Arnberg kaum 2 Millionen Einwohner, heute 5 Millionen; Essen hatte im Jahre 1875 54 742 Einwohner, heute 231 380. (Hört! hört!) Schon an dieser einen Zahl können Sie erkennen, in welcher enormer Weise hier die industrielle Entwicklung vor sich gegangen ist. Gleichen Schritt mit der Erhöhung der Einwohnerzahl, mit der Heranziehung von Arbeitern in Dienste der Industrie, hält die Entwicklung der Industrie in Bezug auf die Produktion. In diesem Revier werden die notwendigsten Elemente für die Großindustrie, Eisen und Kohle gefördert.

Während 1871 in Deutschland 29 373 800 Tonnen Steinkohle gefördert wurden, wurden im Jahre 1905 bereits über 121 Millionen Tonnen gefördert, und hieran war der rheinisch-westfälische Bezirk mit 78 Millionen Tonnen beteiligt. Genau wie mit der Kohle geht es mit der Roheisenerzeugung; auch sie ist in geradezu ungeahntem Maße gewachsen, von 1 563 700 Tonnen im Jahre 1871 auf 12 422 177 Tonnen im Jahre 1906. Das gleiche gilt für die Ausnutzung der Dampfkraft. Die Dampfkraft, die hier verwendet wird, ist so außerordentlich groß im Vergleich gegen früher, daß auch nach dieser Richtung hin das Ruhrrevier als die Hochschule der kapitalistischen Entwicklung bezeichnet werden kann. Gleichzeitig aber erkennen wir hier auch die Wirkung des Kapitalismus, die Entwicklung der Großindustrie, die schließlich in Syndikaten und Trusts gipfelt und die kleineren und mittleren Betriebe vollständig auffaßt. Mit anderen Worten: die Großindustrie in diesem Bezirk erfüllt die Mission, die bereits Karl Marx vorausgesagt hat, als er von der Expropriation der Expropriateure sprach. (Sehr gut!) In einer geradezu überraschenden Weise vollzieht sich hier die Vermehrung der Produktion und die Verminderung der Betriebe. Während noch Anfang der sechziger Jahre die Förderung der Steinkohle von 629 Bergwerken betrieben wurde, wird jetzt das zwölffache von 331 Betrieben gefördert. 298 Betriebe sind also von der Konkurrenz aufgelesen.

Wie es mit dem Kohlen Syndikat ist, so steht es auch mit den Stahlwerken. Die Roheisenerzeugung verteilte sich 1871 in diesem Revier auf 218 Betriebe, 1905 nur noch auf 104, trotz des riesigen Aufschwungs. Sie sehen also, wie die kapitalistische Entwicklung die kleineren und mittleren Betriebe auffaßt und riesenorganisationalen des Großkapitals schafft, wie den Stahlwerksverband und das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat. Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß hier der Boden ist, auf dem sich die Anschauungen, daß der Kapitalismus notwendigerweise den Sozialismus zur Folge haben muß, bis auf das Tipfelchen über dem J behauptet. Wir können diese Entwicklung durchaus mit Zufriedenheit betrachten, denn wir wissen, daß durch die immer größere Konzentration des Kapitalismus der Zustand herbeigeführt wird, der uns in die Lage versetzt, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen und unsere Mission zu erfüllen, nämlich die Produktion selbst in die Hand zu nehmen und an Stelle der heutigen kapitalistischen Gesellschaft eine sozialistische Organisation zu schaffen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie die Entwicklung hier in diesem Revier sich vollzogen hat, wenn wir sehen, wie die beiden mächtigsten Syndikate, die hier den Markt beherrschen, es verstanden haben, die ganze Produktion unter eine Leitung zu bringen, dann werden wir — auch das wird eine Frucht unserer Verhandlungen sein — erkennen können, in welcher Weise die sozialistische Großproduktion zu arbeiten und zu wirken hat. Wir sehen, daß die Produktion immer immenser steigt, daß dagegen die Zahl der Betriebe abnimmt. Hieran können wir uns sinnfällig überzeugen von der Ueberflüssigkeit des einzelnen Kapitalisten, wir können uns sinnfällig davon überzeugen, wie es das Großkapital ist, das die kapitalistische Entwicklung befördert hat, und wie wenig notwendig der einzelne Unternehmer ist. (Lebhafter Zustimmung.)

Weiter können wir aus dem Studium der hiesigen Verhältnisse aber auch den ganzen Hochmut, die ganze Rücksichtslosigkeit, die ganze Ausbeutungswut des Unternehmers, der Scharfmacher kennen lernen. Hier in diesem kapitalistischen Revier der kapitalistischen Produktion ist der Boden, hier ist das Herz des Scharfmachertums, das die Arbeiterklasse in seinen Dienst zwingt, das den Arbeitern ihr Koalitionsrecht nehmen, ihre politische Freiheit und wirtschaftliche Verbesserung nach Möglichkeit hindern will. Hier ist die Stelle, von der aus Regierung und Parlament beeinflusst werden, wo die Arbeiter nicht nur wirtschaftlich ausgebeutet werden, sondern wo das Unternehmertum auch politisch seine Macht gegen die Arbeiterklasse auszuüben sucht. Der Vorkämpfer hat ja ausführlich geschilbert, in welcher Weise das Unternehmertum hier der Arbeiterklasse, speziell unserer Partei entgegentritt. Für die Aufhebung des Unternehmertums ist charakteristisch die Äußerung der „Deutschen Arbeiterzeitung“ über unseren Parteitag. Da heißt

es die Sozialdemokratie läme nach Essen, um das Haus des Unternehmers zu besetzen, das Dach in Brand zu stecken, in ihrem eigenen Hause arge Verwüstungen anzurichten. (Heiterkeit.) Das ist eine durchaus falsche Auffassung, es fällt uns gar nicht ein, das Dach dieses Industriehauses in Brand zu stecken, eines Hauses, in das wir ja einzuziehen wollen (Sehr gut!), eines Hauses, das wir uns erobern und das wir benutzen wollen, um für die Arbeiterklasse, für diejenigen, die es erbaut haben, bessere Verhältnisse zu schaffen. (Sehr gut!) Also nicht darum handelt es sich, dieses Haus in Brand zu stecken, nein, wir werden die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, benutzen, um an Stelle dieser Zwangsburg der Industrie Wohnstätten zu schaffen, in denen der Arbeiter als freier, gleichberechtigter und gleichberechtigter Mensch wohnt. (Lebhafter Beifall.)

Die Aufgabe des Parteitag besteht auch darin, dem Industrie- und Sozialismus nach allen Richtungen hin entgegenzutreten, die Wirkungen dieses Industrie- und Sozialismus zu beleuchten, und vor allem dafür zu sorgen, daß für die Partei Vorteile geschaffen werden. Gerade aus den Kenntnissen, die sich die Genossen gelegentlich des Parteitages erwerben, soll die Agitation und Organisation um so stärker gefördert werden. Ich zweifle nicht daran, daß auch dieser Parteitag wie alle seine Vorgänger befruchtend für die Partei wirken wird; ich habe die Überzeugung, daß auch die Essener Woche ein Quell neuer Anregungen sein wird, um Nützliches für die Partei zu schaffen. (Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitag eine Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen, die neue Anregungen geben und neue Richtlinien abstecken werden für die Tätigkeit der Partei. Wir werden auch auf diesem Parteitag bemüht sein, unsere Verhandlungen in geistiger Brüderlichkeit zu führen, wir werden Beschlüsse fassen, die die Partei aufs neue stärken werden. Unsere Tagesordnung ist reichhaltig, sie wird aber — davon bin ich überzeugt — mit dem Ernst und mit der Gründlichkeit erledigt werden, wie die einzelnen Punkte es verdienen. Wir werden uns auch über die politische Situation im Reiches auszusprechen haben, und neben den Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, wird auch noch eine allgemeine Frage erörtert werden, wenigstens wird aus unseren Verhandlungen sich die Notwendigkeit dazu ergeben — eine für die Partei äußerst wichtige Frage, die preussische Wahlrechtsfrage. Das ist eine Frage, die nicht nur die Genossen in Preußen angeht, es ist eine Frage der gesamten deutschen Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Preußen bildet heute den Hort der Reaktion in Deutschland. Die preussischen Staatsbürger durch ein anderes Wahlrecht in die Lage zu bringen, daß auch die, die heute entrechtet sind, ein gewichtiges Wort im Landtage mitsprechen können, das ist eine Angelegenheit, die weit über die preussischen Grenzpfähle hinausgeht, eine Angelegenheit der gesamten deutschen Arbeiter, ja sogar der der Arbeiter der gesamten Welt. (Lebhafter Zustimmung.) Deshalb werden wir hier neben den Vorarbeiten, die der Parteivorstand in dieser Beziehung schon veranlaßt hat, auch wieder die Mittel bestimmen, um eine machtvolle Demonstration und Agitation für das Wahlrecht in Preußen in die Wege zu leiten. Die Arbeiten hierfür werden die preussischen Genossen zu verrichten haben, aber sie können und dürfen hierbei die warme Unterstützung der Gesamtpartei beanspruchen. (Sehr gut!)

So wird denn dieser Parteitag ein reiches Arbeitsfeld vorfinden, und wir wollen hoffen, daß wir am Ende der Arbeit freudig zurückblicken können auf das, was wir geleistet haben. In der sicheren Überzeugung, daß auch dieser Parteitag die Organisation neu kräftigt und die Agitation vertieft und belebt, daß er die Propaganda für das sozialdemokratische Endziel und für unser Programm weiter ausdehnt, möchte ich nunmehr namens der Parteileitung den Parteitag für eröffnet erklären. Ich bin fest davon überzeugt, daß jeder von uns sein Bestes für die Partei leisten wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag konstituiert sich.
Zu Vorsitzenden werden gewählt: Singer und Gemoll.
Essen.

Singer dankt für das Vertrauen und verspricht gleichzeitig im Namen von Gemoll, die Geschäfte des Parteitages sachlich zu führen. (Beifall.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Grünwald, Berlin, Blume, Hamburg, Donatis, Königsberg, Stühmeier, Dortmund, Seemann, Stuttgart, Kleefort, Ludwigshafen, Hielsch, Frankfurt a. M., Klara Jeklin, Stuttgart, Riem, Dresden.

In die Mandatsprüfungskommission werden entsandt: Wels, Berlin, Stubbe, Hamburg, Güttermann, Frankfurt a. M., Anieriem, München, Ketterlein, Gera, Keil, Stuttgart, König, Dortmund, Weims, Magdeburg, Frau Baumann, Altona, Evers, Hildesheim.

Die Mandatsprüfungskommission fungiert gleichzeitig als Beschwerdekommision. Ihr werden zunächst die Wiederaufnahmegesuche in die Partei zur Vorberatung übergeben.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird unverändert genehmigt.

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
a) Allgemeines. Berichterstatter: F. Ebert.
b) Kasse und Presse. Berichterstatter: A. Gerich.
c) Parteischule und Bildungsausschuß. Berichterstatter: S. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission, Berichterstatter: A. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht, Berichterstatter: A. Südekum.
4. Bericht vom Internationalen Kongress, Berichterstatter: P. Singer.
5. Kaiserfeier, Berichterstatter: R. Fischer.
6. Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage, Berichterstatter: A. Weber.
7. Die Alkoholfrage, Berichterstatter: C. Wurm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Hierzu liegt aus einigen Wahlkreisen der Antrag (Nr. 2) vor, zu Punkt 7 einen zweiten Berichterstatter aus den Vereinen der Arbeiterbewegung zu ernennen.

Günther-Rottbus begründet diesen Antrag damit, daß es gelte sei, bei der für die Diskussionsredner beschränkten Redezeit auch die Anschauungen der Abstinenzler ausführlicher zu Worte kommen zu lassen.

Singer: Wir sind der Meinung gewesen, daß es eines Korreferenten nicht bedarf, weil besondere Gegenstände in dieser Frage innerhalb der Partei nicht existieren dürften und die Ausführungen des Referenten, sowie die Resolution, welche vorgelegt werden wird, die Auffassung der Partei richtig wiedergeben werden. (Zustimmung.)

Orts-Nachricht bittet ebenfalls, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Ferner wird von Nürnberg, Kiel und Breslau beantragt (Antrag Nr. 1) auf die Tagesordnung das Wahlrecht in den Einzelstaaten zu setzen.

Singer: Unser Antrag entspricht der Stimmung der ganzen Partei, und die Begründung des Antrages ist bereits gegeben durch den beredeten Mund unseres Vorsitzenden Singer, der mit Recht gesagt hat, daß die preussische Wahlrechtsfrage die politische Frage unserer Zeit überhaupt ist. Es wäre eine schwere Unterlassungssünde, wenn dieser Parteitag sich mit der Wahlrechtsfrage nicht beschäftigen würde. Die Preussenskonferenz tritt erst Ende November zusammen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß schon anfangs November der preussische Landtag eröffnet wird, und wenn das geschieht, so geschieht es nur zu dem Zweck, um einen Versuch zu machen, die Existenzberechtigung der Volkspolizei dadurch zu beweisen, daß eine Wahlrechtsreform dem Fürsten-Bülow angekündigt wird. Der preussische Parteitag läme dann zu spät. Ein anderer früherer Grund ist noch wichtiger. Wenn nicht alle Zeichen trügen, finden die nächsten preussischen Landtagswahlen im nächsten Frühjahr oder im Sommer statt. Es ist also dieser Parteitag der letzte,

auf dem wir die ganze Frage der Wahlrechtsfrage zum preussischen Landtag erörtern und wo wir feststellen können, ob der frühere Rätiger Beschluß geändert oder aufrechterhalten werden soll. Was aber das innere Moment der Verdrängung unseres Antrages betrifft, so würde man es zweifellos nicht verstehen, wenn an dieser Frage, die die ganze gegenwärtige politische Situation und die Volkspolizei betrifft, bei der die gesamte Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Spiele steht, der deutsche Parteitag vorübergehen würde.

Bebel: Ich gebe zu, daß der Vorredner aus den Worten des Vorsitzenden schließen konnte, daß die Parteileitung Reizung besäße, diesen Antrag zu akzeptieren. Ich muß aber meinerseits erklären, daß ich Sie dringend bitte, den Antrag abzulehnen. Wenn der Vorredner gemeint hat, dieser Antrag sei aus der Stimmung der gesamten deutschen Partei geflossen, so hätte ihn die geringe Unterstützung, die der Antrag fand (Zuruf: 22 Stimmen!) eines Besseren belehren sollen. Die Sachen haben ihren Parteitag bereits gehabt, für Süddeutschland ist die Frage im großen und ganzen gelöst; das wirkliche Interesse konzentriert sich also allein auf Preußen. Man kann streiten, ob der Termin für den preussischen Parteitag zu spät festgesetzt ist, jedenfalls ist er festgesetzt, und ich bitte Sie um alles in der Welt: weshalb sollen wir nun jetzt eine Debatte führen, die sich dort notwendigerweise wiederholen müßte. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß doch selbstverständlich bei dem Referat und der Diskussion über die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage die Frage der Volkspolizei und die Frage des preussischen Wahlrechts mit erörtert werden wird. (Sehr richtig!) Daß die Absicht bestehen soll, den Landtag im November einzuberufen, ist mir neu. Aber sollte die Frage auch wirklich akut werden, sie ist für uns spruchreif; wir können dann sofort in die Agitation eintreten. Daß der Rätiger Beschluß nicht in Frage gestellt ist, ist ganz selbstverständlich. Darüber brauchen wir nicht zu debattieren. Ich bitte Sie also, den Antrag abzulehnen. (Bravo!)

Damit schließt die Debatte; der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird unverändert angenommen. Die Zeit der Tagung des Parteitages wird wie üblich von 9-1 und 3-7 Uhr festgesetzt.

Damit sind die Arbeiten der Vorversammlung erledigt.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Essen, 16. September.

Den Vorsitz führt Singer.

Singer:

Wir haben auch in diesem Jahr die Freude, einige Delegierte von Bruderparteien bei uns begrüßen zu können. Es sind aus Oesterreich die Genossen Ellenbogen und Kern, aus Böhmen der Genosse Remec delegiert. Ich heiße die Genossen im Namen des Parteitages herzlich willkommen. Wir haben in diesem Jahre besonderen Grund, uns über die Anwesenheit unserer österreichischen Genossen zu freuen, weil sie aus hartem Kampfe kommen, aus dem sie zu unserer großen Freude und Befriedigung als Sieger hervorgegangen sind. (Bravo!) Wir alle wissen, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Oesterreich wesentlich der Tapferkeit und der Energie unserer österreichischen Genossen zu danken ist. Wir haben ihre Arbeit mit Stolz und Bewunderung verfolgt, und wir sind ihnen aufrichtig dank schuldig, daß es ihnen nach der Eroberung des Wahlrechts gelungen ist, einen so glänzenden Sieg zu erringen, daß die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Reichstages heute die stärkste sozialdemokratische Fraktion aller Parlamente ist. (Beifall.) Das befriedigt uns außerordentlich, und dazu wünschen wir den österreichischen Genossen von Herzen Glück. Wir wissen, daß sie wie bisher, so auch in Zukunft alles tun werden, nicht nur zur Befreiung der österreichischen Proletariat, sondern daß von ihrer Arbeit das internationale Proletariat aller Völker Nutzen haben wird. Zu dieser Arbeit den österreichischen Genossen Glück zu wünschen, macht mir namens des Parteitages aufrichtige Freude. (Lebhafter Beifall.)

Remec-Prag

überbringt die Grüße der tschechischen Sozialdemokratie. Bisher konnten wir auf Ihren Parteitagen nur Klagen und Jhnen tröstliche Berichte geben. Heute sind wir in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß wir von der Kampfesweise der größten sozialdemokratischen Partei gelernt haben, wir sind stark und kräftig geworden und haben einen großen Sieg errungen. 40 Jahre haben wir um das gleiche Recht gekämpft, 40 Jahre hat man uns verfolgt, niedergebrosen, Arbeiterblut hat die Straßen gefärbt und nach 40 Jahren hat man endlich erkannt, daß das allgemeine Wahlrecht eine Staatsnotwendigkeit sei, und daß es vorteilhafter sei, den Arbeitern den Eintritt in den Reichsrat zu gewähren. Jetzt will die Regierung durch Sozialreform, durch ein Entgegenkommen an die Arbeiter den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln nehmen. Wir haben die Herren gezwungen, sofort Farbe zu bekennen, ob es ihnen mit ihrer Demokratie und Reformfreundlichkeit ernst sei. Und wir werden an diesen Kampf um das allgemeine Wahlrecht sofort einen neuen Kampf anschließen, den Kampf um das allgemeine Wahlrecht für die Landtage und die Kommunen. Wir hoffen, daß wir über kurz oder lang Jhnen auch über einen Sieg auf diesem Felde werden berichten können. (Bravo!)

Ellenbogen-Wien:

Die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie hat mir auch diesmal wieder den ehrenvollen Auftrag erteilt, sie bei dem deutschen Parteitag zu vertreten. Zunächst danke ich für die freundliche Begrüßung, die den österreichischen Genossen hier zu teil geworden ist. Sie erinnern sich vielleicht, daß ich Jhnen vor zwei Jahren in Jena mitgeteilt habe, daß unser Ministerpräsident von dazumal — wir haben seitdem 4 gehabt — das allgemeine Wahlrecht für Oesterreich für unmöglich erklärt hat. Ich habe dem Ministerpräsidenten damals einige Drohworte zugezogen und ihm den Kampf unserer Partei angekündigt. Vielleicht haben einige von Ihnen meine damaligen Worte als eine eitle Prahlerei angesehen. Heute aber lehnen wir hierher zurück, nicht nur mit dem allgemeinen Wahlrecht in Händen, sondern auch mit 87 Mandaten. (Bravo!) Wir haben innerhalb der 2 Jahre zwei gewaltige Siege errungen, die oberste Forderung der österreichischen Proletariat ist erfüllt, und außerdem haben wir einen ungeheuren Wahlsieg errungen. Wenn wir auf den Kampf zurückblicken, dann dürfen wir das eine von uns sagen, daß, wenn auch die Verhältnisse sehr günstig für uns lagen, wenn auch der österreichische Staat in einer verzweifeltsten Situation war, wenn die österreichische Regierung auch schwach gewesen ist und das österreichische Parlament verfahren war, wenn wir die stärkste Unterstützung durch die russische Revolution erfahren haben, es doch unsere vorzügliche und kluge Taktik gewesen ist, die uns in letzter Linie das Wahlrecht erobert hat. Man kann vom Glück auch edrückt werden und es ungenüht an sich vorübergehen lassen, auch eine Partei kann den „Danz im Glück“ spielen und im Glück ungeschickt sein. Wir haben und von dieser Ungeschicklichkeit frei zu halten gewußt. Wir haben uns im richtigen Augenblick an die Oberläufe gebracht, wir haben aber auch, wenn es notwendig war, unsere politische und ökonomische Macht zu verbergen verstanden und sie zu verschleiern gesucht. Erst neulich begegnete mir einer der Führer des Großgrundbesitzes, der unglücklichweise durch das allgemeine Wahlrecht seine politische Karriere beenden mußte, sie hat im Herrenhause ein Begräbnis erster Klasse gefunden. (Heiterkeit.) Dieser Herr sagte zu mir im Tone des schmerzlichen Vorwurfs: Als wir im Sommer das allgemeine Wahlrecht machen sollten und wir Sie fragten, wie viel Mandate Sie zu bekommen glaubten, da haben Sie uns gesagt: höchstens 25 bis 30. Ich antwortete ihm: Ja, Erzelezen, wenn Sie uns das geglaubt haben, dann sind Sie halt ein schlechter Politiker. (Heiterkeit.) Wir haben vorsichtig und zurückhaltend mit unserer Kraft operiert und haben nach dem russischen Grundgesetz in dem entscheidenden Moment alles auf eine Karte gesetzt, im gegebenen Augenblick aber auch

so getan, als ob wir gar nicht auf dieser Welt wären. Der Erfolg war auf unserer Seite. 1901 haben wir nach außen eine große Niederlage erlitten, wir haben damals von den 14 Mandaten, die wir hatten, 4 verloren. Da jubelte die ganze österreichische Bourgeoisie, daß in Oesterreich kein Boden für die Sozialdemokratie sei. Die Antwort darauf war die Eroberung des Wahlrechts und die Erringung von 87 Mandaten. Daraus geht hervor, daß Wahlerfolge für die Sozialdemokratie immer von Bedeutung sind, daß aber Wahlniederlagen für die Sozialdemokratie gar nichts bedeuten, höchstens daß sie einen Anreiz geben, um so eifriger neue Eroberungen zu machen. Die Moral aus der Geschichte zu ziehen, überlasse ich Jhnen. Ich beschränke mich auf diese wenigen Worte und auf die stählige Konstatierung, daß trotz aller unliebsamen Zwischenfälle es auf allen Linien bei uns in Oesterreich und auch hier in Deutschland unentwegt vorwärts geht. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß eine Reihe Begrüßungsschreiben eingegangen sind, darunter ein besonders herzliches von Lehner aus London. Er spricht den Wunsch aus, daß es dem alten Veteranen Lehner noch recht oft vergönnt sein möge, den Parteitag zu begrüßen. (Beifall.)

Außer den Anträgen auf Wiederaufnahme in die Partei werden auf Vorschlag von Singer auch die Beschwerden gegen die Geschäfte der Kontrollkommission der Mandatsprüfungskommission zur Vorberatung überwiesen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein und nimmt zunächst den

Geschäftsbericht des Vorstandes

entgegen.
Von den hierzu vorliegenden Anträgen soll Antrag 33 (Nachrichtsbureau) gesondert behandelt werden; er wird genügend unterstützt.

Weiter werden unterstützt die zum allgemeinen Bericht gestellten Anträge 14, 15, 16, 17, 78, 85, Antrag 18, der sich auf die Kasse und Presse bezieht, und die Anträge 40 und 83, die die Parteischule und den Bildungsausschuß betreffen.

Den allgemeinen Teil des Berichtes erstattet
F. Ebert:

Dem Beschluß des Mannheimer Parteitages, der Parteipresse die Patern des Geschäftsberichts sowie des Berichtes des Bildungsausschusses, der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands und der Reichstagsfraktion, zu überlassen, ist der Parteivorstand nachgekommen. Es haben 20 Parteiblätter davon Gebrauch gemacht, ich kann mich daher auf einige Ergänzungen zum Bericht beschränken. Es ist früher mehrfach Auskunft über den schriftlichen Verkehr des Parteivorstandes mit den Genossen gewünscht worden. Ich kann mitteilen, daß die schriftlichen Eingänge 6088 betragen, die Ausgänge 7456. — Was die Stärke unserer Organisationen anlangt, so ist die Erwartung, die Genosse Gerich auf dem vorjährigen Parteitag ausgesprochen, daß die Zahl der organisierten Parteigenossen in diesem Jahre eine halbe Million erreichen würde, erfreulicherweise noch übertroffen worden; wir zählen heute 530 486 organisierte Parteigenossen, dazu kommen aus den beiden Mecklenburg, wo türkische Rechtsverhältnisse herrschen, und aus Schaumburg-Lippe 3300 Parteigenossen, die der Verpflichtung auf Grund des § 1 unseres Statuts nachkommen und deshalb als Parteigenossen zu betrachten sind. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Partei beträgt also 533 786, das sind 16,4 Proz. der für uns abgegebenen Stimmen. Im vergangenen Jahre war dies Verhältnis 12,7 Proz. Bei Betrachtung des Organisationsverhältnisses der einzelnen Agitationsbezirke muß man die weiblichen Mitglieder ausschließen, weil sonst die Bezirke, wo die Frauen politisch rechtlos sind, benachteiligt würden. Im übrigen ergibt sich folgendes Bild: In der Spitze aller Agitationsbezirke steht Leipzig, wo die Zahl der Organisierten 26,4 Proz. der für uns abgegebenen Stimmen beträgt. Es folgt Bremen mit 26,3 Proz., Hamburg mit 26,2 Proz., Lübeck mit 25,9 Proz., Schleswig-Holstein mit 24,8, Hesse mit 22,3, Jena mit 21,2, Pölsch mit 20,7, Oldenburg mit 20,3, Groß-Berlin mit 18,9 (Hört! hört!), Dresden mit 18,6, Hannover mit 18,4, Sachsen-Weimaringen mit 16,3, Braunschweig mit 15,8, Breslau mit 15,5, Waden mit 14,4, Württemberg mit 14,4, Bielefeld mit 14,3, Frankfurt a. M. mit 14,1, Chemnitz mit 13,9, Köln mit 13,7, Halle mit 13,6, Erfurt mit 13,4, Anhalt mit 13,4, Dortmund mit 13,3, Brandenburg mit 13,3, Weimar mit 12, Magdeburg mit 12,5, Süd-Bayern mit 12,2, Ober-Rhein-Elbe mit 11,7, Elberfeld mit 11,1, Wladkau mit 10,8, Görlitz mit 10, Kassel und Pommern mit 9,9, Ostpreußen mit 8,8, Mecklenburg mit 8,5, Saargebiet mit 8,7, Westpreußen mit 4,5, Kattowitz mit 3,9, Posen mit 3,8 und Elb-Lothringen mit 3,8 Proz. In 7 Wahlkreisen hat das Verhältnis der Mitgliederzahl zur Zahl der abgegebenen Stimmen 30 Proz. überstiegen; es betrug in Pommern-Seeberg 36,1 Proz., in Offenbach a. M. 34,9, in Nürnberg 32,8, in Hannover-Linden 32, in Bremen 31,9, in Leipzig-Land 31,4, in Friedberg-Rüdingen 30,1 Proz. — Was die Mitgliederzahl der Wahlkreise anlangt, die ja sehr verschieden ist, so haben wir 50 Kreisorganisationen, wo die Mitgliederzahl unter 100 bleibt; 88 Kreise mit 100—500 Mitgliedern, 46 Kreise mit 500—1000 Mitgliedern, 49 Kreise mit 1000—2000 Mitgliedern, 29 Kreise mit 2000—3000 Mitgliedern, 12 Kreise mit 3000—4000 Mitgliedern, 6 Kreise mit 4000—5000 Mitgliedern, 4 Kreise mit 5000—6000 Mitgliedern, 6 Kreise mit 6000—7000 Mitgliedern, 3 Kreise mit 7000—8000 Mitgliedern, 2 Kreise mit 8000—9000 Mitgliedern, 3 Kreise mit 9000—10 000 Mitgliedern. Ueber 10 000 Mitglieder haben 7 Wahlkreise, und zwar steht an der Spitze Berlin VI mit 21 500 Mitgliedern. Es folgen Leipzig-Land mit 20 711 Mitgliedern, Teltow-Beeskow-Charlottenburg mit 20 425 Mitgliedern, Berlin IV mit 18 813 Mitgliedern, Hamburg III mit 17 808 Mitgliedern, Hannover-Linden mit 11 571 Mitgliedern, Nürnberg mit 11 500 Mitgliedern.

In der bürgerlichen Presse ist der Einwand erhoben worden, daß die Zahl unserer Organisationsmitglieder zur Zahl der abgegebenen Stimmen für uns immer noch in einem recht schlechten Verhältnis stehen. Es wird auch von uns niemand bestreiten, daß es nach der Richtung hin noch bedeutend besser werden muß. Andererseits aber glaube ich sagen zu können, daß dieses Verhältnis bei uns den bürgerlichen Parteien gegenüber das weitaus bessere ist. (Sehr richtig!) Die bürgerlichen Parteien sollten doch einmal erklären, wie es in dieser Hinsicht bei ihnen aussieht. (Sehr richtig.) Dabei kommt in Betracht, daß unsere Parteigenossen durchweg wirtschaftlich abhängig und infolgedessen vielfach gar nicht in der Lage sind, Mitglieder unserer Organisation zu werden, wenn sie ihrer Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, insbesondere da, wo die Mitgliederlisten unserer Organisation der Behörde eingereicht werden müssen. Ist doch erst kürzlich in einer Braunschwelger Zeitung mitgeteilt worden, daß aus der seitens der herzoglichen Einlassbehörde mitgeteilten Liste sich ergeben habe, daß 4 Mitglieder des Arbeiter- und Landwehrvereins in Heimburg aus dem sozialdemokratischen Verein angehöre. (Hört! hört!) In Stade hat der Arbeitervereinsvorstand kürzlich einem Genossen mitgeteilt, daß er nach der von der Polizei gemachten Anzeige einem sozialdemokratischen Verein angehöre, solche Mitglieder könnten aber nach dem Statut im Arbeiterverein nicht gebildet werden. Die „Greizer Zeitung“ hat kürzlich die Mitgliederliste unserer Organisation, die bei der Behörde eingereicht war, einer eingehenden Besprechung unterzogen, sie kann die Information nur von der Behörde erhalten haben. Die Kreiszeitung des Kreises Essen hat kürzlich mitgeteilt, daß in Kottbusen und Vorbeck bei neuauftretenden Mitgliedern unserer Organisation die Polizei erschienen sei, um ihre Personalien aufzunehmen. (Obst! hört!) Diese wenigen Tatsachen, die man vielfach vermehren könnte, genügen, um uns klar zu machen, daß diese beschimpfende vereinsgesetzliche Bestimmung, wonach die Mitgliederlisten unserer Organisation einzureichen sind, der behördlichen Mißfür Ärer und Tor öffnet und es vielen Parteigenossen erschwert, Mitglieder der Organisation zu werden. Das wird auch dadurch bestätigt, daß an unsere Kreisorganisationen über 11 000 Parteigenossen zwar regelmäßig Gelder für die Partei zahlen, aber nicht Mitglieder der Parteiorganisation

sind. Davon entfallen allein über 70 Proz. auf Preußen und be-
sonnenderweise hauptsächlich auf Bezirke, wo die Abhängigkeit
der Arbeiter besonders groß ist. Natürlich haben wir diese 11 000
Parteigenossen nicht als Mitglieder registriert.

Wenn ich einige Ausführungen über die Organisation im all-
gemeinen mache, so glaube ich, mich in Uebereinstimmung mit
Ihnen zu befinden, wenn ich sage, daß die Parteioorganisation sich
auch während des Wahlkampfes nach jeder Richtung hin bewährt
hat. Deshalb sollte man auch nicht wegen dieser oder jener
nebensächlichen Dinge zu einer Aenderung des Organisationsstatuts
schreiten. Es ist uns ja angeklagt, daß wir als Frucht der son-
nerwähl-liberalen Paarung auch ein Reichsvereinsgesetz zu er-
warten haben. Ob ein solches Kind lebensfähig werden kann, er-
scheint sehr zweifelhaft. Jedenfalls sollten wir aber auch aus
diesem Grunde nicht von einer Aenderung des Organisationsstatuts
absehen und nicht zu einer Aenderung schreiten, so lange nicht die
Notwendigkeit dazu überwiegt ist. Die Kreisorganisation ist in Süd-
sachsen und einigen anderen Wahlkreisen noch nicht durchgeführt. Ich
glaube, wir müssen auch diese Kreise auffordern, sie durchzuführen.
Die auf einen Bezirk ist die Bezirksorganisation jetzt im ganzen
Reich durchgeführt. Für den inneren Ausbau unserer Organisa-
tion bleibt aber noch viel zu tun übrig. Ich beziehe mich da auf
die Ausführungen im schriftlichen Bericht über die wahltechnische
Organisation unserer Gegner. Es wäre ein großer Fehler, wollten
wir das unterschätzen, zumal da die Gegner eifrig bestrebt sind,
diese Organisationen auch über die Zeit des Wahlkampfes hinaus
für den allgemeinen Kampf gegen uns aufrechtzuerhalten. Wir
müssen es uns überall zur Pflicht machen, unsere Organisation
der amtlichen Einteilung der Wahlbezirke zur Reichstagswahl an-
zugliedern, d. h. die Bezirksorganisation durchzuführen. In jedem
Bezirk müßten wir eine genaue Uebersicht über die soziale Stel-
lung der Einwohner des Bezirks haben, es müssen uns erfahrene
Genossen in jedem Bezirk zur Verfügung stehen, mit deren Hilfe
wir in der Lage wären, jederzeit mit den uns sozial nahe stehenden
Schichten der Bevölkerung des Bezirks in persönliche Berührung
zu treten. Dann werden wir der Art des Kampfes, wie ihn unsere
Gegner führen, erfolgreich begegnen können. Wichtig für den Aus-
bau der Organisation ist auch die Beitragsleistung. Der
schriftliche Bericht zeigt, wie weit wir von einer einheitlichen Ver-
tragsleistung noch entfernt sind. Erfreulicherweise haben ja ver-
schiedene Organisationen ihre Beiträge erhöht. Die sächsische
Landeskonferenz hat einen einheitlichen Wochenbeitrag von 10 Pf.
beschlossen. Unsere Aufstellung zeigt, daß wir noch 120 Wahlkreis-
organisationen haben, in denen der monatliche Beitrag 20 Pf.
nicht übersteigt. Ein solcher Beitrag ist heute nicht mehr aus-
reichend, um die gesteigerten Aufgaben erfüllen zu können. (Sehr
richtig!) Wir müssen deshalb überall einen Wochenbeitrag von
10 Pf. anstreben. (Zustimmung.) Wenn es unseren sächsischen Ge-
nossen, die doch eine ganze Anzahl armer Bezirke haben, ge-
lingt, ihren Beschluß durchzuführen, dann, glaube ich, ist
der Nachweis geführt, daß der Wochenbeitrag von 10 Pf. somit
im ganzen Reich durchgeführt werden kann. (Sehr wahr!)
Mit der Frage der Einführung eines einheitlichen Mitglieds-
buches werden wir uns ja noch besonders beschäftigen, ein so
dringendes Bedürfnis dafür können wir nicht anerkennen. Aber
es spricht auch manches dafür, und nachdem die süddeutschen
Staaten sich über ein einheitliches Mitgliedsbuch bereits verständigt
haben, steht dem nichts im Wege, daß die übrigen Organisationen
sich dieser Einrichtung anschließen. Der Parteivorstand wird eben-
falls ein Muster den Organisationen übermitteln. Wichtig erscheint
mir eine einheitlichere Gestaltung unserer Verwaltungsgeschäfte.
Die Bestimmung, daß unser Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni
laufen soll, ist leider nicht genügend beachtet, ich nehme die Ge-
legenheit wahr, um dringend zu ersuchen, daß die Bezirks- und
Kreisorganisationen ihr Geschäftsjahr möglichst dieser Bestimmung
anpassen. Das ist nötig, wenn der Parteivorstand für seinen Bericht
an den Parteitag die nötigen Unterlagen erhalten will. Wir haben
Anfang Juni unsere Fragebogen an die Organisationen verschickt
mit der Bitte, uns bis zum 15. Juli die nötigen Angaben zu
machen, es schien aber da noch über 150 Wahlkreise. (Hört! hört!)
Wir müßten sie mahnen, aber am 1. August fehlten immer noch
über 50 Kreise. Es blieben uns dann nur wenige Tage zur Ver-
arbeitung des umfangreichen Materials. Wir müssen es daher den
Leitungen der Organisationen zur Pflicht machen, mit ihrer
Berichterstattung etwas pünktlicher zu sein.

Ich komme nun zur Agitation. Es scheint mir, daß in ein-
zelnen Bezirken die Sozialarbeit nicht mit der notwendigen
Energie bekämpft wird. Wo aber der Kampf gegen den Terrorismus
der Behörden und Gegner mit Hartnäckigkeit aufgenommen wird,
da ist er auch erfolgreich. Wir müssen in dieser Beziehung energischer
vorgehen, weil zweifellos die mündliche Agitation am wirksamsten
ist. Inzwischen ist unser Handbuch ja erschienen, das die Wahl-
kämpfe der Gegner systematisch zusammenstellt und zurückweist. Wir
glauben damit eine wertvolle Waffe geschaffen zu haben. Auch in
dem in aller nächster Zeit erscheinenden Leitfadens zum Selbst-
unterricht glauben wir ein wertvolles Hilfsmittel zur Heranbildung
von Agitatoren geschaffen zu haben.

Auch die schriftliche Agitation muß noch intensiver gestaltet
werden. Hier ist die Hauptlast der Ausbreitung der Parteipresse.
Wohl haben wir auch hier große Erfolge erzielt; aber immer
kommen wir noch nicht genug gerade an die Schichten der Be-
völkerung heran, die wir bearbeiten wollen. Hier muß mit Flug-
blättern nachgeholfen werden. Wir waren bestrebt, ein möglichst
großes Agitationsmaterial bereitzustellen. Diese Agitation muß
sich nicht nur an die Landbevölkerung wenden, sondern auch die
einzelnen Arbeiterschichten fassen, die noch die Generalansage lesen.
Einige Wahlkreise haben Anträge gestellt, die den Anschein erwecken
könnten, als ob die Partei der Landbevölkerung nicht genügend Auf-
merksamkeit schenkt. Das ist aber nicht zutreffend. Die Bezirks-
organisationen geben periodisch erscheinende Agitationschriften,
regelmäßig vorbereitete Monatsblätter heraus, deren Inhalt auf die
Landbevölkerung berechnet ist. In allen Bezirken werden Agi-
tationskalender verbreitet, die der Agitation unter der ländlichen
Bevölkerung dienen. Aus den Berichten der Bezirksorganisationen
und der Parteisekretäre geht hervor, daß hier ein erhebliches Stück
Arbeit geleistet wird. Allerdings tritt diese Agitation nicht so in
die Erscheinung wie die allgemeine Parteipresse. Aber nichts
wäre richtiger, als wenn die Landbevölkerung nach einem einhei-
tlichen Schema im ganzen Reich oder gar mit einer einzigen
Agitationschrift bearbeitet werden sollte. Die Verhältnisse sind
überall verschieden und nach ihnen muß die Agitation auf dem
Lande eingerichtet werden.

Im allgemeinen glaube ich, daß wir bei der Agitation unser
Augenmerk in erster Linie auf die Gewinnung unserer natürlichen
Anhänger, auf das Industrieproletariat, zu richten haben. Hier ist
noch außerordentlich viel zu tun. Gerade die Verhältnisse dieses
Bezirks zeigen uns, was wir da noch zu leisten haben. Die
Agitation des Zentrum und des Reichsverbandes wendet sich vor-
wiegend an die indifferenten Industriearbeiter. Hier haben wir
mit aller Energie für gründliche und systematische Aufklärung zu
sorgen, um diese Schichten mit Massenbewußtsein zu erfüllen und
für den Klassenkampf zu gewinnen.

Ich habe noch etwas über die Erledigung einer Aufgabe mit-
zuteilen, die der Mannheimer Parteitag dem Vorstand zugewiesen
hat. Es handelt sich um die Verhandlungen mit den lokal-
organisierten Gewerkschaften wegen ihres An-
schlusses an die Zentralverbände. Ich will vorweg bemerken, daß
der Parteivorstand diese Aufgabe so aufgestellt hat, daß sich diese
Verhandlungen zunächst auf die Gewerkschaften zu erstrecken hätte,
die der Freien Vereinigung der Gewerkschaften angehören, und daß
sie nicht ausgebeugt werden sollte auf die an anderen Orten vor-
handenen lokalistischen Vereine, die zum Teil ganz anderer Art
sind, als diejenigen, die der Geschäftskommission angehören. Vor
allem meinen wir, daß die Verhandlungen sich nicht auf die im
Solinger Bezirk bestehenden lokalistischen Organisationen zu erstrecken
hätten. Vor den Reichstagswahlen konnten wir die Aufgabe nicht
in Angriff nehmen. Wir und die Generalkommission waren mit
anderen wichtigen Arbeiten überhäuft. Gleich nach den Wahlen

aber gingen wir an die Aufgabe heran. Die Generalkommission
war durchaus bereit, im Sinne der Mannheimer Beschlüsse mit
uns gemeinsam vorzugehen. Allerdings konnte sie eine bestimmte
Erklärung über die eventuellen Uebertrittsbedingungen nicht ab-
geben. Aber mehrere ihrer Mitglieder erklärten uns, daß die in
Frage kommenden Bedingungen mit denen übereinstimmen würden,
die im allgemeinen bei Uebertritten gebräuchlich sind: Die Dauer
der Mitgliedschaft wird angemessen und kein Eintrittsgeld erhoben.
Im März trat ich mit der Geschäftskommission der lokalistischen
Vereine in Verbindung. Daß diese Verhandlungen zu keinem
günstigen Ergebnis geführt haben, haben wir im schriftlichen Be-
richt dargelegt. Ich kann mich nur auf das dort Gesagte beziehen.
Ende Juni setzten wir uns mit allen einzelnen Vereinen, die der
Geschäftskommission angeschlossen sind, direkt in Verbindung. Bis
heute haben 23 lokalistische Vereine geantwortet. Das Resultat ist
folgendes: Die Vereinigung der Schiffbauarbeiter hat uns Anfang
Juli mitgeteilt, daß sie mit ihrer Zentralorganisation in Ver-
handlungen stehe, bei denen sie eventuell unsere Mithilfe in An-
spruch nehmen werde. Vor einigen Tagen haben wir nun die
Nachricht erhalten, daß diese Verhandlungen zu einem guten Er-
gebnis geführt haben. (Bravo!) Beide Organisationen haben ihre
Versammlung beschloffen. (Bravo!) Der endgültige formelle
Uebertritt soll auf dem nächsten Verbandstag erfolgen. Die Ver-
einigung der Zimmerer und der Verband der Kürschner Berlins
haben uns geantwortet, daß sie bereit seien, mit uns in Verhand-
lung zu treten. (Bravo!) Die Freie Vereinigung der
Maurer, Berlin, hat uns mitgeteilt, daß sie nach der Beendigung
des Berliner Lohnkampfes eine besondere Umfrage bei ihren
Mitgliedern halten werde. Eine Antwort ist noch nicht eingetroffen.
Der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband in Berlin hat uns
mitgeteilt, daß er im Grunde genommen mit unserem Schreiben
einverstanden sei, nur wollte er wissen, mit welchem Verbands-
erben, einen einheitlichen Verband bilden sollte. (Weiterkeit.) Wir
sind uns im Parteivorstand noch nicht schlüssig geworden, ob wir
dieses Geheimnis verraten sollen. (Weiterkeit.) Dabei muß be-
sonders hervorgehoben werden, daß unsere Absicht bei dieser Um-
frage, wenigstens die eigene Meinung der einzelnen Vereine
kennen zu lernen, zum größten Teile bereitet worden ist. Die
Gründe, die in den einzelnen Schreiben für eine Ablehnung einer
Beantwortung der Umfrage abgegeben werden, sind in allen
Schreiben sinngemäß dieselben. Einige Schreiben haben sogar
auffallenderweise gleichlautenden Wortlaut; eine Organisation hat
es noch demütigter gemacht, sie hat sich die Mühe des Abschreibens
erspart und uns ein vervielfältigtes Schema als Antwort auf
unsere Umfrage überhand und lediglich den Stempel der Organi-
sation darunter gedrückt. (Weiterkeit.) und es unterschrieben. An
dem Schema läßt sich zweifellos die Handschrift des Vorsitzenden
der Geschäftskommission der Freien Vereinigungen erkennen.
(Hört! hört!) Das Schema hat folgenden Wortlaut:

An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 60.
Werte Genossen!

Antwortlich Ihrer Zuschrift vom 29. Juni betr. das Er-
suchen, uns zu den von Ihnen auf Grund des Mannheimer
Parteitagbeschlusses angeregten Einigungsverhandlungen
zwischen uns und den der Generalkommission angehörenden Ver-
bänden zu erklären und den Mannheimer und Lübecker Parteitag-
beschlüsse hierüber in Erwägung zu ziehen, erwidern wir wie
folgt:

Unsere Organisation ist der Freien Vereinigung deutscher Ge-
werkschaften angeschlossen und hat deren Grundsätze sowie Kon-
gressbeschlüsse freiwillig anerkannt. Wir haben schon in der Be-
antwortung der drei Fragen der Geschäftskommission ausge-
sprochen, daß wir „unter Umgehung der Geschäftskommission in
Verhandlungen, die den Anschluß unserer Organisation an die
Zentralverbände bezwecken, nicht eintreten werden.“

Die große Mehrheit der mit uns verbundenen Organi-
sationen hat sogar alle drei Fragen mit Nein beantwortet, dadurch
bekundend, daß sie einen Anschluß an die Zentralverbände nicht
wünschten. Andererseits schrieb kurz nach dem Mannheimer
Parteitag die Generalkommission in ihrem „Korrespondenzblatt“,
„daß sie auf einen Zuwachs durch unsere Organisation verzichte.“
Es ist uns nicht bekannt, daß die Generalkommission diesen
Standpunkt seitdem aufgegeben hat. Wenn wir nun trotzdem
und ohne Beschluß der Mehrheit unserer Organisationen dies-
bezügliche Schritte unternehmen würden, bedeutete dies nach un-
serer Ansicht einen groben Bruch, der durch Anerkennung der
Beschlüsse des 7. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher
Gewerkschaften unterworfenen Disziplin.

Genossen! Sie schreiben selbst in der Nr. 140 des „Vor-
wärts“ vom 29. Juni 1907: „Die freiwillige Disziplin ihrer
Anhänger ist die Stärke der sozialdemokratischen Partei.“ Ge-
nau daselbe trifft auf die Freie Vereinigung deutscher Gewerks-
schaften zu. Aenderung in unserer Haltung kann und wohl der
8. Kongress vorschreiben; vor Statistiken dieses Kongresses ist
es uns jedoch unmöglich, eine andere als diese Antwort geben zu
können.“

Als ungefähr alle Antwortschreiben bei uns eingegangen
waren, hat die „Einigkeit“, das Zentralorgan der Lokalistin, einen
Artikel gebracht, in dem sie sich wesentlich mit der Umfrage und
ihrem Ergebnis beschäftigt, und es wurde da ausgeführt, daß die
übergroße Mehrzahl der der Freien Vereinigung zugehörigen Ver-
bandsorganisationen treu zu den Beschlüssen ihres Kongresses stehe.
Es mag ja für die Geschäftskommission der Freien Vereinigung
ein erhebendes Gefühl sein, wenn ihr so ganz nach Wunsch und
zum Teil streng nach Formular die Treue bestätigt wird. Aber
ich sollte doch meinen, daß die Leute, die Tag und Nacht zetern
über die Bevormundung der Parteigenossen, doch vorsichtiger sein
sollten. (Sehr richtig!) Wir haben die Verhandlungen mit den
Organisationen, die sich dazu bereit erklärt hatten, noch nicht an-
genommen können, da dies nur gleichzeitig mit allen diesen geschehen
kann. Die Zimmerer wollten erst nach Beendigung der Lohn-
bewegung in Berlin auf Verhandlungen eingehen, und die Maurer
hatten sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten. Parteivorstand
und Kontrollkommission sind übereinstimmend zu dem Resultat
gekommen, dem Parteitag dringend zu empfehlen, nicht einen Be-
schluß zu fassen, der den Anschein erwecken könnte, daß wir unsere
Stellung geändert hätten. Wir sind die Leuten, die verkennen, daß
ein Teil dieser Vereine und die „Einigkeit“ sich in Gegensatz zur
Partei gestellt haben. (Sehr richtig!) Aber es muß doch berück-
sichtigt werden, daß es sich um die Parteizugehörigkeit einiger
tausend Arbeiter handelt, und so lange die Möglichkeit der Ver-
handlungen mit einem Teil der Vereine getrieben ist und an dem
Erfolge der Verhandlungen nicht zu zweifeln ist, so lange sind wir
verpflichtet, von einem einschneidenden Beschluß abzusehen. (Zus-
timmung.) Die Organisationen der Maurer und Zimmerer sind
mit die größten, und wollten wir die Sache übers Anis brechen
und die Lokalistin in Wausch und Bogen zerurteilen, so würden
wir auch alle die treffen, die heute noch Mitglieder unserer Partei
sind und diejenigen, die ungewußt gegen uns aufgebracht worden
sind, sie würden damit nur die Reihen der Anarchosozialisten
stärken. Mit den Verbänden, die eine Verhandlung abgelehnt haben,
muß jedenfalls ein ernstes Wort geredet werden. Der wirtschaft-
liche Kampf erfordert heute ebenso wie der politische die einhei-
tliche Zusammenfassung aller Kräfte. Angesichts der Tatsache, daß
das Unternehmertum bestrebt ist, nach dem Grundgesetz teile und
berücksichtigen zu operieren, muß jeder Zerstückelungsversuch im eigenen
Lager mit aller Entschiedenheit und Schärfe zurückgewiesen werden.
Alle, die es ernst meinen mit dem Verleugungskampf des Proletariats,
müssen sich den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages, die ja durch
den internationalen Kongress eine glänzende Bestätigung gefunden
haben, fügen. Wir legen Ihnen zu dieser Frage folgende
Resolution vor:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den
lokalistischen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mann-
heimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzusetzen und
dem nächsten Parteitag über deren Verlauf zu berichten.

Der Parteitag beurteilt die von vielen Mitgliedern der
lokalistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm
betriebene Agitationsweise. In Uebereinstimmung mit den Be-
schlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internatio-
nalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei
und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den ge-
werkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für not-
wendig und erklart in den Zentralverbänden die gegebene Form
der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den lokalistischen Gewerks-
chaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den der General-
kommission angegliederten Zentralverbänden anzuschließen.
Parteivorstand und Kontrollkommission.

Auf die Reichstagswahlen brauche ich nicht näher eingehen,
da uns dieselben noch besonders beschäftigen werden. Wenn wir
auch diesmal nicht wie früher seit dem Fall des Sozialistengesetzes
mit Stolz einen bei der Wahl errungenen Mandatsgewinn ver-
künden können, so sind wir doch überzeugt, nach unseren besten
Kräften unsere Schuldigkeit getan zu haben. Wenn ich auch durch-
aus nicht die große Bedeutung einer starken Reichstagsfraktion ver-
kennen möchte, so ist doch eine starke Fraktion nicht gleichbedeutend
mit der Macht und Aktionsfähigkeit der Partei. Diese wurzelt
vielmehr in der Stärke ihrer Organisationen, in der Ausbreitung
ihrer Parteipresse. Und nach der Richtung hin hat das abge-
laufene Jahr uns recht erfreuliche Erfolge gebracht. Fortschritt,
die beweisen, daß die Sozialdemokratie unaufhaltsam siegreich vor-
wärtsschreitet. Wir verkennen nicht, daß unser Kampf immer
heftiger und schwieriger wird. Das Verhalten unserer Gegner,
der Regierung und der beherrschenden Organe zeigt uns, daß heute
das A und O ihrer Politik der Kampf gegen die Sozialdemokratie,
das Niederhalten der aufstrebenden Arbeiterklasse ist. Dieser
Kampf wird sich verschärfen, je mächtiger sich die Sozialdemokratie
entfaltet, je nachdrücklicher die Arbeiter für ihre Forderungen ein-
treten. Trotzdem können wir siegesfroh und wohlgenut in die Zu-
kunft blicken. Wenn die Partei alle ihre Kräfte auch künftighin
konzentriert auf systematische rastlose Organisationsarbeit, auf ein-
mütige gründliche Aufklärungsarbeit und Propaganda unserer
Grundsätze und Forderungen, dann wird die Sozialdemokratie
auch in Zukunft ihren Siegeslauf fortsetzen. (Bravo.)

Ich möchte nicht zum Schluß kommen, ohne mit einigen Worten
der Liebe zu gedenken, die im vergangenen Jahre in den Reihen des
Parteivorstandes entstanden ist. Sie alle waren gewiß ebenso wie
wir im Parteivorstande außerordentlich schmerzhaft ergriffen, als der
Draht den Tod unseres Genossen Ignaz Kuer verknüpfte. Was
Kuer für die Partei, was er der Parteileitung gemessen ist, läßt
sich mit wenig Worten nicht schildern; wir haben in unserem schrift-
lichen Bericht und die Parteipresse hat in längeren Artikeln auf die
große Bedeutung Kuers für die Sozialdemokratie hingewiesen, und
auch wir auf dem Parteitage können nur einmütig und dankbar all
dessen gedenken, was Kuer in der Partei geleistet hat. (Die Dele-
gierten erheben sich von den Plätzen.) Wir alle wollen es uns zur
Pflicht machen, in seinem Sinne zu streben und zu wirken für die
Sozialdemokratie, für die Befreiung des Proletariats. (Lebhafte
Beifall.)

Singer: Ich darf im Anschluß an die letzten Worte des Bericht-
erstatters sicher im Namen des Parteitages aussprechen, daß der
Parteitag durch sein Erheben von den Eigen gleichzeitig auch das
Andenken der übrigen verstorbenen Parteigenossen,
namentlich auch der an hervorragender Stelle tätig gewesen, zum
Beispiel des Genossen Dreese hat sich eben wollen. (Zustimmung.)

Ueber Kasse und Presse berichtet Bericht:

Wenn im vorjährigen Bericht die Hoffnung ausgesprochen wurde,
es möge gelingen, in diesem Jahre das statische Defizit auszugleichen,
so hat sich diese Hoffnung leider nicht erfüllt. Wir waren im ab-
gelaufenen Jahre nicht nur nicht in der Lage, etwas zuzulegen,
sondern wir haben noch ein dreimal höheres Defizit als im
vorhergehenden Jahre gemacht. Die Schuld an diesem ungewöhnlich
ungünstigen Kassenabsluß trägt in erster Linie die ganz unerwartet
gekommene Reichstagswahl. Die Parteigenossen konnten nicht
annehmen, daß dieser Reichstag ein so frühzeitiges Ende nehmen
würde, und hatten daher alle verfügbaren Mittel in Ausgaben für
die Presse usw. angelegt. Dazu kam, daß der Wahlkampf mit ganz
außergewöhnlicher Heftigkeit geführt wurde. Inwieweit die einzelnen
Bezirke und Landesstellen zu den Reichstagswahlen Aufschüsse empfangen
haben, ist im schriftlichen Bericht ausgeführt. Ich will Ihnen nun
eine Uebersicht geben über die gesamten Zuwendungen an die Be-
zirke und Landesstellen und die von diesen geleisteten Beiträge.

	Beiträge Mark	Zuwendungen Mark
Ostpreußen	616,80	44 524,—
Westpreußen	802,24	13 820,92
Brandenburg	153 274,18	46 011,50 ¹⁾
Pommern	1 178,80	24 338,27
Posen	84,70	9 170,—
Schlesien	7 588,89	95 672,73 ²⁾
Provinz Sachsen	13 546,88	62 242,60 ³⁾
Schleswig-Holstein	20 613,78	20 030,—
Hannover	18 622,63	21 096,20
Westfalen	8 880,17	38 768,25
Rheinland-Pfalz	6 330,14	44 595,—
Rheinprovinz	15 518,96	96 724,70 ⁴⁾
Königreich Preußen insgesamt	246 599,09	510 028,16
Königreich Bayern	11 719,58	50 000,48 ⁵⁾
Königreich Sachsen	64 956,89	40 807,80 ⁶⁾
Königreich Württemberg	4 151,97	10 780,—
Großherzogtum Baden	5 679,23	15 450,—
Großherzogtum Hessen	4 562,25	24 827,80 ⁷⁾
Großherzogtum Mecklenburg	400,—	17 113,—
Agitationsbezirk Thüringen I, umfassend die Wahlkreise Sachsen-Weimar I und II, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen und Sachsen	1 072,46	16 678,25
Agitationsbezirk Thüringen II, um- fassend die Wahlkreise Sachsen- Weimar III, Sachsen-Altenburg, Reuß a. L. und Reuß j. L.	5 115,74	8 205,—
Großherzogtum Oldenburg	2 757,02	14 090,— ⁸⁾
Herzogtum Braunschweig	2 287,61	12 044,00 ⁹⁾
Herzogtum Sachsen-Meiningen	496,92	2 261,—
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha I. Wahlkreis Gotha	886,03	20 000,— ¹⁰⁾
Herzogtum Anhalt	594,54	1000 M. Carl. Reine Zins.
Freie und Hansestadt Lübeck	1 250,—	Reine Zins.
Freie und Hansestadt Bremen	7 500,62	4500 M. ¹¹⁾
Freie und Hansestadt Hamburg	101 525,97	Reine Zins.
Elb- und Ostpreußen	592,48	57 686,20 M. ¹²⁾

¹⁾ Darunter ist ein Darlehn von 24 500 M., das bereits wieder
zurückgezahlt ist.
²⁾ Darunter in Form von Darlehn 11 648,40 M.
³⁾ Darunter in Form von Darlehn 140 000 M.
⁴⁾ Darunter in Form von Darlehn 20 850 M.
⁵⁾ Darunter in Form von Darlehn 20 000 M.
⁶⁾ Darunter in Form von Darlehn 10 000 M.
⁷⁾ Darunter in Form von Darlehn 10 000 M.
⁸⁾ Darunter in Form von Darlehn 10 000 M.
⁹⁾ Darunter in Form von Darlehn 10 000 M.
¹⁰⁾ In Form eines Darlehens.
¹¹⁾ Für die dem Zentralwahlkomitee in Bremen unterstellten
Wahlkreise.
¹²⁾ Darunter in Form von Darlehen 6000 M.

Ich hoffe, daß es nach und nach gesungen wird, sämtliche Maß-
regeln, in denen überhaupt eine sozialdemokratische Organisation besteht,
in diese tabellarische Uebersicht aufzunehmen. Mit der 20 Pro-
z. Abführung an die Zentralkasse ist es leider auch im ab-
gelaufenen Jahre nicht sehr genau genommen worden.
(Sehr richtig!) Aber man kann mit Rücksicht darauf, daß es sich
um ein Jahr handelt, in dem durch die Wahlen besondere An-
forderungen an die Parteigenossen gestellt wurden, vielleicht noch
einmal Gnade für Nachlässigkeit ergehen lassen. Im laufenden Jahre
werden wir freilich streng darauf halten müssen, daß die Zentralk-
kasse zu dem übrigen kommt, daß statutengemäß verfahren wird,
denn aus der Defizitwirtschaft müssen wir wieder einmal heraus-
kommen. Jahr um Jahr können wir nicht vor den Parteitag
mit einem großen Defizit treten. Was sollten wir, wenn die
Parteigenossen von Frankfurt schließlich doch mit ihrem An-
trag, den Sie ja heute mit solcher Heiterkeit begrüßt haben,
durchbringen, sonst schließlich in diese Volksbank als Einlage bringen,
als ein großes Minus. (Heiterkeit.)

Für die Ausgaben der Parteischule konnte eine detaillierte
Aufstellung im schriftlichen Bericht noch nicht gegeben werden. Ich
müßte daher hier nachholen. Die Parteischule hat an einmaligen
fachlichen Ausgaben verbracht 6408,82 M., an einmaligen persö-
nlichen Ausgaben für Lehrer 2894,28 M., für Schüler 2311,85 M.,
an fortlaufenden Ausgaben entstanden für Gehälter der Lehrer
12 400 M., für Monatsgehälter der Schüler 28 500 M., für Familien-
unterstützung der Schüler 11 835 M., für Miete, Beleuchtung,
Reinigung usw. 3150,15 M. und an diversen kleineren Ausgaben
1025,91 M., so daß die Gesamtausgaben sich stellen auf 68 616,01 M.

Noch einige Angaben über den Stand der Parteipresse.
Vor zwei Jahren konnte eine Zunahme von Abonnenten festgestellt
werden in Höhe von 58 870, im vorigen Jahre von 158 638, im ab-
gelaufenen Jahre beträgt die Zunahme 211 917. (Dravo!) Ein-
schließlich der „Gleichheit“ ohne die „Neue Zeit“ und die kleinen,
monatlich erscheinenden, mehr der Agitation dienenden Blätter hat
unsere Parteipresse gegenwärtig 1 049 707 Abonnenten, wir haben
also die Million nicht nur erreicht, sondern stark überschritten.
(Beifall.) Entsprechend der starken Abonnentenzunahme sind die Ein-
gänge aus Abonnementsbeiträgen gestiegen von 4 833 460 im Vorjahre
auf 5 062 270 im abgelaufenen Jahre. Das bedeutet also ein Mehr
von 1 229 810 M. Die Einnahmen aus Inseraten sind gestiegen von
2 871 076 im Vorjahre auf 3 466 539 M., also um 595 463 M. In-
gesamt hat unsere Parteipresse gegen das Vorjahr an Abonnements- und
Inserateneinnahmen eine Mehrerlöse von 1 724 273 M. (Dravo!), ein
finanzieller Erfolg, mit dem wir ganz zufrieden sein können. Jetzt
gilt es nicht nur, das Erzeugnis festzuhalten, sondern auch an die
Erbringung der zweiten Million für die Presse zu gehen. Eine Partei, die bei einem Verleumdungsfeldzug, wie bei
der letzten Wahl, 214 000 neue Abonnenten gewonnen hat, eine
Partei, die bei ihrer scheinbaren Niederlage so große Massen in den
Bann ihrer Anschauungen zu zwingen vermag, eine solche Partei
kann nicht niedergeworfen werden. (Lebhafte Zustimmung.)
Wir haben nichts weiter zu tun, als in der bisherigen Weise weiter
zu arbeiten. Dann werden vielleicht alle hier Anwesenden
noch die zwei Millionen Abonnenten erleben können. (Lebhafte Beifall.)

H. Schulz-Berlin

erstattet den Bericht über die Parteischule und den
Bildungsausschuss. Zum erstmaligen steht die praktische Ver-
tätigung der Partei auf dem Gebiete der Arbeiterbildung zur
besonderen Berichterstattung und Debatte. Ich betone, die praktische
Vertätigung, denn die theoretische Seite dieser wichtigen Frage sollte
schon den vorigen Parteitag beschäftigen. Aus den bekannten Gründe
— die Genossen jetzt nicht wegen körperlicher Erschöpfung ihr Referat
abbrächen — kam es nicht dazu, aber der Parteitag erfolgte schnell
die Situation, indem er eine Möglichkeit schuf, die Arbeiterbildung
sogleich praktisch in die Hand zu nehmen, er setzte den Bildungs-
ausschuss ein. Das Mannheimer Protokoll enthält nichts Bestimmtes
über die Art des Bildungsausschusses, auch nicht den Wortlaut des
Antrages, sondern nur den ungefähren Sinn. Der Antrag, der die
authentische Gründungsursache des Bildungsausschusses ist, lautet
wörtlich:

Der in These 5 geforderte Bildungsausschuss wird eingesetzt.
Ihm werden die von den beiden Referenten aufgestellten Leitätze
sowie die dazu eingebrachten Anträge als Material überwiesen.

Der Bildungsausschuss sollte also die Leitätze zum Thema
Volkserziehung und Sozialdemokratie vorbereiten, das war aus den
bekannten Gründen bisher nicht möglich, aber der Ausschuss ist trotz-
dem sofort praktisch an die Arbeit gegangen. Die theoretische
Verständigung ist darum nicht etwa zu den Akten gelegt.
Auch über die theoretische Auffassung müssen wir uns zweifellos
klar werden, aber wir können damit wohl bis zum nächsten
Parteitag warten. Ich verlege es mir deshalb, die
theoretische und grundsätzliche Seite der Arbeiterbildung hier
zu entwickeln und empfehle dem Parteitag gleichfalls, da-
von Abstand zu nehmen und nach gründlicher Vorberatung
in der Presse im nächsten Jahre diese Frage zu erörtern. Damit
ist nichts verloren, denn die praktische Arbeit kann ruhig ihren
Weg weiter gehen. Ich möchte sogar behaupten, daß wir durch die Ver-
schärfung der Debatte nur gewinnen. Im Bildungsausschuss arbeiten
Genossen zusammen, die in theoretischen Fragen sehr weit aus-
einandergehen. Das hat sie nicht verhindert, in praktischen Fragen
Schulter an Schulter zu arbeiten. Vielleicht wird ein weiteres Jahr
gemeinsamer praktischer Arbeit auch die Verständigung in der gegen-
wärtigen theoretischen Auffassung erleichtern.

Wenn ich sage, daß zum erstmaligen die Arbeiterbildungsfrage
auf einem Parteitag zur Erörterung steht, so heißt das nicht, daß
die Sozialdemokratie erst jetzt mit der Arbeiterbildung beginnt. Die
Arbeiterbildung ist so alt, wie die Arbeiterbewegung überhaupt.
Schon 1862/63 stellte sich Paffalle als Ziel, dem er, solange er
atmete, sein Leben zu weihen beschloß; „die Allianz der
Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegen-
gesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle
Kulturhindernisse in ihren ernen Armen erdrücken werden“. Und
zehn Jahre später gab Liebknecht seinen Mahnruf aus: „Wissen
ist Macht“. Das war 1873, zu derselben Zeit, als die bürgerlichen
Volkshilfsvereine eine Zentralinstanz schufen durch die
Gründung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, wozu
besonders Schulgelehrte und der wandlungsfähige Miquel
beitrugen. Es ist nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß diese
Gesellschaft gegründet wurde, um „die noch unwissenden und geistig
trägen Massen“, die „unsäglich selbständig zu urteilen und zu
handeln“ seien, dazu zu bewahren, daß sie den „gewissenlosen
Männern mit ihren sozialistischen Bestrebungen“ folgten und um den
„einseitig materiellen und sozialistischen Richtungen der gemeinsamen
Kulturanschauung und die solidarische Kulturarbeit unseres Volkes entgegen-
zustellen“. Also der Bekämpfung der Sozialdemokratie
diente von Anfang an die bürgerliche Bildungs-
arbeit, und diesem Ziel dient diese ganze Be-
wegung auch noch heute. Die Sozialdemokratie ist trotzdem
groß und stark geworden, die „gemeinsamen Kulturanschauung“ hat man
nicht uns entgegengesetzt, sondern Kunst und Wissenschaft haben sich
unter die Fittige der Sozialdemokratie geflüchtet. Die bürgerlichen
Volkshilfsvereine führen nach wie vor das beschauliche Dasein
des Weichens, das im Verborgenen blüht. Hat die Sozialdemokratie
etwa die Bildung mißachtet? Keineswegs. Liebknechts Schrift war
eine feurige direkte Aufforderung an die Arbeiter sich zu bilden,
aber er forderte zur richtigen Bildung auf, zur Bildung im Dienste
des politischen und sozialen Emanzipationskampfes, zur „politischen
und sozialen Agitation“. Wenn trotzdem in den letzten
Jahren ein besonderer Drang nach Bildung in den
Kreisen der organisierten Arbeiter vorhanden ist, so
handelt es sich dabei nicht um die Bildung überhaupt, sondern um
neue Mittel und Methoden zu finden und um diese wichtige Aufgabe
der Partei besser erfüllen zu können.

Die Partei ist riesig gewachsen, ein bedeutender Nachwuchs ist
herangebracht. Da genügen die alten Methoden, die alten Kräfte nicht

mehr und so hat sich die Partei entschlossen zur Einrichtung neuer Institute,
der Parteischule und des Bildungsausschusses. Beide sind nicht etwa
im Sinne der bürgerlichen Bildungsvereinebestrebungen Sonder-
institute, sondern sie stehen in unmittelbarem organischen Zusammen-
hang mit der Bewegung des Klassenbewußten Proletariats, sie unter-
stehen der Kontrolle der Partei. Die lokalen Bildungsausschüsse, die
hier und da erfreulicherweise in zunehmender Zahl begründet worden,
sind ebenfalls organische Glieder der Partei.

Dem gedruckten Bericht habe ich nicht viel hinzuzufügen. In der
dem Parteitag vorausgegangenen Diskussion ist über die Parteischule
nicht viel geredet und geschrieben worden. Das hat mich nicht
überreißt, da das Institut noch zu neu ist. Es ist die Furcht aus-
gesprochen, die Parteischule könne eine Art Dressuranstalt sein.
Nichts falscher als diese Auffassung! Ich verweise auf
die Ausführungen der einzelnen Lehrer im gedruckten Bericht
über den Inhalt ihrer Unterrichtsfächer. Das, was Sie
dort lesen sieht nicht nach Dressur aus, sondern es
zeugt von dem redlichen Streben, die Schüler auf dem
sürzesten Wege sicher in die Materie einzuführen, die zum Ver-
ständnis oder zur besseren Befestigung der sozialdemokratischen Welt-
anschauung führen. Dabei ist freilich eine gewisse Beschränkung not-
wendig. Die Parteischule ist keine wissenschaftliche Forschungsanstalt,
kein akademisches Seminar, das seine Teilnehmer zu Gelehrten
heranbildet, die die dickleibigen Bücher schreiben. Wie sollte das
möglich sein bei einem Schülermaterial, das aus einfachen,
schlichten Arbeitern, aus Männern der Praxis, der politischen und
gewerkschaftlichen Organisationen besteht, die fast ausnahmslos
eine ungenügende Schulbildung genossen haben! Wie sollte eine
solche Aufgabe auch in so kurzer Zeit gelöst werden? Nein,
was die Parteischule will, das ist eine Unterweisung der Teil-
nehmer in den Disziplinen, die das Verständnis des
Sozialismus am ersten erschließen, theoretische und praktische
Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Ge-
schichte. In Zukunft wird der Lehrplan erweitert werden durch Ein-
beziehung der wichtigsten Naturgesetze, soweit sie zur Bildung
einer Weltanschauung beitragen können, und es wird auch das
wichtigste über die literarischen Strömungen gesagt werden. Daneben
enthält das Unterrichtsverzeichnis einige praktische Fächer juristischer
und sozialpolitischer Art, und endlich etwas über die Technik der
Anwendung des Gelehrten und Gelehrten zur praktischen Agitation.
Das ist nicht Dressur, sondern eine schlichte, ernst gemeinte und
ernst gewollte Schulung der Genossen im Interesse unserer
Agitation. Dressur kann es schon deshalb nicht sein, weil
in jedem Fach eindringlich auf die zugehörige Literatur hin-
gewiesen wird, und weil die Schüler selbst zum unangeforderten
weiteren Studium aufgefordert werden. Erfreulicherweise ist von
dieser Aufforderung Gebrauch gemacht. Dressur kann es nicht sein,
denn in den Teilnehmer wird stets das Bewußtsein wachgehalten,
daß sie nicht als Fertige die Schule verlassen, sondern als Anfänger,
denen nur die Methode gezeigt ist, mit der man an die Beurteilung
geistiger und politischer Probleme herankommt. Um aus der intensiven
Arbeit den nötigen Nutzen für den Einzelnen und die Gesamtheit
zu ziehen, ist es notwendig, daß die Organisationen die beruflichen
und charakterfesten Parteiträfte in die Parteischule leiten.

Dann komme ich zu einem anderen Einwand: Die Zeit sei zu
kurz. Dieser Einwand ist an sich berechtigt. Sowohl Lehrer als
Schüler haben empfunden, daß ein halbes Jahr nicht ausreicht. Es
geht da nicht so, wie bei den Gymnasien und anderen Lehranstalten,
deren Schüler froh sind, wenn sie die Schule hinter sich haben. Im
Gegenteil, es wurde geflagt, daß man, nachdem man an der Ver-
lebung des Beschlusses gefunden habe, wieder gehen müsse. Würde aber
nicht derselbe Einwand auch erhoben werden können, wenn die Zeit
auf ein Jahr verlängert werden würde? Vorläufig haben wir den
Anfang gemacht, um eine Lücke auszufüllen. Verspüren die Ge-
nossen später die Wirkungen der Parteischule, so mögen sie grund-
sätzlich die Versuchsdauer verlängern. Vorläufig wollen wir aber
erst Erfahrungen mit den Halbjahreskursen machen. Das Zentral-
komitee für Sachsen wünscht in seinem Jahresbericht, das über-
aus viele Genossen die Ausbildung erhalten könnten. Dieser
Wunsch ist berechtigt, er ist aber eher zu erfüllen bei halbjährigen
Kursen. Von den Anträgen, die zu der Parteischule vorliegen,
haben Sie fast keinen einzigen unterstützt. Das ist die beste An-
wort darauf, daß der Parteitag die Aufhebung der Schule nicht
wünscht. Die Anträge in dieser Richtung waren eingereicht, als
noch nicht einmal der gedruckte Bericht der Parteischule vorlag.
Welche Erfahrungen können Parteigenossen haben, die so ein-
schneidende Anträge stellen? Die Betroffenen scheinen auch nicht
auf viel Gegenliebe gerechnet zu haben, denn sie verlangen im
Fall der Ablehnung ihres Antrages die Schaffung von provinzialen
Unterrichtsstellen. Damit werden offene Türen eingetannt, denn
sie waren längst geplant.

Ich komme damit zum Bildungsausschuss. Wir haben
zunächst durch eine Enquete die Grundlage für unsere Tätigkeit
geschaffen. Es schien uns richtig zu sein, die bunte Masse der
Eingelobten, die heute gehalten werden, zu ersetzen durch Kurse.
Zunächst zeigte sich ein Mangel an Rednern, es gelang uns aber,
zwei Kräfte als Wanderredner zu verpflichten. Wie stark das Be-
dürfnis nach solchen Kursen ist, ergibt sich daraus, daß diese beiden
Redner bis in den März und April hinein besetzt sind. Für die
Kurse, über deren Beginn im April verhandelt wird, reichen diese
Kräfte nicht aus, und wir müssen entweder Meldungen zurück-
weisen oder eine weitere Kraft gewinnen. Bisher haben Kurse
stattgefunden in Elberfeld-Duisburg-Essen und in Plauen-Berndorf
sowie in Köln, über die befriedigende Berichte vorliegen. Die
Teilnehmer sind mit großem Interesse den Darlegungen der Lehrer
gefolgt und das Lehrbedürfnis ist gewachsen.

Wir haben für den Winter ein Programm ausgearbeitet,
von dem wir hoffen, daß es seinen Zweck erfüllen wird. Eine
der nächsten Arbeiten ist die Feststellung eines Verzeichnisses
von Jugendschriften, womit ein älterer Wunsch der Partei-
genossen nach geeigneter Lektüre für ihre Kinder erfüllt werden
soll. Wir schieben solche Jugendschriften nicht grundfänglich aus,
die vom Hamburger Jugendschriftenausschuss zurückgewiesen sind, wir
prüfen aber auch die von diesem Ausschuss ausgewählten
Bücher, und da hat sich gezeigt, daß wir eine Anzahl dieser Bücher
auswählen müssen. Ferner haben wir die Absicht, Muster-
kataloge für Bibliotheken zu schaffen. Es soll besonders darauf
Rücksicht genommen werden, daß ganz kleine Organisationen auch
für geringes Geld, vielleicht schon für 10 Mark, diejenigen Bücher
bekommen, die zunächst geeignet sind, einen kleinen Kreis von
Parteigenossen mit unseren Gedanken vertraut zu machen. Dazu
gehört natürlich nicht das „Kapital“ von Marx, das allein 40 Mark
kostet. Zu diesem Punkte gehört der Antrag Nr. 83, dem Sie Ihre
Unterstützung gegeben haben, für die Vermehrung der Wander-
bibliotheken mehr Mittel zu bewilligen. Da der Antrag aber nicht
gerade geschickt gefaßt ist, so bitte ich, weil er Berücksichtigung ver-
dient, ihn dem Parteivorstand als Material zu überweisen. Ferner
haben wir die Absicht, eine Rednerliste für die Aufklärungsarbeit
und die wissenschaftliche Weiterbildung aufzustellen. Weiter beab-
sichtigen wir, für die Herausgabe von Broschüren zur Einführung
in politischen Denken und Handeln, und Anregung des Vereins-
lebens in kleinen Orten zu wirken. Den buchhändlerischen Vertrieb
soll die Buchhandlung Vorwärts bewirken. Ferner denken wir an
die Einführung von Volksvorstellungen. Ueber Maßnahmen zur
Aufklärung und Organisation der Jugend erhalten wir viele An-
fragen, wir konnten aber bisher nur unsere persönliche Ansicht aus-
sprechen. Der Antrag 40 verlangt eine Agitation auf dem Gebiete
der Parteischule, die doch eigentlich fortwährend geschieht. Weiter
verlangt der Antrag naturwissenschaftliche Vorträge. Daran ist ja
kein Mangel, aber der Bildungsausschuss hat sich auch mit der Frage
befaßt, wie gute Vorträge aus diesem Gebiete den Genossen zur
Verfügung gestellt werden können. Dann verlangt der Antrag die
Bildung weltlicher Kindergärten. Die Anregung ist zu akzeptieren,
die Forderung ist aber schon in unserem Kommunalprogramm ent-
halten. Die Frage der Kindererziehung ist ja durchaus wichtig.
Die Schaffung eines Organs für die Bildungsbestrebungen regt ein
Artikel der „Neuen Welt“ an. Wenn die Notwendigkeit dazu ein-
treten sollte, wird sich der Bildungsausschuss damit beschäftigen.

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Überall regt sich Bildung und Streben in der Partei, und das ist
freudig zu begrüßen. Die stetig wachsenden und komplizierter
werdenden Aufgaben des Proletariats verlangen eine kämpferi-
sche, die weiß, was sie will. Deshalb muß die Partei mehr für die
Bildung tun. Möge die Partei diese Anträge wohlwollend prüfen
und fördern, damit das treffliche Liebknechtsche Wort bestätigt wird:
„Die Sozialdemokratie ist im eminentesten Sinne des Wortes die
Partei der Bildung.“ (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Raben:

Wenn auch diesmal mein Bericht nicht so groß sein wird, wie
in Mannheim, so ist er doch noch ziemlich umfangreich und zeigt,
wie groß die Arbeit der Kontrollkommission ist.

Der erste Fall, mit dem wir uns zu beschäftigen hatten, kam
aus Gaarden, Kiel. Im Jahre 1906 war dort eine Aussperrung
der Maurer und Zimmerer. Der Zimmerer Waack hatte weiter-
gearbeitet, weil er sich durch seine Unterschrift unter den alten
Vertrag, die er geleistet hatte, ohne von dem entgegengekehrten Ver-
schlusse seiner gewerkschaftlichen Organisation Kenntnis zu haben,
gebunden fühlte. Später sah Waack ein, daß er einen Fehler ge-
macht habe, arbeitete jedoch weiter. Das Schiedsgericht kam zu der
Uebersetzung, daß dem Waack das Bewußtsein gefehlt habe, damit
eine solche Handlung zu benehmen. Waack, der seit langen Jahren
Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation ist, erkannte
an, daß er einen schweren Fehler begangen habe. Man sah deshalb
davon ab, ihn von der Partei auszuschließen, sprach ihm aber eine
starke Rüge für sein Verhalten aus, das auf alle Fälle eines
Parteigenossen nicht würdig war. Die Kontrollkommission schloß
sich unter Verwerfung der Berufung diesem Urteil des Schieds-
gerichts an.

2. Der Tischlermeister Wähning wurde durch Urteil des Schieds-
gerichts wegen Unterzeichnung eines Wahlaufsatzes der liberalen
Partei und wegen angeblicher Konspiration mit den bürgerlichen
Parteien zum Nachteil der Sozialdemokratie — aus der Partei
ausgeschlossen. Der Sachverhalt ist folgender: Unter dem Wahl-
aufsatz des liberalen Kandidaten Hornmann stand der Name
Wähnings. Am Tage nach dem Erscheinen teilte Wähning mit, daß
sein Name wider sein Wissen daruntergesetzt worden sei und pro-
testierte dagegen. In einer liberalen Wählerversammlung erzählte
der Referent von dem Terrorismus, den die Partei und die Gewerks-
chaften gegen die kleinen Geschäftsleute üben und machte Angaben,
die genau auf Wähning pahlten. Dieser wurde darauf der Zu-
trage an die Liberalen beschuldigt. Während der Name
Wähnings bei den weiteren Wahlaufzügen der Liberalen weg-
geblieben war, trug am Stichtage der Aufruf zugunsten des
liberalen Kandidaten wieder den Namen Wähnings. Wähning hatte
wohl protestiert, aber nicht durch die Zeitung diesen Protest öffent-
lich bekannt gegeben. Da die Akten über den Fall an Klarheit
einiges zu wünschen übrig ließen, setzte die Kontrollkommission
zunächst das Urteil aus und richtete an Wähning folgende Anfrage:
1. Ist Wähning bereit, eine öffentliche Erklärung aus noch dahin
abzugeben, daß sein Name auch unter dem Stichtage der
Wegner der sozialdemokratischen Kandidatur ohne sein Wissen und
gegen seinen Willen hinzugesetzt worden ist, daß ferner die in
der liberalen Wählerversammlung gehaltenen Bemerkungen des Re-
ferenten über den angeblichen Terrorismus unserer Partei und
der Gewerkschaften ohne jede Zutrage Wähnings zustande
gekommen sind? 2. Wäre Wähning bereit gewesen, einem in dieser
Form abgefaßten Entwurfe des Schiedsgerichts zum Zweck einer
öffentlichen Erklärung seine Zustimmung zu erteilen? Auf diese
Fragen gab Wähning schriftlich die Antwort, daß er eine öffentliche
Erklärung in diesem Stadium nicht mehr abgeben könne mit
Rücksicht auf seine geschäftliche Existenz, und daß er die Veröffent-
lichung seiner vor dem Schiedsgericht gegebenen Erklärung durch
die Berichterstattung in der Presse für genügend zu seiner Rech-
fertigung halte. Nach dieser Erklärung schloß sich die Kontroll-
kommission dem Urteil des Schiedsgerichts auf Ausschluß des
Wähning aus der Partei an.

3. Genosse Voortmann in Reg wurde durch Urteil eines
Schiedsgerichts aus der Partei ausgeschlossen, weil er für den Wahl-
bei der Wahl agitiert hat. Der Schuldbeweis konnte durch das
Material nicht entkräftet werden, das der Kontrollkommission vor-
gelegt wurde und so bestätigte sie das Urteil der ersten Instanz.

4. Am 8. August 1906 wurde in Essen ein Schreinerstreik prokla-
miert und auch auf die Bauanschläger ausgebrochen. Die Genossen
Heinrich Schiewink, Arno v. Döring, Johann Derksen und Johann
Dagen haben ihre angefangenen Arbeiten weiter ausgeführt, zuerst
in Vorbed, dann auch in Essen. Sie fühlten sich als selbständige
Unternehmer. Das Schiedsgericht, vor das sie wegen Streikbruchs
gestellt wurden, sprach sie frei, da auch auf der anderen Seite durch
Unklarheiten und Fehler gesündigt worden war. Die Kontroll-
kommission schloß sich diesem Urteil an und verworf die von den
Genossen Fiedler und Klamp im Namen des sozialdemokratischen
Bereins eingelegte Berufung.

5. In Konstanz waren unter den Genossen Differenzen ent-
standen, die sich gegen den Genossen August Krohn richteten. Mit
aller Gründlichkeit prüfte das Schiedsgericht in zweitägiger Arbeit
die Sache und kam zu dem Beschlusse, daß in sechs Punkten alle An-
schuldigungen verworfen wurden. Bei Punkt 7 wurde dem Ge-
nossen Krohn im Interesse des Parteifriedens geraten, seinen Rück-
tritt von den Parteigeschäften zu nehmen. Dem widersprach Krohn
und verlangte eine Untersuchung durch die Kontrollkommission an
Ort und Stelle. Das konnte die Kontrollkommission nicht tun. Sie
änderte aber den Beschlusse des Schiedsgerichts in Punkt 7, weil die
Schuld auf beiden Seiten liegt, wie folgt ab:

Von den Konstanz Genossen erwartet man eine voll-
ständige Beilegung des Streites und eine Konzentration aller
Kräfte auf die Mitwirkung einer zielbewußten prinzipiellen
Arbeit der Sozialdemokratie.

Wir können nur hoffen und wünschen, daß beide Teile die
Streitaxt begraben.

6. Die Genossen des 3. Berliner Wahlkreises Schulz, Wolf,
Riege, C. Franke und Dellpap hatten in einem konföderierten Lokal
an einem Vergnügen teilgenommen und damit Boykottbruch be-
gangen. Das Schiedsgericht sprach sie frei. Die Kontrollkom-
mission bestätigte die Freisprechung mit folgender Begründung:
„Die Berliner Genossen haben mit Recht den Bruch einer
Boykottverfügung als verwerfliche Handlung bezeichnet. In
vorliegenden Falle darf aber nach dem vorgelegten Material an-
genommen werden, daß die Beschuldigten im guten Glauben und
ohne das Bewußtsein der Tragweite ihrer Handlung die Tat be-
gingen. Nur deshalb steht die Kontrollkommission von der An-
wendung des strengsten Mittels ab und erteilt den Genossen eine
starke Rüge.“

7. Genosse Karl Wiefenthal, Berlin, wurde beschuldigt, in einer
Metallarbeiterverbandsversammlung durch schwere Verun-
glimpfung mehrerer Parteigenossen sich der Jugendlichkeit zu der
Partei unwürdig gemacht zu haben. Wiefenthal ist der Gründer
des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes. Es wurden
ihm schwere und nicht zu begründende Vorwürfe und Beleidig-
ungen, die er begangen hatte, nachgewiesen; ebenso aber auch
der gegnerischen Seite Beleidigungen und Provokationen. Die
Berufung wurde verworfen, da der Kontrollkommission keine Be-
weise vorgelegt wurden, daß Wiefenthal die Gründung der Sonder-
organisation vorgenommen hat, deren Erzielen die Kontroll-
kommission im Interesse des allgemeinen Klassenkampfes als
schwerste verurteilt.

8. Der 6. Berliner Wahlkreis hatte Berufung eingelegt gegen
das Schiedsgerichtsurteil in Sachen des Maurers G. Herfurt, der
wegen Streikbruch ausgeschlossen werden soll. Die Berufungsschrift
machte geltend, daß das Verfahren des Schiedsgerichts deshalb
mangelhaft sei, weil es ohne Ladung des ursprünglichen Antrag-
stellers unter Augen nur nach den Akten der Vorprüfungs-
kommission entschieden habe. Da das Material der schiedsgerichtlichen
Entscheidung fehlte, wurde den Klägern die Zurückverweisung in den
früheren Stand empfohlen.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Der Parteitag in Essen.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

9. Eine weitere Beschwerde richtet sich gegen den Parteivorstand. Sie geht aus vom Zentralwahlverein Teltow-Beestow-Storkow-Charlottenburg (im Auftrage H. Wollermann) und hält es für unzulässig, daß der Vorstand den Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts gegen eine Anzahl Genossen, die bei den Wahlen nicht gewählt haben, nicht stattgegeben habe. Die Kontrollkommission hat das Material geprüft und mit dem Vorstande verhandelt. Die Beschwerde wurde für berechtigt erklärt und auch der Parteivorstand schloß sich der Auffassung der Kontrolleure an.

10. Eine Beschwerde des Parteigenossen Engelbrecht in Rangendreez wurde dem Parteivorstand zur Regelung überwiesen.

11. Eine Beschwerde des Genossen Ahert in Nordhausen konnte nicht zur Verhandlung gebracht werden, da der rekurrierende Teil sich dem Urteil des Schiedsgerichts angeschlossen und die Beschuldigungen zurückgenommen hat.

Weitere Beschwerden lagen noch vor, und zwar wegen der Sperre des „Vorwärts“ gegen die Annoncen der Lokalisten. Die Kontrollkommission konnte darüber noch nicht verhandeln; der Vorsitzende der Lokalisten, Kater, wird am Dienstag oder Mittwoch hier eintreffen.

In übrigen haben die Kontrolleure alle Bücher des Parteivorstandes revidiert und alles in vortrefflichster Ordnung gefunden. Ebenso sind die der Partei gehörigen Geschäfte revidiert und ist überall musterghillige Ordnung angetroffen worden. Deshalb beantragte ich namens der Kontrollkommission, dem gesamten Parteivorstande Dedache zu erteilen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Eingelaufen ist ein Antrag 83 aus Elbing-Marienburg: „Der Parteitag wolle den Parteivorstand veranlassen, für Westpreußen ein eigenes Parteiorgan zu schaffen.“

Titus Berlin zieht den Antrag 15 zugunsten der Resolution des Vorstandes zurück und bittet, daß die anderen Antragsteller zu diesem Punkte das gleiche tun möchten.

Weißmann-Nordbrabe.

Der Bericht, den der Parteivorstand uns diesmal vorlegt, ist der größte und interessanteste, den wir jemals bekommen haben. Wenn man ihn eingehend studiert hat, kann man ihn nur bejubeln aus der Hand legen. Er zeigt, wie im letzten Jahre der Vorstand auf allen Gebieten außerordentlich viel gearbeitet hat. Sollte angesichts der wachsenden Aufgaben der Vorstand vermehrt werden, so wünschen wir Süddeutschen, daß dabei auch alte erfahrene Parteigenossen aus Süddeutschland berücksichtigt werden. In der Frage der preussischen Wahlrechtsbewegung hat uns Singers Erklärung außerordentlich gefallen. Ebenso freudig haben wir die Erklärung des Parteivorstandes begrüßt, mit Energie in die Wahlbewegung einzutreten. Die preussische Reaktion drückt in hohem Maße auf Süddeutschland, und wir hoffen von der preussischen Wahlrechtsbewegung eine Wiedergeburt. Wenn ein badischer Minister eine Erklärung in Reichsangelegenheiten abgibt, dann spricht preussischer Geist aus ihm. Baden hat zur allgemeinen Parteiliste nur so viel beigetragen, wie es erhalten hat, aber die Aufgaben, die wir zu lösen haben, sind besonders groß. Die Parteikorrespondenz hat im allgemeinen viel Anhang bei uns gefunden. Man könnte vielleicht wünschen, daß manche Artikel kürzer wären, aber sonst sind wir recht zufrieden. Die Mitteilungen der Kontrollkommission, daß 49mal Schiedsgerichte zusammengesetzt sind, legt die Frage nahe, ob § 2 unseres Organisationsstatutes nicht abänderungsbedürftig sei. Die Lokalistenfrage ist im Süden nicht so brennend wie in Norddeutschland. Im Anfange waren wir auch nicht so erbauet davon, daß der Parteivorstand, nachdem die Geschäftsmission der Lokalisten die Verhandlungen glatt abgesehen hatte, noch an die einzelnen Organisationen ging. Aber nach den Mitteilungen, die Ebert heute gemacht hat, sind wir vollkommen befriedigt. Gut wäre es, wenn die Agitationschriften noch etwas billiger geliefert werden könnten. Durch den Bildungsausschuß ist ein fehlendes Glied in der Arbeiterbildung ergänzt worden. Es war höchste Zeit, daß man zu seiner Gründung schritt, besonders wichtig ist die Jugendbildung. Gut wäre es, wenn die Parteischule auch von Genossen besucht werden könnte, die schon in verantwortlicher Stellung stehen, von Parteifreikämpfern und Redakteuren. Den Provinzredakteuren würde dadurch ein großes Bildungsmittel an die Hand gegeben werden zu ihrer eigenen Fortbildung. Was den Ausfall der Reichstagswahlen anbelangt, so haben wir einen Trost in dem Juchem der Organisationen und hoffen, daß die Scharte wieder ausgeweitet werden wird. (Bravo!)

Niem-Dresden.

Befürwortet den Antrag 85:

Die Parteigenossen des 6. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-A.) sprechen die Erwartung aus, daß der Parteitag in Essen energisch Stellung nimmt gegen das die gesamte Arbeiterbewegung schwer schädigende Treiben der Lokalorganisationen und anderer Gewerkschaftszersplitterer, soweit diese Mitglieder der Partei sind. Der Parteitag möge aussprechen, daß angesichts der fortwährend zunehmenden Konzentration des Kapitals und des brutalen Vorgehens des kooperierten Unternehmertums gegen die Organisationen der Arbeiter solche Gewerkschaftszersplitterung eine schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bedeutet und geeignet ist, Uneinigkeit in die Reihen der organisierten Arbeiter zu tragen.

Die Parteigenossen haben die Pflicht, soweit sie in einem Arbeitsverhältnis stehen, Mitglied der von der Generalkommission anerkannten gewerkschaftlichen Zentralverbände zu sein.

Die Genossen, die sich den Beschlüssen des Parteitages zur Frage Partei und Gewerkschaft nicht unterwerfen, haben sich selbst außerhalb der Partei gestellt.

Sie sehen aus den verschiedenen Anträgen in dieser Richtung, wie die Stimmung unter den Parteigenossen ist. Die Lokalisten stellen sich außerhalb der Parteiorganisation, wenn sie fortgesetzt die Beschüsse von Parteitaggen nicht mahnend. Mit der Zersplitterung in den eigenen Reihen muß es endlich ein Ende haben, das sollte uns gerade Essen lehren. (Sehr richtig!) Hier auf dem Parteitag ist eine Zeitung verteilt: „Deutscher Metallarbeiter“. Das Motto dieser Zeitung ist: „Einzelne seid ihr nichts, vereinigt eine Macht.“ Die ganze Existenz der Organisation aber, die das Blatt herausgibt, schlägt diesem Motto ins Gesicht. (Sehr wahr!) Ich bitte Sie dringend, unseren Antrag neben dem des Parteivorstandes anzunehmen. (Bravo!)

Göbel-Stettin.

Göbel rügt, daß die Berichte der einzelnen Bezirke so spät eintreffen. Das liegt daran, daß die Genossen, die diese Berichte machen, oft dazu nur am Sonntag Zeit haben und daß die Berichte erst an die Agitationskomitees gehen. Es wäre daher gut, wenn die Frist für die Einreichung der Berichte etwas verlängert würde. — Wir mußten in diesem Jahre mehr als 1000 Mk. infolge der pommerischen Verstromungsbeziehung zahlen, weil das Verteilen von Flugblättern am Sonntag jetzt verboten ist. Es sollte im Bericht genau festgelegt werden, wieviel uns in Deutschland überhaupt durch solche polizeiliche Maßnahmen von den Beiträgen wieder genommen wird.

Ottile Vaeder-Berlin.

Im Bericht ist festgelegt, daß im Verhältnis zu den organisierten Männern 52 Frauen und Mädchen politisch organisiert sind. Wir haben vor allem unter den reaktionären Vereinsleuten

zu leiden; selbst unsere unpolitischen Frauen-Bildungsvereine werden vielfach aufgelöst, besonders auch in Rheinland-Westfalen. Ueber 10 500 Frauen zahlen heute freiwillige Parteibeiträge. Eine genaue Angabe darüber ist mir nicht möglich, da nur die Hälfte der von mir ausgesandten Fragebogen rechtzeitig zurückgekommen ist. Zu dem Terrorismus der Behörden kommt die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit der Frauen. Aber auch über den Indifferentismus der Genossen haben wir vielfach zu klagen (sehr wahr!), es gibt noch viele Genossen, welche die Bedeutung der Frauenorganisation nicht erkannt haben. Diese sollten sich bemühen, wenigstens ihre eigenen weiblichen Angehörigen der Organisation zuzuführen. Andererseits muß ich anerkennen, daß es auch eine große Anzahl von Genossen gibt, auch in Rheinland-Westfalen, die die Frauen in ihrem schweren Kampfe unterstützen. (Die Redezeit wird verlängert.) Das Zentrum geht jetzt dazu über, die Frauen den christlichen Vereinen zuzuführen, man stellt selbst christliche Sekretärinnen an, um die Frau in dem Bann der Kirche zu halten. Sie alle werden wissen, welche ein Hindernis es für unsere Aufklärungsarbeit ist, wenn die Frau im Bewußtsein für den Sozialismus gewonnen, dann haben wir mit ihnen auch die heranwachsende Generation gewonnen. (Bravo!)

Gegen den Antrag 40 in bezug auf die Kindergärten habe ich einige Bedenken, wenn damit beabsichtigt ist, daß wir selbst Kindergärten errichten. Die Genossen sollten vor allem dem Beschluß der Mannheimer Frauenkonferenz entsprechend dahin wirken, daß die Kommunen mehr für die Errichtung von Kindergärten und Kindertruppen tun. Der Antrag ist wohl mit Rücksicht auf die katholischen Kindergärten, die jetzt überall existieren, gestellt. Dem können wir aber nur entgegen treten, wenn unsere Bewegung im allgemeinen wächst, wenn die Aufklärung in den breitesten Schichten des Volkes zunimmt. Wir haben jetzt an 407 Orten weibliche Vertrauenspersonen, und außerdem eine Anzahl Frauen, die gemeinsam mit Genossen in Vorständen der Zentralverbände sitzen. Aber es ist noch viel Arbeit nötig. Vor allem sollten die Männer dafür sorgen, daß ihre Frauen und Töchter politisch organisiert sind. Ich weiß, daß Genossen, die sich als gute Parteigenossen hinstellen, in dieser Hinsicht noch recht rückständig sind. (Sehr richtig!) Wir werden eine Enquete aufnehmen darüber, wieviele Frauen von organisierten Genossen organisiert sind. (Oh!) Ja, das werden wir tun, und dann werden wir nachweisen, wieviele Genossen auf diesem Gebiet noch rückständig sind. (Bravo!)

Linde-Königsberg: Im Bericht sind von Ostpreußen an Beiträgen nur 1200 M. erwähnt. Dazu kommen noch 600 M. aus Königsberg, die einige Wochen zu spät abgeliefert worden sind, so daß sie nicht mehr in den Bericht aufgenommen werden konnten. Der Zuschuß, den Ostpreußen im letzten Jahre erhalten hat, ist allerdings sehr groß. Sie müssen aber berücksichtigen, daß Ostpreußen noch einer der rückständigsten Bezirke ist. Königsberg hat übrigens die gesamten Kosten für die Wahl selbst aufgebracht. Große Summen brauchen wir für die Agitationsreisen, die vom Parteifreikämpfer gemacht werden müssen, um die noch wenig geschulten Kräfte in der Provinz zu beaufsichtigen und zu revidieren. Dazu kommt, daß wir über 1000 M. für Saalmietz zahlen müssen, da uns sonst keine Säle zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist in dem Zuschuß der Beitrag für die Landarbeiterzeitung enthalten, die infolge des naturgemäß billigen Abonnementspreises ihre Kosten nicht deckt. Sehr zu leiden haben wir unter der Landflucht. Trotz alledem hoffe ich, daß im nächsten Jahre der Stellenbericht für Ostpreußen nicht mehr so ungünstig ausfallen wird. Wir haben jetzt wohl das Schlimmste hinter uns und werden nun endlich anfangen die Erfolge der kostspieligen Organisation zu ernten. (Bravo!)

Hierauf werden die Verhandlungen auf nachmittags 3 Uhr verlagert.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. — Neu eingegangen sind die Anträge 94 und 95, die genügende Unterstützung finden, während der bereits vormittags eingebrachte Antrag 83 (Gründung eines Organs für Westpreußen) nicht ausreichend unterstützt wird.

Die Anträge lauten:

94. Der Parteitag verpflichtet die Parteileitungen aller Orte des Reiches, systematisch die Naturalisation der einem anderen Staate angehörenden Genossen herbeizuführen, um den bei dem jetzigen Zustande unermesslichen großen Verlust der Stimmen sicherer Anhänger bei den Landtags- und Gemeindevahlen zu verhüten. Es steht im schroffen Widerspruch zu der Wichtigkeit der Wahlrechtskämpfe, daß ein Parteigenosse es unternimmt, sich durch die Erwerbung der Staatszugehörigkeit seines jeweiligen Wohnlandes das Wahlrecht zu verschaffen. Der Parteitag verpflichtet die Leitungen aller örtlichen Parteiorganisationen, die Naturalisation durch Einsetzung einer Kommission zu organisieren. In diesem Sinne empfiehlt der Parteitag die Einlegung einer nach der Landezugehörigkeit forschenden Frage in die Aufnahmekomitees der Wahlkreisorganisationen, ferner die Prüfung der Abonnementlisten der Parteiblätter, sowie der örtlichen Mitgliederlisten der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen nach der Staatszugehörigkeit unserer Anhänger, um dann auf die Betreffenden nachdrücklich einzuwirken. Der Parteivorstand wird beauftragt, die örtlichen Parteileitungen durch ein Rundschreiben an die hier festgelegten Verpflichtungen zu erinnern und sie zur geeigneten Zeit zum Bericht über die geschehenen Arbeiten aufzufordern.

Remplens

mit der zur Unterstützung genügenden Anzahl Genossen.

95: Um unserer „Gleichheit“ diejenige Verbreitung zu sichern, die ihr als führendes Organ der sozialdemokratischen Frauen in den Reihen des Proletariats gebührt, verpflichtet der Parteitag die agitatorisch tätigen Genossen und Genossinnen, bei jeder Gelegenheit für das Abonnement der „Gleichheit“ genau so zu wirken, wie sie für das Abonnement unserer Tagespresse tätig sind. Den Redakteuren unserer Parteipresse empfiehlt der Parteitag, von Zeit zu Zeit im reaktionären Teil unserer Tagespresse die „Gleichheit“ zu empfehlen und zum Abonnement derselben aufzufordern.

Ottile Vaeder

mit der zur Unterstützung genügenden Anzahl Genossen.

Bruno-Battowig:

Die Tatsache, daß für den oberschlesischen Agitationsbezirk eine unüberhältnismäßig hohe Summe aus Parteimitteln aufgewendet wird, zwingt mich zu einigen erklärenden Bemerkungen. Ich will voranstellen, daß der weitaus größte Teil dieser Summe nicht für Ober-schlesien, sondern für die Propaganda unter der polnischen Arbeiter-schaft im ganzen Reich aufgewendet wird in Gestalt der Zuwendungen für das polnische Parteiblatt „Gazeta Robotnicza“ und seine Druckerei, und das ist eine sehr notwendige und wichtige Aufgabe aus Parteimitteln. Hunderttausende wahlberechtigter Polen sind als billige und gefügige Arbeiter in den verschiedensten Industriezentren Deutschlands verteilt. Besonders in Rheinland-Westfalen ist das der Fall. Aber auch in anderen Bezirken, in den Provinzen Sachsen, Hannover und anderen bis nach Süddeutschland sitzen sie zu Tausenden, ebenso in den Großstädten Berlin, Breslau, Hamburg, Bremen, Hannover. Was ist bisher von uns für die Aufklärung dieser großen Proletariatschichten getan? Mehr wie ein Jahrzehnt lang nichts. Wir haben uns darauf beschränkt, mit den paar Genossen von der P. P. S. hin und her zu streiten über ganz nebensächliche Dinge. Eine günstige Zeit zur Gewinnung der polnischen Arbeiter ist ungenützt verstrichen. Seit längerer Zeit ist nun das polnische

Proletariat von einer geschickt und fleißig arbeitenden Schaar national-polnischer Agitatoren bearbeitet und diesen mehr oder weniger zum Opfer gefallen, so daß wir die schon gewonnenen, wenig aufklärten Anhänger wieder verlieren. Diese nationale Bewegung hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Man geht jetzt daran, die polnischen Enklaven in den Großstädten und Industriegegenden systematisch für die nationale Bewegung zu gewinnen. Daß die Polen dadurch noch irgendwo Mandate selbst erobern könnten, ist ja ausgeschlossen, wohl aber können sie in einer ganzen Reihe von Kreisen ausschlaggebend sein dafür, wer das Mandat besitzen soll. Den Beweis haben wir schon bei den letzten Wahlen bekommen, denn drei von unseren 43 Mandaten, und zwar Bochum, Dortmund und Duisburg haben wir doch nur dadurch gewonnen, daß die Polen in der Stichwahl für uns stimmten. Regelmäßig ausschlaggebend können die Polen noch in einer ganzen Reihe von Kreisen werden, indem sie die dortigen polnischen Arbeiter, selbst solche, die bisher aus instinktivem Oppositionsgefühl sozialdemokratisch stimmten, für die nationalen Wahlkandidaturen einfangen. Dem muß durch unsere Agitation entgegengetreten werden. Das kann aber nur geschehen, wenn diese anders gestaltet wird als bisher. Sie muß vor allem in polnischer Sprache erfolgen und von Leuten geleitet werden, die nicht nur die Sprache, sondern auch die ganzen eigenartigen Verhältnisse des polnischen Volkes wie seinen besonderen Charakter gut kennen. Man muß vor allem auch mehr Rücksicht auf die nationalen Empfindungen nehmen, mit denen wir sehr entschieden rechnen müssen. Man darf nicht sagen, wie es von deutschen Genossen geschieht, den Polen kann keine Extrawurst gebraten werden; die sollen froh sein, wenn sie unserer Kultur teilhaftig werden. Solche unüberlegten Reden befanden, daß man sich selbst von einem gewissen nationalen Dünkel noch nicht freigemacht hat, der in den tatsächlichen Verhältnissen wirklich keine Berechtigung findet. Man schadet damit. Man verlegt die national empfindlich gereizten Leute schwer. Aber abgesehen davon ist diese „Extrawurst“ für die Polen unbedingt notwendig; sowohl die Agitation in polnischer Sprache wie die gesonderte Organisation. Geißt verstehen die in deutschen Gegenden lebenden Polen das Notwendige von der deutschen Sprache, d. h. das für das tägliche Leben Notwendige. Ganz anders aber ist es doch mit dem Verstehen unserer sozialistischen Ideen. Wie schwer ist es, diese beim einfach deutschen Manne in seiner Muttersprache beizubringen. Und sollte es nicht noch viel schwerer sein, diese Ideen dem Polen in einer fremden Sprache, einer ihm verhassten, weil ihm aufgedrängten Sprache, der Sprache seiner nationalen Unterdrücker, beizubringen? Die Agitation, mündliche wie schriftliche muß in polnischer Sprache erfolgen. Aber auch die Organisation muß eine von der deutschen gewissermaßen gesonderte sein. Die Polen müssen sich in ihrem sozialdemokratischen Verein mit ihren Landsleuten zusammenschließen. Einmal erfordert das schon die ebenfalls als notwendig erwiesene Aufklärung der Leute in polnischer Sprache. Diese kann naturgemäß nicht in einer deutschen Organisation erfolgen, wenigstens nicht in Versammlungen zusammen mit deutschen Mitgliedern. Viel besser ist es, den polnischen Genossen die Möglichkeit zu geben, in polnischer, von ihnen selbst geleiteten und verwalteten Parteiorganisationen für die Sache zu wirken. Dafür sprechen nicht nur gewisse nationale Rücksichten, sondern auch tiefste moralische und taktische Gründe. Für die Allgemeinheit der Partei wird daraus nicht, wie hier und da befürchtet wird, Schaden entstehen, Spaltung und Zwiespalt, sondern im Gegenteil: Wir werden unsere Kräfte vermehren. Ich spreche da aus guter Erfahrung. In Oberschlesien haben wir überall diese beiden Organisationen, beide entwickeln sich gut, was bei einer erzwungenen zusammengewürfelten nicht möglich wäre. Und alle gemeinsamen Parteigeschäfte, Aufstellung der Kandidaten, Wahlen usw., werden ohne jede nennenswerte Erschwerung erledigt, während die inneren Angelegenheiten der Organisationen von jeder ganz selbständig erledigt werden. Die Möglichkeit solchen Arbeitens ist ja durch die vom Mannheimer Parteitag funktionierte Einigung der polnischen Genossen mit den deutschen für das ganze Reich geschaffen. Der Parteivorstand hat aber zugleich die Möglichkeit systematischer und intensiver schriftlicher Agitation in polnischer Sprache geschaffen. Daran mangelte es bisher durchaus, aus Mangel an geeigneten Kräften, aus Unkenntnis der Sprache und der obwaltenden eigenartigen Verhältnisse. Dafür haben die letzten Wahlen sehr bezeichnende Beweise geliefert. Eine Anzahl Wahlflugblätter in polnischer Sprache mußte die schärfste Kritik herausfordern. Manche sind in einem flüchtigen oder lächerlichen Polnisch gehalten, manche rein mechanisch aus dem Deutschen übersetzt, manche enthalten bedenkliche taktische Verstöße in Beziehung auf die Art und Weise, wie man Polen ansprechen muß, wenn man sie für die Sozialdemokratie gewinnen will. Die Herausgeber, Uebersetzer und Verfasser trifft kein Vorwurf. Sie konnten nicht anders, wie sie getan haben. Auch die technische Herstellung der Flugblätter trägt mit Schuld. Beim Mangel polnischer Setzer und Korrektoren mußte ja auch der Satz jämmerlich werden, selbst wenn das Manuskript des Flugblattes nicht schlecht war. Das Alles muß und kann anders werden. In Katowitz, dem Sitz der Zeitung der polnisch-sozialdemokratischen Partei, jetzt eines Bestandteils der Gesamtpartei, ist mit dem Gelde der Gesamtpartei auf Beschluß des Parteivorstandes eine ganz erhebliche Erweiterung der bisherigen Druckerei der „Gazeta Robotnicza“ erfolgt. Das Blatt selbst, früher zweimal wöchentlich im kleinen Format erscheinend, erscheint jetzt dreimal und in bedeutend größerem Format. Gelängt es, eine wesentliche Hebung des Abonnentenstandes zu erzielen, dann wird das Blatt in absehbarer Zeit täglich herausgegeben. Nebenfalls aber ist schon jetzt für die Parteileiter der Städte und Bezirke, in welchen polnische Arbeiter in größerer Zahl vorhanden sind, die Möglichkeit, besser die Verpflichtung gegeben, für die Verbreitung dieses Blattes zu wirken, polnische Parteigenossen dafür heranzuziehen. Ebenso aber gibt die erweiterte Druckerei die Möglichkeit, andere Agitationschriften, Flugblätter, Broschüren zu stellen und zu beziehen. Das gilt besonders auch für Wahlzeiten, um die eben geschilberten Vorurteile zu vermeiden. Damit ist aber auch weiter die Möglichkeit gegeben, die Druckerei lebensfähiger zu gestalten und aus dem jetzigen Parteizusatz einen Ueberfluß zu machen. Kann so die schriftliche Agitation für die Polen jetzt von einer Zentralfstelle aus betrieben werden, so ist durch die nunmehr garantierte stärkere Entwicklung der polnisch-sozialdemokratischen Partei auch die Möglichkeit gegeben, die mündliche Agitation durch berufene Kräfte zu betreiben. Die Zahl der fähigen Köpfe in der polnisch-sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands ist bei der Kleinheit dieser Bewegung naturgemäß noch nicht groß. Vorhandene tüchtige Kräfte aus den russischen und österrussischen Teilen Polens heranzuziehen, verbietet unsere barbarische, preussische Fremdenpolitik. Aber die Neuorganisation der Verhältnisse in der P. P. S. hat einige gute Kräfte doch in Parteistellung gebracht, sie für die Agitation frei gemacht, so daß wir in der Lage sind, den Genossen im Reich, die das wünschen, gelegentlich auch reduziertere Kräfte für die Agitation unter den Polen zur Verfügung zu stellen. Wenn die hier bezeichneten Wege beschritten werden, wenn überall, wo es erforderlich ist, auf die Agitation unter den polnischen Arbeitern größeres Gewicht gelegt wird, dann wird es sicher gelingen, der nationalen Agitation einen Damm entgegenzusetzen und auch die polnischen Proletarier, die Kernsten der Armen, in die Reihen der Sozialdemokratie zu bringen. (Bravo!)

Bongartz-Wilhelm

wünscht, daß über alle Genossen, die sich zu Parteiposten melden, vorher Erkundigungen beim jeweiligen Kreisvorstand einzuholen werden. Redner nimmt Bezug auf einen Fall, wo ein Genosse dem der betreffende Kreisvorstand nicht für besonders befähigt hielt, sich unter Umgehung des Kreisvorstandes und der Kreisorganisation direkt an das oberdeutsche Agitationskomitee gewandt hatte.

Reichel-Stuttgart:

Als wir in Mannheim auseinandergingen, waren wir alle hoch- erfreut über die erzielte Einigung zwischen den Gewerkschaften und der Partei. Kundige unter uns wußten allerdings, daß es der Auseinandersetzung in Mannheim nicht bedurft hätte, weil die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften ja das Lebens- element der Arbeiterbewegung ist. Aber wir waren damit einverstanden, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission Verhandlungen anknüpfen sollte mit den Genossen, die noch außerhalb des Rahmens der zentralistischen organisierten Gewerkschaften standen. Allerdings war vorauszusetzen, daß diese Verhandlungen nicht das erwünschte Ergebnis zeitigen würden, denn zwischen der Auffassung, die von der anarchistisch-organisierten Gewerkschaften und der, die von den der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften vertreten wird, besteht ein fundamentaler Gegensatz, der nicht ohne weiteres durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen ist. Daß das Resultat der Verhandlungen ein so minimales sein würde, haben freilich viele von uns nicht erwartet, obwohl sie keine allzu großen Hoffnungen darauf gesetzt hatten. Aus der „Einigkeit“ die schon einmal ganz richtig als das Gegenteil der Einigkeit in der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, kann man ersehen, daß die anarchistisch-organisierten Gewerkschaften heute mehr denn je den Parlamentarismus und die Klein- arbeit in der Bewegung verwerfen und alle ihre Hoffnungen auf eine Aktion der Arbeiterklasse setzen. Dem gegenüber steht die Richtung, die schrittweise die Emanzipation der Arbeiterklasse erstrebt. Die „Einigkeit“ schließt einen Artikel über Parlamentarismus mit folgenden Sätzen: „Über die Erkenntnis in immer breiteren Arbeitermassen läßt sich nun nicht mehr aufhalten, daß alle politischen „Reformen“ (die unter dem jetzt sicher um so tüchtiger einsehenden Projektionsfluß an und für sich kaum zu vertieren sind) dem Proletariat niemals die Befreiung vom Joch des Kapitals oder auch nur eine wesentliche Linderung seiner Leiden bringen können, ja, daß es gerade vom Standpunkt des Klassenkampfes ein Widerstand ist, bei der herrschenden Klasse auch nur im allerentferntesten die Reizung vorauszusetzen, ihre vollausschütterliche Herrschaft freiwillig, d. h. im Wege des parlamentarischen Subhandels aufzugeben, oder auch nur einzuschränken!“ Dieses Urteil könnte ja noch hinzugefügt werden, daß die parlamentarische Aktion gewissermaßen ein Mittel für die Fortschritte der Arbeiterklasse ist. Es heißt dann weiter in der „Einigkeit“, daß es erforderlich sei, daß sich die Arbeiter einmal darüber klar werden, wie bisher alle „Reformen“ des bürgerlichen Staates, die vornehmlich dem Interesse der proletarischen Volksmassen dienen sollten, in Wahrheit nichts anderes sind, als widerliches Blendwerk, berechnet auf die Dummheit der Massen und auf Lähmung der revolutionären Bewegung. Im besonderen ist die ganze gerühmte „Sozialpolitik“ bei Licht besehen nichts als eitel Humbug. So wird die parlamentarische Aktion heruntergedrückt als ein Nichts. So urteilt die „Einigkeit“ auch in allen folgenden Nummern. Sie erklärt klipp und klar, daß da Humbug getrieben wird und daß man es sich wohl überlegen müsse, ob man an der parlamentarischen Aktion überhaupt teilnehmen soll. Wir müssen die Konsequenz aus der Tatsache ziehen, daß die anarchistisch-organisierten Gewerkschaften in fundamentalem Gegensatz zu uns stehen und müssen reinen Tisch machen, denn jene Leute haben nichts als Spott und Hohn für unsere Bewegung übrig und fahren uns bei jeder Gelegenheit in die Parade. Ich kann der Resolution des Parteivorstandes keine besonderen Sympathien entgegenbringen, obwohl ich weiß, daß die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage nicht gerade klein sind und der Parteivorstand sich alle Mühe gegeben hat, den Auftrag des Mannheimer Parteitag auszuführen. Mit den weiteren Versuchen, eine Einigkeit herbeizuführen, wird man auch im nächsten Jahre keine positiven Resultate erzielen. Ich meine, daß wir eine etwas härtere Forderung annehmen sollten. Ich bin erst heute angekommen und kann im Moment keine andere Forderung vorschlagen, meine aber, daß eine härtere Fassung im Interesse der Partei notwendig ist. Wenn wir an die Einigkeit jener Leute appellieren, so ist es gerade, als wenn wir an einen Stein appellieren. Wir müssen sie vor die Alternative stellen: entweder ihr lehnt un- oder ihr trennt un- von uns, die wir doch grundsätzlich eine andere Richtung vertreten. (Glocke des Vorsitzenden.) Ich hätte noch gern einige Worte über die Wiesenthal'sche Gründung gesagt, werde aber durch die Glocke des Präsidenten daran verhindert, weil meine Zeit abgelaufen ist, was ich ihm ja nicht übel nehmen. (Weiter.) Wiesenthal und seine Anhänger haben den neuen Metallarbeiterverband nicht aus Liebe zum Proletariat gegründet, sondern aus Ehrgeiz. (Sehr richtig!) Weil sie keine anderen Mittel hatten, ihre ehrgeizigen Bestrebungen zu befriedigen, darum hat man die Organisation gebildet, die uns drängen so viele Schwierigkeiten macht. (Lebhafter Beifall.)

Schirmer-Dresden:

Die Ausführungen des Genossen Riem entsprechen nur den Anschauungen des fünften Dresdener Wahlkreises. Die Dresdener Genossen des vierten und sechsten Kreises stehen auf einem ganz anderen Standpunkt. Bei uns sind die Lokalorganisationen nicht alte historische Gebilde, sondern herausgewachsen aus Verhältnissen innerhalb der Zentralverbände. Man hat dort vielfach Leute, welche den Vorstand kritisieren, wegen Formfehler ausgeschlossen, zum Beispiel im Metallarbeiterverband. Diese Lokalisten einfach aus der Partei auszuschließen, hat keinen Sinn; wir würden dann eine Reihe der besten Genossen verlieren. Einigungsverhandlungen sind hier sehr wohl möglich. Warten wir ruhig ab, welchen Weg der Parteivorstand in der nächsten Zeit findet. Durch übereilige Beschlüsse würden wir uns die Zersplitterung aus der Gewerkschaftsbewegung auch in die Partei tragen. (Zustimmung.)

Leuch-Hamburg:

Wir alle bedauern die Sonderbündel, denn wir wissen, daß die Zentralorganisationen die beste Form der Organisation sind, wenn es gilt, bessere Lohn und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Aber wie kommt es, daß Genossen sich absondern? Die Ursachen sind in den Zentralorganisationen zu finden. Wir kann niemand Lieblinge mit den Lokalisten vorwerfen — ich bin 20 Jahre zentralorganisiert und 10 Jahre Beamter — aber ich sehe ein, daß die Zentralvorstände nicht immer so vorgehen, wie sie sollten. (Sehr richtig!) Sie lassen oft die wichtigsten Gesichtspunkte vermissen und lassen sich von persönlichen Einflüssen leiten. Ich fürchte, daß das bei einer reinen Zentralorganisation noch schlimmer werden wird, weil man die demokratischen Prinzipien nicht beachtet. Würden wir nun die Sonderbündler ausschließen, so würden wir sie ins Lager der Anarchisten oder Anarchosozialisten treiben. Ich bedauere die Zersplitterung; aber ich gestehe als alter Zentralist ein, daß die Zentralorganisationen nicht immer richtig gehandelt haben. Es bleibt uns heute gar nichts anderes übrig, als der Resolution des Vorstandes zuzustimmen und alle anderen Vorschläge abzulehnen. (Bravo!)

Labor-Solingen:

Wenn wir eine weitere Zersplitterung fürchten, dann haben wir alle Ursache, mit denen Prokur zu reden, die systematisch die Zersplitterung betreiben. (Sehr richtig!) Auch die Lokalorganisationen bei uns in Solingen können wir nicht anerkennen. Wir hatten versucht, dem Parteivorstand in einer Sitzung die Solinger Verhältnisse darzulegen. Es ist mir gesagt worden, die Sache würde zu einem guten Abschluß gebracht werden; aber ich fürchte, wenn nicht bald etwas geschieht, dann werden wir in Solingen ein zweites 98 erleben. Ich frage mich, daß die Solinger sich Wiesenthal nicht angeschlossen haben. Hoffentlich werden Parteivorstand und Generalkommission recht bald in Solingen Remedur schaffen.

Lehmann-Wiesbaden:

Die Genossin Vaader hat auf die Notwendigkeit der Organisation unter den Frauen und auf die geschlechtlichen Hindernisse dieser Agitation hingewiesen. Aber auch dort, wo diese Hindernisse nicht

bestehen, ist die Frauenorganisation schwach, z. B. in Waden. Dort sind die vorhandenen 400 weiblichen Mitglieder fast ausschließlich in Mannheim organisiert. Man sollte liberaler von den weiblichen Mitgliedern niedrigere Beiträge erheben, dann würden wir auf diesem Gebiete mehr Erfolge erzielen. — Um stärkere Agitation zu treiben, hat man an die Reichstagsabgeordneten ein Rundschreiben gerichtet, es haben aber nur 10 zugestimmt, 30 haben sich entschuldigt, die anderen haben gar nicht geantwortet. In solchen Fällen wäre es doch angebracht, auf diese Abgeordneten ein neues Rundschreiben zu senden. Ein Bedürfnis nach stärkerer Agitation auch gerade durch die Abgeordneten ist jedenfalls vorhanden.

Honrat-Naumburg:

Die Lokalisten dürfen wir nach unserem Statut nur ausschließen, wenn sie sich den Anarchosozialisten anschließen. Die Partei ist doch nicht nur eine Partei der freien Gewerkschaften. Wir haben gar keinen Grund, Genossen auszuschließen, nur weil sie aus irgend einem Anlaß die Statuten ihrer Gewerkschaft verletzt haben. Nur wegen chloser Bestimmung und wegen Zuwiderrhandlungen gegen das Parteiprogramm kann man aus der Partei ausgeschlossen werden. — Die Genossin Vaader hat uns ja heute vormittag Urfehde angeschlossen. Es war wohl nicht so schlimm gemeint. Wenn sie ankündigte, daß die Frauen eine Enquete über den Umfang der Tätigkeit der Männer im Interesse der Frauenorganisation veranstalten würden, so meine ich, sollten die Frauen lieber diese Zeit und Arbeit, die sie für die Enquete brauchen, dazu verwenden, um etwas mehr aus sich heraus zu kommen, um den Frauen selbst etwas mehr Impuls beizubringen. Die Frauen sollten nicht abwarten, bis die Männer die Beschlüsse der Mannheimer Frauenkonferenz ausführen. Ich warte schon lange darauf, daß sozialdemokratische Frauen ihrerseits einen Antrag in der von ihr gewünschten Richtung an eine Stadtverordnetenversammlung richten. (Sehr gut!) Warum müssen es denn immer die Männer sein. Wir haben doch in der Partei die Gleichberechtigung. Die Frauen sollten den Männern hier mit gutem Beispiel vorangehen. Genossin Vaader wohnt ja wohl in Berlin, und da kann ich es ihr nicht besonders übel nehmen, wenn sie vom Materialismus nicht viel versteht, und ihre Ausführungen vom Reichthum und vom Genuß der Kirche, aus dem man die Frauen befreien müsse, waren mit dem Parteiprogramm nicht vereinbar. Wir verlangen Erklärung der Religion zur Privatsache. Wir bekämpfen nicht die Kirche, sondern nur das unästhetische Verhältnis zwischen Staat und Kirche, welches die Kirche zwingt, dem Staat Militärdienste zu leisten. Auch damit ist uns nicht gebiet, daß man immer vom „Paffenstump“ redet. Es gibt auch unter den Geistlichen ehrwürdige Leute; ich habe manch einen kennen gelernt, der sich tatsächlich befreit, in seiner ländlichen Gemeinde die Bauern zu unterrichten, wie sie ihre Felder ertragsfähiger machen. Was wir bekämpfen, ist die Haltung der Geistlichen, die in der Manier des Reichthügelverbandes die Sozialdemokratie beschimpfen. Wir bekämpfen die Vertreter der Kirche, wo sie als Anwalt des Kapitalismus uns gegenüber treten, aber nicht als Vertreter der Kirche als solche. Solche Bemerkungen nützt die Zentrumspresse aus und hält sie monatlang den christlich-geheimen Arbeitern vor. Die Hauptfrage ist, daß wir die Schule freimachen, dann brauchen wir nicht mehr die Kirche zu bekämpfen, denn wer die Schule hat, hat die Zukunft. (Bravo!) Weiter möchte ich aus Anlaß einzelner Artikel, die mir vorliegen, wieder einmal an die Genossen den Appell richten, die Polemiken untereinander nicht in gehässiger und persönlicher Weise zu führen, das schadet uns vor allem in den abgelegenen Bezirken, wo unsere Presse nicht so stark vertreten ist. Es sollte ein edler Weltstreit unter den Genossen Platz greifen, damit Polemiken unter Genossen nur im edlen Tone geführt werden. (Bravo!)

Treu-Nürnberg:

Auch ich billige die Polemik, wie sie mißunter zwischen Parteiorganen geführt wird, nicht. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß ich den Begrüßungsartikel des Dornmünder Parteiblattes recht eigen- tümlich finde. (Sehr richtig!) Man kann über die Stuttgarter Beschlüsse verschiedener Meinung sein, aber das berechtigt noch nicht, darüber so zu urteilen und speziell ein solches Urteil über Personen zu fällen, daß man erklärt: Lieber gehst von der anderen Sorte, als einen von dieser. Ich bedauere, daß solch ein Ton in dem Begrüßungsartikel Platz gegriffen hat. (Zustimmung.) Daß wir in Süddeutschland mit den Lokalisten nicht zu rechnen haben, trifft nicht zu. Die Karlsruher mögen sich glücklich schätzen, wenn das bei ihnen nicht der Fall ist, aber wir im übrigen Süddeutschland können das leider nicht sagen. Wir haben sehr traurige Erfahrungen mit den Lokalisten gemacht. (Sehr richtig.) Von der Resolution des Parteivorstandes versprechen wir uns nichts. Wir waren der Meinung, daß hier unbedingt eine reinliche Scheidung herbeigeführt werden muß. Wenn wir trotzdem für die Resolution stimmen, so deshalb, weil wir auch nicht einen einzigen Genossen ohne weiteres aus der Partei ausschließen wollen. Aber auf die Dauer kann es so nicht weitergehen. So engherzig sind wir nicht, daß wir den Anschluß deshalb verlangen, weil die Lokalisten einen anderen gewerkschaftlichen Standpunkt einnehmen. Es handelt sich vielmehr um die Art, wie die Lokalisten die parlamentarische Aktion heruntersetzen. Wenn die Herren den Parlamentarismus nicht anerkennen, so mögen sie hingehen, wohin sie wollen, aber so lange der Parlamentarismus ein Punkt unseres Programms ist, müssen sie ihn auch anerkennen, oder aber sie stellen sich außerhalb der Partei. Die Herren wollen es darauf ankommen lassen, sie wollen gewissermaßen zu Märtyrern gestempelt werden. Das darf uns natürlich nicht abhalten, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Es mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein, daß die Zentralorganisa- tionen nicht immer die richtige Taktik eingeschlagen haben, aber das berechtigt noch nicht zur Gründung von Sonderorganisationen. (Zustimmung.)

Schenk-Berlin:

Begründet den Antrag 18. Die Antragsteller wissen, daß die „Neue Zeit“ sich nicht an die große Masse wendet, sondern an die, die Interesse für den wissenschaftlichen Sozialismus haben. Die „Neue Zeit“ ist ein wichtiges Agitationsmittel in der inneren Organisation, aber die Stelle, die sie einnehmen sollte, nehmen vielfach noch andere Organe ein. Wenn wir dafür sorgen, daß diese Blätter verschwinden und durch die „Neue Zeit“ ersetzt werden, werden wir viel erreicht haben.

Bömelburg-Hamburg:

Wenn die Partei in der Folgezeit ihre sehr großen und schwierigen Aufgaben erfüllen soll, so ist ein besserer Ausbau ihrer Organisationen erforderlich. Unter den Beschlüssen der letzten Parteitage ist unangenehm der, der uns zu einer Zentralorganisation in der Partei führte, einer der bedeutendsten gewesen, und besonders getreut habe ich mich über die heutigen Ausführungen von Ebert, aus denen hervorgeht, daß der Parteivorstand die Bedeutung dieser Organisation erkannt hat und gewillt ist, auf demselben Wege weiter zu arbeiten. Aber das gleiche wie für die Partei trifft auch für die Gewerkschaften zu. Die Lösung der Aufgaben der Gewerkschaften ist heute ungleich schwieriger als früher, die Organisationen an sich sind erstarrt. Auf der anderen Seite haben sich auch die Unternehmerorganisationen gewaltig entwickelt.

Sie dürfen sicher sein, daß in demselben Maße wie die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auch die Unternehmerorganisationen gestärkt werden. Wir werden es in der Folgezeit auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr wie bisher mit einzelnen Kämpfen zu tun haben, die zerstreut über das ganze Land stattfinden, sondern die Kämpfe werden einen viel mehr zentralen Charakter annehmen. Nach meiner Auffassung ist die Zeit gar nicht mehr fern, wo wir Kämpfe anzusehen haben, die sich über ganze Landesteile erstrecken, und nach meiner Auffassung kommt auch einmal die Zeit, wo bei uns zu Lande das wahr gemacht wird, was in anderen Ländern zum Teil schon wahrgemacht ist: Die Unter- nehmer werden versuchen, die Organisationen dadurch niederzuknüppeln, daß sie mit ihnen Kämpfe führen, die über das ganze Reich ausgebreitet sind. Aus dieser schwierigen Situation ergibt sich von selbst, daß die Arbeiter einmal mit der Organisationszersplitterung ein

Ende machen, daß vor allem der Bruderstreit in den Organisationen beseitigt werden muß. (Sehr richtig!) Die politischen Parteien er- bilden ihr Heil in der Gründung von Gewerkschaften, und daneben haben wir die Hirsch-Dunderliden. Auch die Unternehmer fangen an, gelbe Organisationen zu gründen. Wie schwer der Kampf unter den heutigen Verhältnissen ist, weiß jeder, der in der Arbeiterbewegung Weisheit weiß. Umso mehr sollten diejenigen, die sich zur allgemeinen modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung rechnen, nur einer Organisation angehören. (Lebhafte Zustimmung.) Lüth sagt, die Zentralorganisationen hätten auch Schuld. Es scheint mir, als wenn er die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands nicht kennt. (Sehr gut!) Was sich in neuerer Zeit löst, ist in der Regel ein Element, das weder der eine noch der andere gebrauchen kann. (Sehr richtig!) Wenn in einer Organi- sation wichtige Beschlüsse durchgeführt werden sollen, die einem nicht passen, dann sagt man, wir gründen eine Lokalorganisation. Oder wenn einem etwas in der Personenfrage nicht paßt, dann schreibt man auch zur Gründung von Sonderorganisationen. Was war denn dasjenige, was sich in Hamburg bei den Tischlern, in anderen Orten bei Arbeitern des Baugewerbes abgespielt hat? Es war nichts weiter, als die Disziplinlosigkeit, die die Leute in andere Organisationen getrieben hat; aber niemals waren es prinzipielle Gegensätze. (Sehr wahr!) Die Reste der Lokalorganisationen stammen ja noch aus der Zeit der Fachvereine. Und ich gebe ohne weiteres zu, daß man zu Anfang, als die Zentralvereine begründet wurden, über den Wert und die Wichtigkeit dieser Maßnahme zweierlei Meinung sein konnte. Ich habe bisher deshalb auch niemals eine sehr scharfe Kampfesstellung gegen diese Richtung eingenommen. Aber heute, nachdem das Sozialistengesetz seit 17 Jahren auf- gehoben, nachdem das Verbot des Zwerbindungstretens gefallen ist und nachdem die Zentralverbände eine so ungeheure Entwicklung erfahren haben, gibt es gar keinen Grund mehr für die anderen Richtungen, bei Seite zu stehen. (Zustimmung.) Es stehen heute 1.800.000 Zentralisten 16.000 Lokalisten gegenüber. Wenn diese 16.000 nur von sich be- haupten, daß sie der eigentliche Kern der Arbeiterbewegung sind, daß nur sie die Grundideen der Arbeiterbewegung fördern wollen — unter uns wird doch wohl niemand sein, der das glaubt, daß die anderen 1.800.000 nicht das Interesse der Gesamtheit im Auge haben! Wenn die Leute so etwas sagen, so kann ich das nur als Ueber- hebung betrachten. Ich will aber keine scharfen Ausdrücke gebrauchen, das Handeln einzelner sollte man aber beim richtigen Namen nennen. (Sehr gut.) In Zukunft dürfen wir unter keinen Umständen dulden, daß die Organisationen, die auf demselben Boden stehen wollen, sich gegenseitig in der insamsten Weise beschimpfen und bekämpfen, wie es heute täglich in Versammlungen und der Presse geschieht. (Zustimmung.) Nichts desto weniger haben wir keine Veranlassung, heute schon weitgehende Beschlüsse zu fassen. Was der Partei- vorstand vorschlägt, reicht für uns vollständig aus. (Sehr richtig!) Meinen Sie etwa, daß durch einen einfachen Beschluss die Sache aus der Welt geschafft ist? Nein! Aber die Willenslumbgebung ist immer von Bedeutung. (Sehr wahr!) Die Willenslumbgebung in Mannheim hatte günstige Folgen, und die Willenslumbgebung, wie sie in der Resolution des Vorstandes zum Ausdruck kommt, wird den Leuten zeigen, daß wir es satt sind, die jetzigen Verhältnisse bestehen zu lassen, und sie werden sich allmählich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß ihnen nichts weiter übrig bleibt, als sich den Zentralverbänden anzuschließen. Aber diese Entwicklung geht nicht von heute auf morgen. (Sehr richtig.) Der Kern der Lokalisten in Berlin bilden die Zimmerer und Maurer. Ich kenne die Leute aus der lokalen Zimmererorganisation; es sind für mich liebe und werthe Genossen. Ich weiß auch, daß sie es mit der Verschmelzungsfrage ernst meinen. Wie es mit den Maurern wird, weiß ich nicht zu sagen. Aber das weiß ich, daß auch unter ihnen Personen sind, die ernstlich an dem Zusammenschluß arbeiten. Wenn die Dinge so liegen, haben wir doch keine Veranlassung, störend einzugreifen. (Sehr richtig!) Wir können ruhig den Dingen ihren Lauf lassen, wir werden uns auf dem nächsten Parteitag von neuem damit befassen, und wenn wir dann sehen, daß die Leute sich in einem prinzipiellen Gegensatz zu uns stellen oder daß sie nur aus Eigennutz eine be- stimmte Stelle in der Arbeiterbewegung einnehmen wollen, dann ist es immer noch früh genug, das entscheidende Wort zu sprechen. Das können wir vielleicht im nächsten Jahre machen, aber auf diesem Parteitage nicht. Wir wollen die Entwicklung nicht fördern, weil wir wissen, daß durch Gewaltakte unser Ziel nicht erreicht werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Wels-Berlin:

Nach den Ausführungen des Genossen Bömelburg ist es nicht mehr schwer, den Parteitag davon zu warnen, unter dem Eindruck der Ausführungen Reichels zur Frage der Lokalisten Stellung zu nehmen. Wenn auch die Geschäftscommission der Freien Gewerkschaft Deutschlands sich augenblicklich eifrig bemüht, ihren Schluß über die Wiesenthal'sche Gründung zu halten und sie auf gleichem Boden mit den übrigen Lokalorganisationen stehend hin- zustellen, so kann ich doch erklären, daß in ganz Berlin, wo 8000 der Lokalisten ihren Sitz haben, niemand unter den Parteigenossen daran denkt, der Wiesenthal'schen Gründung dieselbe Gleichberechtigung zuzuerkennen, wie wir sie den anderen Lokalorganisationen in Berlin zur Stunde einzuräumen gezwungen sind, weil ihre Gründung weiter zurückliegt als die Beschlüsse von Parteitagen, die sich mit der Zentral- und Lokalorganisation be- schäftigten. Was bisher in der Frage der Einigung er- zielt worden ist, ist außerordentlich viel und ich bitte Sie im Namen der gesamten Berliner und Brandenburger Organisation, von der Dresdener Resolution Abstand zu nehmen. Wenn Reichel meinte, die Gegensätze zwischen Zentral- und Lokalorganisierten seien viel zu groß, als daß sie beseitigt werden könnten, so frage ich Sie: Woran setzt sich denn die große Mehrzahl der Lokalorganisierten in Berlin zusammen? Viele Genossen, die nach Berlin kamen, wurden doch Lokalisten, weil sie auf einen Bau kamen, wo zufällig der Van- derputte auch lokalorganisiert war. Mit der anarcho-sozialistischen Clique, die auch im Wiesenthal'schen Verbande Schule ge- macht hat, hat die große Mehrzahl der Parteigenossen, die in Berlin Lokalorganisationen angehören, nichts zu tun. Ich sehe sicher nicht im Verdacht, lokalistenfreundlich zu sein; hier handelt es sich aber um taktische Erwägungen. Ueber die Fragen der Wiesen- thalerei werden wir ja in den nächsten Tagen noch ein Wort zu sprechen haben. Wir haben alle Mittel benützt, die uns zu Gebote standen, um diesem Bruderzwist in der Arbeiterbewegung vor vor- bereitet entgegenzuarbeiten. Daher sind wir auch zu der „Vorwärts“- Sperre übergegangen. Was das auf dem Parteitag verbreitete Flugblatt des neuen „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes“ zu der „Vorwärts“-Sperre anlangt, so will ich erwähnen, daß Genosse Grünwald gegen die dortige Darstellung protestiert. Er bittet festzuhalten, daß die Spezialkommission einstimmig der Meinung war, daß der „Vorwärts“ auch für den neuen „Allgemeinen deutschen Metall- arbeiterverband“ weiter zu sprechen sei, weil aus dem Statut und der ganzen Tendenz des Zusammenschlusses klar ersichtlich sei, daß die Vereinigung dem „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband“ beigetreten sei und nicht umgekehrt, und zwar nur zu dem Zweck, um die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages zu umgehen, die dahin gingen, jene Wiesenthal'sche Gründung als Sonderorganisation zu betrachten. Ich habe nur den Wunsch, daß dies Vorgehen der Berliner Genossen auch in anderen Städten, z. B. in Dresden, Nachahmung findet. Vor allem bitte ich Sie, alle Anträge abzu- lehnen, die dahin gehen, die friedlichen Bestrebungen auf Einigung irgendwie zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Frau Dietz-Hamburg:

Ich muß mich entschieden gegen die Ausführungen meines Freundes und Genossen Honrat in aus Waden wenden. Er hat behauptet, daß die Ausführungen der Genossin Vaader der Zentrums- presse Material liefern würden: ich behaupte, daß vielmehr seine Ausführungen dazu geeignet waren. Genossin Vaader hat mit keinem Worte davon geredet, daß wir einen Kampf gegen die Religion zu führen haben, sondern betont, daß wir den Kampf

zu führen haben gegen die Kirche und kirchlichen Einrichtungen, dort, wo die Kirche der Reaktion und dem Kapitalismus Schleppträgerdienste leistet. Religion ist Herzens- und Ueberzeugungssache. Einen Kampf gegen sie haben wir nie geführt. Aber Genosse Honrath weiß doch, daß der Reichsthal als kirchliche Einrichtung in dem Sinne mißbraucht wird, wie es die Genossin Baader heute geschildert hat. Ich habe mich gewundert, solche Ausführungen, wie sie mein Freund Honrath heute machte, auf einem sozialdemokratischen Parteitag hören zu müssen. Es hat nur noch gefehlt, daß Honrath uns aufforderte, für den Peterspfennig zu sammeln. (Große Heiterkeit.) Genosse Honrath weiß, daß ich gerade hier in der schwarzen Zentrumsgegend recht viel tätig gewesen bin, und er wird mir nicht nachweisen können, daß ich bei meinen Ausführungen den Programmjargon: „Religion ist Privatangelegenheit“ in irgend einer Weise verlegt hätte, während ich doch stets gerade so gegen die kirchlichen Einrichtungen gekämpft habe, wie die Genossin Baader das heute gemeint hat, unter dem lebhaften Beifall all der Parteigenossen, die in den Versammlungen anwesend gewesen sind. Ja, wenn ich mich recht erinnere, hat Genosse Honrath in einer Parteiverammlung, in der ich vor ein paar Jahren gesprochen habe, ganz ähnliche Ausführungen gemacht, wie heute die Genossin Baader. (Heiterkeit.)

In bezug auf die Äußerungen des Genossen Lüth hat Wilmberg mir vollständig aus der Seele gesprochen. Wenn Lüth hundertmal recht hätte, daß von seiten der Zentralorganisationen gesündigt worden ist, seit wann ist es denn Uus in Parteikreisen, daß wenn uns irgend ein Beschluß nicht paßt, wir dann eine Sonderorganisation gründen? (Sehr gut.) Nein, wir haben lediglich innerhalb der Organisation dann für die Abänderung solcher Beschlüsse zu sorgen.

Vor allem möchte ich Sie bitten, der Resolution 85 zuzustimmen. Die Entwicklung der „Gleichheit“ ist ja eine sehr erfreuliche, und es ist gewiß ein glänzender Erfolg, wenn die „Gleichheit“, die auf dem Bremer Parteitag nur 12.000 Abonnenten hatte, heute 70.000 Abonnenten verzeichnen kann. (Bravo!) Das ist in der Hauptsache denjenigen Genossinnen zu danken, die ungenannt und ungelannt opferfreudig und treu ihre Arbeit in den Reihen der Partei verrichtet haben und jederzeit aufs neue bereit sind, in der Hausagitation und den Versammlungen Abonnenten zu werben. Wenn wir uns aber auch über diesen Erfolg freuen, so müssen wir uns doch immer vergegenwärtigen, daß im Verhältnis zu der großen Zahl des weiblichen Proletariats die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ nur eine kleine ist und daß wir noch ein gewaltiges Rekrutierungsgebiet vor uns haben. Damit wir also noch schneller vorwärts kommen, bitte ich Sie, unserer Resolution zuzustimmen. Die Redaktionen sollten von Zeit zu Zeit im redaktionellen Teil auf die „Gleichheit“ aufmerksam machen, nicht nur unter der Rubrik „Literarisches“ oder „Bücher und Zeitschriften“ den Inhalt und Preis der einzelnen Nummern wiedergeben, sondern auch bestimmte Artikel und von Zeit zu Zeit im allgemeinen auf die Notwendigkeit, die „Gleichheit“ zu verbreiten, im redaktionellen Teil hinweisen. Dann werden wir noch viel raschere Fortschritte machen. Ich will gar nicht verfehlen, daß nicht nur die Genossen, sondern auch die meisten Genossinnen allzumal Sünder gewesen sind, wo es darauf ankam, für die „Gleichheit“ zu wirken. Auch ich selbst habe früher so manche Versammlung abgesehen, in der ich versäumt habe, auf die „Gleichheit“ hinzuweisen. Heute kann ich mir keine Genossin denken, die nicht als Versammlungsrednerin auch auf die „Gleichheit“ aufmerksam macht, und das selbe verlangen wir von unseren Genossen. Je mehr die Klassengegensätze sich zuspitzen und die Klassenkämpfe an Umfang und Intensität zunehmen, um so weniger können wir das weibliche Proletariat, das ja die größere Hälfte bildet, in den Kämpfen entbehren. Je mehr die Beteiligung der Frauen an den Kämpfen des Proletariats zunimmt, desto mehr wird unsere Gesamtbewegung einen Vorteil davon haben. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß der Antrag 85 infolge der durch die Diskussion erfolgten Auffklärung zurückgezogen wird. (Bravo!)

Haase-Kattowitz:

Genosse Druks hat bereits auf die Wichtigkeit der intensiven Agitation unter den polnischen Arbeitern hingewiesen. In Preußen leben 8.788.777 Polen, also etwa 10 Proz. der Bevölkerung. Ein großer Teil dieser polnischen Bevölkerung ist proletarisiert, gehört also naturgemäß in die Reihen der Sozialdemokratie. Die gesamte Berg- und Hüttenarbeiterchaft in Oberschlesien ist polnisch. Im größten deutschen Industriegebiet, Rheinland-Westfalen, sind ein Drittel der Bergarbeiter polnische Arbeiter. In den letzten Jahren hat sich nur die nationalpolnische Bewegung sehr stark entwickelt. Im Jahre 1871 wurden für die nationalpolnischen Reichstagskandidaten 176.842 Stimmen abgegeben, im Jahre 1907 schon 458.689. Diese Stimmenentwicklung betrifft nicht nur die polnischen Landestheile, sondern auch einige deutsche Bezirke, speziell das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Im Wahlkreis Vorken-Neudinghausen wurden 1907 für den nationalpolnischen Kandidaten bei den Reichstagswahlen 5507 Stimmen (1903: 3571 Stimmen) abgegeben. Die Zunahme betrug 55 Proz.; im Kreise Vohum-Gelsenkirchen 8683 Stimmen (1903: 6206). Hier betrug die Zunahme 40 Proz. Diese nationalpolnischen Stimmen verhalfen unserem Kandidaten bei der Stichwahl zum Siege. Ähnlich war es in Dortmund-Görbe: 5087 nationalpolnische Stimmen (1903: 2748); Zunahme 85 Proz. Für Duisburg-Wülheim, wo gleichfalls die 5455 nationalpolnischen Stimmen (1903: 2581) bei der Stichwahl für unseren Kandidaten den Ausschlag gaben, betrug die Zunahme der nationalpolnischen Stimmen 80 Proz. Nun bin ich mit dem Genossen Druks der Ansicht, daß diese Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, wenn es uns nicht gelingen wird, diese polnischen Arbeiter, die heute nationalpolnisch wählen, zu aufgeklärten Sozialdemokraten zu erziehen. In Westpreußen haben 17,8 Proz. der polnischen Bevölkerung nationalpolnisch gewählt, in Posen 15,8 Proz. in deutschen Bezirken dagegen 9,3 Proz. Die Auswanderung der polnischen Arbeiter nach deutschen Industriebezirken nimmt immer größeren Umfang an. Bei den nächsten Wahlen können wir also erleben, daß in einer Anzahl von Wahlkreisen unser Wahlerfolg von den Stimmen der polnischen Arbeitermassen mehr oder weniger beeinflusst werden kann. Nun kann sich die politische Konstellation ändern. Die Hoffnung, die nationalpolnischen Stimmen würden uns bei der Stichwahl doch zufallen, kann sich als eine trügerische erweisen. In Oberschlesien wird ein neues Kompromiß vorbereitet zwischen dem Zentrum und den Nationalpolen. Diesen will das Zentrum in Oberschlesien einige Landtagsmandate überlassen, die Nationalpolen werden sich verpflichten, in deutschen Bezirken, speziell in Rheinland-Westfalen, schon bei den Hauptwahlen zum Reichstag und zum Landtag für die Zentrumskandidaten zu stimmen. Bei solcher Konstellation können einzelne Wahlkreise in ihrem Wahlerfolg gehemmt werden, wenn wir es auch weiterhin veräumen werden, unter den polnischen Arbeitermassen eine umfassende und intensive Agitation systematisch zu betreiben. Im Gegensatz zu Rußland-Polen und Galizien, wo die sozialistische Bewegung unter der polnischen Arbeiterschaft sich zu einer beachtenswerten Macht entwickelt hat, ist in Preußen die polnische Arbeiterbewegung noch recht schwach. Die germanisatorische und katolische preussische Politik, die den Namen einer „kulturellen“ Politik für sich in Anspruch nimmt, hat geradezu kulturzerstörend gewirkt. Die preussische Schulpolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung — sie beruht ja auf der Nichtberücksichtigung der Verhältnisse und dem Boykott der Muttersprache der Bevölkerung — hat ja den Erfolg aufzuweisen, daß die kulturelle und politische Hebung der polnischen Arbeitermassen auf ungeheure Hindernisse stößt. Die Politik der preussischen Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung beruht auf einer Kette von Ausnahmegesetzen und Ausnahmemaßnahmen. Das empfinden die Arbeiter. Denken die großen Massen der polnischen Arbeiter nur daran, dann gelingt es auch den nationalpolnischen Führern, das Massenbewußtsein der Arbeiter zu verunkeln, sie von der Verfolgung der Ziele der Arbeiterklasse abzulenken, sie von der Arbeiterbewegung abzuweichen. Und deshalb müssen wir so energischer arbeiten. Wegen die katolische preussische Politik müssen

auch die deutschen Parteigenossen viel lebhafter, viel energischer wirken, als es bisher geschehen ist. (Sehr richtig!) Diese kulturwidrige Politik der Ausnahmegerichte muß in der Parteipresse eingehend behandelt werden. Zu öffentlichen Volksversammlungen muß gegen dies Treiben Sturm gelaufen werden! Will doch diese Gesellschaft jetzt daran gehen, den polnischen Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht zu rauben, indem der Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen gesetzlich verboten werden soll. Dann aber müssen Sie alle dafür sorgen, daß das polnische Parteiblatt, die „Gazeta Robotnicza“, überall unter den polnischen Arbeitern verbreitet wird, und daß in allen Bezirken, in denen die Möglichkeit vorliegt, sozialdemokratische Organisationen der polnischen Arbeiter gebildet werden. Nur auf diese Weise können wir vorwärts kommen — im Interesse des deutschen und des polnischen Proletariats! (Beifall.)

Rahmann-Dresden:

Die gelben Gewerkschaften werden von den Unternehmern außerordentlich begünstigt. Das haben wir in unseren Wahlkreisen auch erfahren, und aus diesem Grunde kann ich die Resolution des Parteivorstandes nur begrüßen. Zwischen den Lokalistern und Zentralisten muß eine reinliche Scheidung vorgenommen werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Lokalistern sich abseits von uns gestellt haben, und es muß einmal zu einem energischen Schritt ausgeholt werden. Die Bewegung der Lokalistern hat uns ganz gewaltig geschadet. Aus diesem Grunde sind wir in Dresden VI mit der Resolution des Parteivorstandes vollkommen einverstanden.

Silberschmidt-Berlin:

Aus dem Bericht des Parteivorstandes ersehen wir zu unserer Freude, daß wir uns auf dem Wege gesunder Entwicklung befinden. Die Frage, die im Augenblick das größte Interesse beansprucht, ist auch Gegenstand der Beratung der Generalkommission gewesen. Wir haben uns damit beschäftigt, ob es zweckmäßig erscheint, dem jetzigen Parteitag zuzumuten, den entscheidenden Schritt gegenüber den Lokalorganisationen zu machen. Wir gingen von der Erwägung aus, daß diese Genossen allerdings sehr viel Zeit gehabt haben, sich auf dem Boden der Einheitsorganisation zu halten und daß die Gründe, die sie davon abhielten, keineswegs durchschlagend waren, so daß sie sich abseits von uns stellen müßten. Den ersten ernsthaften Schritt zu einer Einigung mit den Lokalorganisationen hat der Mannheimer Parteitag getan. Wir wünschten damals vor allem, daß diese Hindernisbefreiungen für unser Parteileben in nicht so langer Zeit zu befeitigen seien. Es haben sich aber außerhalb des Parteivorstandes Kräfte ergeben, die die Abwicklung der Geschäfte behinderten. Vor allem trat hindernd ein die Reichstagsauflösung. Als die alle Kräfte in Anspruch nehmende Wahlarbeit bewältigt war, hat der Parteivorstand sofort die einschneidenden Schritte zur Einigung getan. Dann aber trat der große Bauarbeiterstreik ein und damit wieder Verzögerung um Monate. Hindernd hat auch mitgewirkt die Art und Weise, wie die Geschäftsleitung der freien Vereinigung die Sache behandelte. Festhalten bleibt aber, daß die ehrlichen Kräfte in leitender Stellung unschuldig daran sind, daß die Sache noch nicht zur Entscheidung gekommen ist. Würden wir heute einen entscheidenden Beschluß fassen, so würden wir nicht diejenigen Faktoren treffen, die Schuld daran sind, daß die Sache noch nicht zur Entscheidung gekommen, sondern die Kräfte, die nicht instande waren, sie schneller zur Entscheidung zu bringen. Eine Entscheidung über den Ausschluß aus der Partei würde besonders die Kräfte treffen, die bisher ehrlich um die Einigung bestrebt waren, aber nicht die Kraft dazu hatten, und wir würden damit gute Triebe mit rauher Hand zerstören und könnten so das Parteileben aufs schwerste schädigen.

Es mag komisch erscheinen, daß jemand, der 15 Jahre lang in leitender Stellung in der sozialistischen Bewegung steht, der noch gestern sechs Stunden mit den Vertretern der freien Vereinigung verhandelte, noch die Auffassung hat, daß es in der freien Vereinigung Personen gibt, die ehrlich eine Einigung erstreben. Es handelt sich nicht um Personen, sondern um etwas Höheres: was ist der Partei dienlich? Aus dieser Ueberzeugung sind wir in der Generalkommission zu der Ansicht gekommen, daß wir dem Antrage des Parteivorstandes freudig zustimmen können. Wir wünschen, daß die Entscheidung bis zum nächsten Parteitag aufgeschoben wird, damit die jetzt beginnenden Einigungsverhandlungen nicht geschädigt werden.

Die Resolution des Parteivorstandes erklärt, was die deutschen Parteigenossen für wünschenswert halten und sie enthält einen ersten Mahnruf in zwölfster Stunde an die Genossen, die heute noch nicht glauben wollen, daß es der einheitliche Ausdruck der Meinung der deutschen Sozialdemokratie ist, daß diesem elenden Streit, der zum größten Teil ein Personenstreit ist, der die Kraft lähmt und uns hindert, den Unternehmern und den politischen Gegnern geernt entgegenzutreten, ein Ende zu machen. Ich bitte, der Resolution des Parteivorstandes zuzustimmen. (Beifall.)

Die Anträge 14, 16 und 17 werden zurückgezogen. Ein Schlußantrag, welchen Leder-Jena begründet und Sidelum belämpft, wird angenommen.

Das Schlußwort als Berichterstatter erhält zunächst

Ebert-Berlin:

Es ist mir mitgeteilt worden, daß ich heute morgen bei der Aufstellung der Agitationsbezirke über die Organisationen und unsere Wählerzahl den Bezirk Nordbayern nicht genannt habe. Wenn mir dieses Versehen unterlaufen sein sollte, so bedauere ich das unumwunden, als die Genossen in Nordbayern außerordentlich tätig waren. Der Bezirk steht an siebenter Stelle und stellt 22,7 Proz. der dort abgegebenen Stimmen für unsere Partei.

Als wir die Resolution in bezug auf die Lokalistischen und zentralistischen Gewerkschaften formulierten, trübten wir, daß wir hier Widerspruch finden würden. Wir mühten, daß die Agitation der Lokalistern bei unseren Leuten Entrüstung ausgelöst hat; es ist aber eine Frage, die sich nicht über's Knie brechen läßt. Reichel hat lebhaft gegen uns polemisiert; er hat sich aber selbst widersprochen, indem er erst sagte, viele hätten an dem Mannheimer Beschluß keine großen Erwartungen geknüpft und dann: er hätte erwartet, daß die Verhandlungen ein besseres Resultat ergeben würden. Silberschmidt hat sich namens der Generalkommission mit unserem Vorschlage einverstanden erklärt, und ich bitte Sie, dies gleichfalls zu tun und die weiteren Anträge abzulehnen.

Der Antrag, der eine einschlossene Agitation seitens des Vorstandes für die „Neue Zeit“ wünscht, findet unsere Zustimmung. Wir haben auch schon vielfach durch Zirkulare auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die „Neue Zeit“ mehr gelesen wird. Sie hat jetzt zum ersten Male Ueberschuss ergeben, und wir meinen, daß dieser zur Verbesserung der Zeitschrift zu verwenden ist. Auch mit dem Antrage bezüglich der „Gleichheit“ können wir uns einverstanden erklären. Dem Genossen Lehmann möchte ich empfehlen, einmal in einer der nächsten Fraktionsitzungen seinen Kollegen einen Klippensstoß zu geben, daß sie auf unsere Schreiben mehr reagieren.

Wenn Genosse Weize gewünscht hat, daß Süddeutschland stärker im Parteivorstande vertreten sein möge, so hat mich der Antrag sehr unangenehm berührt, weil meine engeren Landsleute, die Badenenser, in dieser Beziehung eigentlich etwas unbescheiden sind. (Heiterkeit.) Ich bin Wadener, und Genosse Müller im Vorstande auch. (Heiterkeit.) Er ist von Heidelberg, und ich bin von Mannheim und ich kann nicht annehmen, daß die Genossen verlangen, daß auch noch einer von Schwaben in den Vorstand hineinkommt. (Heiterkeit.) Ich wünsche, daß auch fernerhin ein so einmütiges, geschlossenes Zusammenwirken zwischen Parteivorstand und Gesamtpartei stattfinden möge. (Bravo!)

Gerrich-Berlin verzichtet auf das Schlußwort.

Schulz (Schlußwort):

Die Anregung, daß auch Redakteure auf die Parteischule geschickt werden sollen, war nicht mehr nötig, denn es ist bereits Vorjorge getroffen, daß sich an dem nächsten Kursus auch Genossen, die als Redakteure oder Sekretäre in Stellung sind, beteiligen sollen. Zur Befriedigung des Bildungsbedürfnisses auf dem Lande werden wir

gleichfalls tun, was wir können, und ebenso werden wir die Frauenbildungsbefreiungen mit Vergnügen berücksichtigen. Von dem Bildungsausschuss bitte ich die Genossen reichlichen Gebrauch zu machen und sich möglichst mit Wünschen an ihn zu wenden, damit der Ausschuss weiß, welche Gebiete er in der Hauptsache zu bearbeiten hat.

Saben verzichtet auf das Schlußwort.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Dem Parteivorstand wird einstimmig Decharge erteilt. Die Resolution 90 (Lokalisten) wird mit allen gegen 4—6 Stimmen angenommen. Daburch ist der Antrag 76 erledigt. Die Anträge 18*) 93, 95 und 40 gelangen zur Annahme. Antrag 88 wird dem Parteivorstand überwiesen. Die weitere Debatte gilt dem Antrag 82 (Nachrichtenbureau).

ParteiSekretär Müller-Berlin

Begründet den Antrag namens des Parteivorstandes: Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, auf all das einzugehen, was in der Presse über das Nachrichtenbureau gesagt ist. Diese Polemiken haben sich ja teilweise gar nicht mit unserer Vorlage befaßt, es haben darin viel mehr Privatentwürfe eine Rolle gespielt. Wer die Geschichte der Vorlage kennt, der wird sich vielleicht darüber wundern, daß überhaupt ein so heftiger Streit darüber entstanden ist. (Sehr richtig!) Am 11. Februar hat der Vorstand ein Zirkular an die Parteipresse erlassen, worin mitgeteilt war, daß über eine Reihe tatsächlicher Fragen der Presse am 9. und 10. März in Berlin eine Redakteurenkonferenz stattfinden solle. Die Konferenz hat sich eingehend mit den Preisfragen beschäftigt und schließlich wurden die dort zutage getretenen Anschauungen dahin resümiert: „Die Konferenz empfiehlt der Parteipresse die Gründung eines Zentral-Prekbureaus ins Auge zu fassen, das die Zustellung wichtiger politischer Nachrichten, die Mitteilung über den Inhalt wichtiger Anträge und Gesetzentwürfe in den Parlamenten, die Sichtung und Zusammenstellung wichtiger statistischer Materials, die Zurückweisung und Berichtigung von Angriffen und Verleumdungen gegen die Partei und Parteipresse, die Herausgabe vollständig geschriebener Flugblätter usw. vorzunehmen hat. Die Konferenz spricht hierbei den Wunsch aus, daß der Parteivorstand für den Fall der Einrichtung eines Zentralprekbureaus vorher den Rat eines sachverständigen Ausschusses hört.“

Es ist gefragt, ob es richtig und zweckmäßig ist, solche Konferenzen einzuberufen und auf der andern Seite ist verlangt worden, daß noch öfter derartige Konferenzen stattfinden sollten. Ich muß deshalb mit einigen Worten auf die Bedeutung solcher Konferenzen eingehen, vor allem auch deshalb, weil nach der Konferenz die Meinung auftrauchte, daß es vielleicht nicht zweckmäßig war, auf eine Beschlußfassung zu verzichten und nur die Resolution dem Parteivorstande zu überweisen. Wir waren uns ohne weiteres darüber klar und halten auch für die Folge daran fest, daß solche Konferenzen nur begünstigend wirken können. Sie können nicht beschließen, denn die Organe, die zu beschließen haben, sind durch das Organisationsstatut festgelegt. In der Resolution ist auch von der Abfassung von Flugblättern die Rede. Der Parteivorstand hat davon abgesehen, dies in seine Vorlage mit einzubeziehen, weil er selbst Flugblätter über aktuelle Fragen herausgibt und weil auch der Bildungsausschuss diese Absicht hat. Das Nachrichtenbureau wird auch so noch Arbeit genug zu leisten haben. Nach der Konferenz erklärten sich ein paar Redakteure bereit, einen Entwurf zu einem Nachrichtenbureau dem Parteivorstand zur Verfügung zu stellen. Es ist der Entwurf der fünf Redakteure zustande gekommen, der dann in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse veröffentlicht ist, ohne daß allerdings die Zustimmung der Verfasser eingeholt wurde. Der Entwurf der Redakteure ist mit dem des Parteivorstandes nicht identisch, er beruht auf einer ganz anderen Basis. Dem Parteivorstand gingen übrigens auch Entwürfe von anderer Seite zu. Auf der Konferenz, auf der alle nennenswerten Parteiblätter vertreten waren, ist nicht eine einzige Stimme laut geworden, die sich gegen die Errichtung des Nachrichtenbureaus durch die Partei aussprach. Dem Parteivorstand blieb also gar nichts anderes übrig, als eine solche Vorlage zu machen, ganz abgesehen davon, daß er ein Nachrichtenbureau selbst im Interesse der Arbeiterpresse absolut für notwendig hält. Ich gebe ohne weiteres zu, daß eine Anzahl größerer Parteiblätter, die über genügende Mittel verfügen, von der Notwendigkeit des Bureaus nicht überzeugt sind, aber auf Grund der Durchsicht der gesamten Presse kann ich feststellen, daß das Interesse an dem Bureau auch in demselben Verhältnis, wie die Redaktionen der einzelnen Blätter von Berlin entfernt sind, und ferner in demselben Maße, wie die einzelnen Blätter noch in den Ränderbezirken stehen und noch nicht zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte gekommen sind. Wer da weiß, wie unsere kleinere und mittlere Parteipresse unter der schweren Konkurrenz der bürgerlichen Presse zu leiden hat, dem wird ohne weiteres klar werden, daß mit der Errichtung eines solchen Bureaus vorgegangen werden muß. (Sehr richtig!) Unzweifelhaft wird die Zahl dieser immer größer, die von ihrer Zeitung nicht nur eine bestimmte politische Meinung oder auch keine Meinung verlangen, sondern vor allem auch in das Bedürfnis, möglichst schnell Nachricht zu bekommen, mit der Zeit mehr und mehr gewachsen. Die Einrichtungen und Erfindungen auf dem Gebiete der Zeitungstechnik müssen also so viel ausgenutzt werden, wie sie überhaupt ausgenutzt werden können. (Sehr richtig.) Dazu kommt, daß gerade

*) 18. Berlin IV. Der Verlag und die Parteinstanzen werden verpflichtet, mehr als bisher eine umfassende Propaganda für die „Neue Zeit“ zu betreiben.

40. Wülheim a. R. 1. Die Partei möge in allen größeren Orten eine Agitation auf dem Gebiete des Volkshilwesens entfalten und ebenso auch naturwissenschaftliche Vorträge halten lassen, die zur Aufklärung des arbeitenden Volkes beitragen.

2. Die Partei möge mit Rücksicht auf die Kindererziehung darauf dringen, daß überall wo möglich, Kindergärten errichtet werden, die einen weltlichen Charakter tragen.

76. Stuttgart: Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretende politische Zwitterorganisation genannt „Freie Vereinigung der Gewerkschaften“ sich immer bewußter in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt hat,

weil ferner diese Organisationen den Beschläffen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfohlen haben, zuwiderhandeln, indem sie die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gefährlichsten Weise belämpfen, weil ferner diese Organisationen in offenen Gegensatz zu den Beschläffen sozialdemokratischer Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Aenderung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Lübecker Parteitag: Der Kampf der Arbeiterschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschläffe der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder solchen Berufsorganisationen in einem von ihnen geführten Kampfe durch die Tat entgegenwirkt oder Sonderbündel mit der Gründung solcher Gegenorganisationen betreibt, verstoßt gegen das vordemittelte Lebensprinzip der Arbeiterschaft. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder solange auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren.

Der Parteitag erklärt, daß diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben, und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Kreisen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen Vereinigungen ist die Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Agitation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

83. Wenden: Der Parteitag möge zu Vermehrung der Wanderbibliotheken mehr Mittel bewilligen.

unserer sozialdemokratischen Presse beengt ist in der Werbung von Abonnenten, daß die Blätter, die sich allmählich herausgearbeitet haben, den Lesern an den verschiedenen Orten ihres Verbreitungsgebietes heute Konzeptionen machen müssen, die die bürgerlichen Blätter nicht notwendig haben. Eine ganze Reihe mittlerer Blätter haben einen so frühen Redaktionsabschluß, daß schon allein dadurch die Konkurrenz gegenüber der bürgerlichen Presse erschwert wird. Aber der Redaktionsabschluß muß so frühzeitig sein, damit das Blatt noch an demselben Tage in die Hände der Leser gelangen kann. — In der Debatte in der Presse ist die Frage aufgeworfen worden, ob unsere Parteipresse eine Prinzipienpresse oder eine Nachrichtenpresse sein soll. Dieser Gegenstand ist herübergenommen aus den Verhältnissen der bürgerlichen Presse. Es ist aber falsch, einen solchen Gegenstand in Bezug auf unsere Presse festzustellen. Daß unsere Parteipresse in erster Linie Prinzipienpresse sein muß, das ist eine Frage, die man nicht mehr diskutiert (Sehr richtig); eine Frage, die durch § 1 unseres Organisationsstatuts bereits beantwortet ist, die also vollständig aussteht. Wir haben uns nur damit zu beschäftigen, wie weit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, unsere Presse auf allen möglichen, mit unseren Prinzipien zu vereinbarenden Wegen mit Nachrichten zu versehen. Ich habe aus der Zeit her, wo ich noch in Breslau wohnte, in enger Fühlung mit unseren Leuten zu früh verstorbenen Schoenlant gestanden. Wer seine Tätigkeit kennt, der weiß, daß er gerade deshalb als der moderne Zeitungsmensch gefeiert wird, weil er es verstanden hat, unsere Prinzipienpresse so gut als möglich auch noch zu einer Nachrichtenpresse zu machen im Rahmen unseres Prinzips. In den Abonnementseinladungen der „Leipziger Volkszeitung“ aus den Jahren 1894/95, die von Schoenlant entworfen waren, wird immer auf diese Nachrichten aufmerksam gemacht. In einer Einladung z. B. heißt es: „Originalberichte und ein guter telegraphischer Nachrichtenendienst werden gut und zweckmäßig die Leser unterrichten.“ (Hört! hört!) In einer anderen Einladung wird gesagt: „Sie bemüht sich, durch telegraphischen und Korrespondenzdienst über alle wichtigen Ereignisse schnell und gründlich zu unterrichten.“ Da haben Sie also schon 1894/95 ausgesprochen, was jetzt für die gesamte Parteipresse durchgeführt werden soll. Das ist der Zweck der Vorlage, und ich möchte die Genossen sehen, die den Grundgedanken, die sich 1894/95 für die „Leipziger Volkszeitung“ bewährt haben, nicht zustimmen. (Sehr gut!) Es ist weiter die Befürchtung laut geworden, das Bureau könne tendenziös mißbraucht werden, und es ist gesagt, man müsse die Möglichkeit schaffen, einen solchen tendenziösen Mißbrauch zu verhindern, die Vorlage müsse noch besser verbarricadiert werden. Wir alle wollen Mißbräuche verhindern, aber bis jetzt sind mir praktische Vorschläge nach der Richtung noch nicht bekannt geworden. Wenn Sie in der Lage sind, eine solche Barricade zu errichten, dann sind wir die ersten, die auf diese Barricade steigen. (Weiterheit.) Wir sehen mit Ruhe den Dingen entgegen. Ueber Einzelheiten lassen wir mit uns reden, aber im Prinzip muß das festgehalten werden, was in der Vorlage steht. Ich befürchte auch keinen tendenziösen Mißbrauch. Das Nachrichtenbureau soll doch nicht in die inneren Parteifreistimmigkeiten eingreifen. Ich bin der Letzte, der leugnet, daß gewiß Parteigenossen vorhanden sind. Ich bin der Letzte, der will, daß diese Gegenstände verurteilt werden. Aber das Nachrichtenbureau ist nicht der Ort, wo engere Parteifreistimmigkeiten erledigt werden sollen. (Sehr richtig!) Deshalb halte ich diese Befürchtungen für übertrieben. Ich bin überzeugt, daß es nicht leicht sein wird, die Personenfrage zu lösen. Wir haben keinen Ueberfluß an routinisierten Journalisten, aber wenn einmal die Grundlagen geschaffen sind, dann werden wir auch die Personen finden können, die mit dem Instrument arbeiten können, das jetzt als Waffe für uns geschaffen werden soll. Wenn weiter gesagt ist, die Vorlage habe die Einzelheiten nicht genügend behandelt, so meine ich, daß es heute doch nur darauf ankommt, die Tendenzen und Richtlinien festzustellen. Dann ist der Vorlage der Wortlaut gemacht, daß sie die Tendenz habe, eine Normalzeitung der Zukunft zu schaffen. Ich sehe nicht so schwarz. Wir haben heute schon eine sehr weitgehende Uniformierung unserer Parteipresse. (Sehr wahr!) Ich glaube nicht, daß es in der Beziehung schlimmer wird, im Gegenteil, das Bureau, das den Redakteuren zeitig genug Rohmaterial für ihre Arbeiten schaffen soll, soll ja gerade verhindern, daß in Zukunft noch weiter so mit Korrespondenzen gearbeitet werden muß, wie es heute leider bei kleinen Blättern notwendig ist. Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht, ich weiß, wie wenige Stunden den meisten Redakteuren zur Verfügung stehen, wie es ihnen kaum möglich ist, die Berliner Abendblätter zu bearbeiten, aber gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, daß unsere Parteiredakteure schneller und mit besserem Material an die Bearbeitung der Nachrichten herangehen können. Welche Nachrichten überhaupt übermitteln werden sollen, ist in der Vorlage präzise angegeben. Es handelt sich darum, wichtiges Tatsachenmaterial zu sammeln. Es soll nicht eingegangen werden auf das, was so vielfach als Unterströmungen bezeichnet wird. Nicht das, was vielleicht bei einer oder anderen als in der Luft liegend erachtet, ohne daß es in der Luft zu liegen braucht. Nur, was sicher und tatsächlich ist, soll der Presse übermitteln werden, damit es nach unseren Grundanschauungen bearbeitet und den Lesern zugeführt werden kann. Wer in der Parteipresse gestanden hat, der weiß z. B., wie schwierig es ist, wichtige gewerkschaftliche Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands zu bekommen, wie das meiste Material zusammengetragen werden muß, weil ein guter gewerkschaftlicher Nachrichtendienst bis heute noch nicht organisiert ist. (Sehr richtig!) Wenn aber erst einmal bekannt sein wird, daß in Berlin ein Nachrichtenbureau für die Partei besteht, so werden die Gewerkschaften aus den einzelnen Landesteilen mittels Draht nach Berlin berichten, damit von dort aus die Parteipresse mit Notigen versehen wird und zwar in der Form, wie es die im Kampf stehenden Gewerkschaften für notwendig halten. (Sehr richtig!)

Es ist bekannt, daß von der Parteipresse darin schon mehr als einmal ein Schnitzer gemacht ist, der vermieden werden könnte, wenn wir solch ein Bureau hätten. Ich fürchte auch nicht, daß zur Erlangung von Nachrichten irgend etwas geschieht, was unseren Grundansichten widerspricht. Eine Hintertreppenspolitik ist, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, den preussischen Regierungsinstanzen gegenüber ausgeschlossen. In München sollen ja bessere Verhältnisse bestehen, aber ich glaube, daß es in der ganzen Partei niemand gibt, der sich auf einem mit unseren Grundansichten nicht zu vereinbarenden Wege Nachrichten von einer Behörde verschaffen wollte, und daß derjenige, der sich auf solche Hintertreppen begeben würde, sehr bald von der gesamten Presse ganz Deutschlands heruntergeschleift und mit beiden Ohren an das nächste Scheumtor angenagelt werden würde. (Sehr gut!) Es ist gewünscht, daß die Bestimmungen, wie die Nachrichten zu übermitteln sind, genau präzisiert werden. Eine schärfere Fassung als die, die der Entwurf vorlegt, wird nicht so leicht zu finden sein. Der § 1 ist doch nicht etwa so zu verstehen, daß der Parteipresse nur nackte Sätze übermitteln werden, sondern das Bureau hat im Sinne der Prinzipien der Partei gewisse Anregungen auch bezüglich der Bearbeitung des Materials zu geben. Wenn das geschieht, dann wird ein großer Teil der Presse nach und nach den uniformen Charakter verlieren und einen selbständigen Ausdruck bekommen.

In § 4 ist bestimmt, daß für den einzurichtenden Telephon- und Telegraphendienst die betreffenden Parteiblätter die Gebühren zu erstatten haben. Es ist nun gewünscht worden, daß auch diese Gebühren auf die Gesamtkasse mit übernommen werden. Dem können wir uns nicht anschließen. Alles kann eben nicht aus der Zentrale geleistet werden. Wir müssen uns einigermaßen nach der Dede strecken. — Weiter ist gesagt worden, man tue hier einen Sprung ins Dunkle, das Bureau werde sich zu einer großen Einrichtung ausgestalten und man hat dabei insbesondere Bezug genommen auf § 3, wonach zwecks Erlangung von Nachrichten aus Deutschland und anderen Ländern ein Berichterstatterdienst eingerichtet werden soll. Diese Befürchtungen sind unbegründet; es ist nicht daran zu denken, daß nun sofort in allen Hauptstädten des Auslandes Berichterstatter angestellt werden, sondern wir werden auch in dieser Frage wie in allen anderen schrittweise vorgehen.

In § 2 heißt es: „Aufgabe des Bureaus ist Sammlung gesch-

geberischen und statistischen Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist.“ In dieser Frage war ja die ganze Partei einig. Aus dem Handelsammerberichten, den Berichtigungen der Industrieverbände läßt sich noch so manches Wichtige herausheben. Bei dem Erscheinen jeder Regierungsvorlage verbreiten ja stets die Offiziellen des Grafen Wälrow möglichst günstig zurechtgeschulte Berichte über die Vorlagen an die Presse, und wir haben die Aufgabe, solcher offiziellen Stimmungsmacherei so schnell wie möglich die Spitze zu bieten. Das ist nur möglich, wenn das Material schnellstens verarbeitet und der Presse zugestellt wird.

Daß die „Partei-Korrespondenz“ von dem Nachrichtenbureau übernommen wird, halte ich für selbstverständlich, nicht nur deswegen, weil sonst ein Nebeneinanderarbeiten zweier Institute auf dem Gebiete der Materialbearbeitung und Jugänglichmachung sich herausstellen würde, sondern auch deswegen, weil die Unterstellungen der gegnerischen Presse, die die „Partei-Korrespondenz“ feststellt, durch das Nachrichtenbureau schneller zurückgewiesen werden können, während heute die Redaktionen die „Partei-Korrespondenz“ nur alle acht Tage erhalten. Eine weitere Frage war: Wer soll Träger des zukünftigen Instituts sein? Es ist der Vorschlag aufgetaucht, daß das Nachrichtenbureau genossenschaftliche Selbsthilfe der Presse sein solle, aber die Parteigenossen, die das vorgeschlagen, waren sich auch klar darüber, daß dann die kleinen Blätter auch einer Unterstützung aus der Parteikasse bedürften. Unter diesen Umständen kann gar kein Streit darüber sein, daß nicht irgend welche privatgenossenschaftliche Organisation, sondern nur die gesamte Partei Träger dieses Nachrichteninstituts sein kann. Wie die Mittel der Partei in Anspruch genommen werden, so muß auch das Bureau unter die Instanzen gestellt werden, die zur Führung der Partei ausersehen sind. Wir haben einen Beirat von fünf Redakteuren vorgegeben, damit die nötige Kontinuität zwischen dem Nachrichtenbureau und der Parteipresse noch jeder Richtung hin gewahrt bleibt; darüber hinaus wird es aber nötig sein, daß die Parteipresse mit dem Bureau in ständiger Korrespondenz bleibt und ihm ihre Wünsche übermitteln kann, wenn das Bureau gut funktionieren soll.

Weiter hat man behauptet, es widerstreite allen parteiüblichen Gepflogenheiten, daß der Parteivorstand sich seinen Beirat selbst wähle. Es heißt aber im § 2, daß die Mitglieder des Beirates alljährlich durch die Parteileitung gewählt werden, d. h. also durch den Parteivorstand und die Kontrollkommission gemeinsam. So hat auch in Mannheim der Parteitag beschlossen, daß die Mitglieder des Bildungsausschusses vom Vorstand und der Kontrollkommission gewählt werden sollen. In diesem Beirat müssen auch die entfernt liegenden Blätter vertreten sein, weil sie am meisten unter den Zuständen, die wir bekämpfen wollen, zu leiden haben. Die Frage der Kostenaufbringung ist im § 5 in der Weise geregelt, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen entsprechenden Teil zu leisten hat. Im einzelnen diese Kosten jetzt zu etatieren, ist natürlich nicht möglich. Ich glaube nicht, daß in diesem ersten Jahre die Mittel der Partei allzusehr werden in Anspruch genommen werden. Man hat nun gemeint, es wäre wichtiger, mehr Redakteure an der Provinzpresse anzustellen. Daß solche Kräfte gebraucht werden, wissen wir alle, aber es ist nicht die Aufgabe der Zentrale, über ein gewisses, durchaus notwendiges Maß hinaus der Parteipresse in dieser Beziehung alles zur Verfügung zu stellen, was als notwendig erachtet werden kann. — Der weiteren Anregung, lieber zwei Kräfte beim „Vorwärts“ einzusetzen, kann ich mich nicht anschließen. Wir haben mit den Abgängen, die bisher im „Vorwärts“ gemacht worden sind, keine guten Erfahrungen gemacht. Auch daß die Frage nicht brennend ist, kann ich nicht anerkennen. Sie ist längst spruchreif, und würde das Nachrichtenbureau nicht von Partei wegen kommen, so würde innerhalb Jahresfrist aus privater Initiative für eine ganze Reihe Parteiblätter ein derartiger Nachrichtendienst eingerichtet werden, von dem dann die ganze kleine, weiter zurückgebliebene Presse aus Mangel an Mitteln abgeschlossen wäre. Die einzelnen Details der ganzen Frage werden sich hier im Plenum nicht alle verhandeln lassen; deshalb schlage ich vor, daß die Vorlage einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen wird. Ich glaube, daß in dieser Kommissionsberatung auch auf diesem Parteitag schon bei einigem guten Willen, den ich überall voraussetze, etwas Praktisches erreicht werden kann. Erst ein Drittel unserer drei Millionen Wähler gehört zu den Lesern der Parteipresse. Es ist unbedingt notwendig, daß wir auch an die bisher indifferenten herankommen, und zweifellos ist die täglich erscheinende Zeitung unser bestes Agitationsmittel. Je mehr Leser für unsere Presse wir gewinnen, denen wir täglich unsere Anschauungen und Prinzipien vorführen, desto schneller wird es uns gelingen, unser großes Ziel zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist noch ein weiterer Antrag Gradnauer auf Einsetzung einer Kommission von 15 Mitgliedern eingegangen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Die Kommissionsberatung wird mit großer Mehrheit beschlossen. In die Kommission werden gewählt: Webel, Müller, Berlin, Ged. Offenburg, Gradnauer, Dresden, Müller, München, Dlod. Berlin, Fischer, Berlin, Wetterlein, Gera, Rudolph, Frankfurt, Eßlinger, Hamburg, Frau Jiey, Hamburg, Laufenberg, Düsseldorf, Keil, Stuttgart, Klee, mann, Leipzig, König, Dortmund.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 9 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenhandel. Der rechnungsmäßige Kohlenabfuhr des Kohlenhandels betrug im August 1907 bei 27 Arbeitstagen 6 197 859 Tonnen, das ist arbeitstäglich 228 550 Tonnen (im August 1906 bei 27 Arbeitstagen 5 908 599 Tonnen, das ist arbeitstäglich 215 067 Tonnen). Er hat mithin gegen den gleichen Monat des Vorjahres arbeitstäglich um 6,74 Proz. zugenommen. Von der Beteiligung, die sich im August 1907 auf 6 886 821 Tonnen (im August 1906 auf 6 861 899 Tonnen) bezieht, sind demnach 90,39 Proz. gegen 81,62 Proz. im gleichen Monat des Vorjahres abgesetzt worden.

Außerordentliche Abschreibung. In der Aufsichtsratsitzung der Deutsch-Lugemburgerischen Bergwerks- und Hütten-Alliengeseilschaft wurde beschlossen, der zum 30. November nach Bochum einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, von dem Bruttoertrag einschließliche Vortrag in Höhe von 8 039 072,98 M. einen Betrag von 5 044 480,22 M. (im Vorjahre 3 822 845,23 M.) zu Abschreibungen zu verwenden, aus dem dann verbleibenden Reingewinn 10 Proz. (wie im Vorjahre) zu verteilen und den nach Abzug der Konten noch vorhandenen Rest von 602 840,92 M. (im Vorjahre 497 062,03 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Soziales.

Eine Modell-Ausstellung zur Verhütung von Unfällen, so nennt sich eine von Arbeitern soeben eröffnete Veranstaltung in Breslau, die die weitgehendste Aufmerksamkeit verdient. Vornehmlich ist an dieser Ausstellung zunächst, daß sie die erste Veranstaltung ist, den als arbeiterfeindlich bekannten Breslauer Magistrat zur Förderung wirklicher Arbeiterwohlfahrt zu bewegen. Er bewilligte im Verein mit der Stadtverordnetenversammlung der Arbeiterschulskommission eine Beihilfe von 500 Mark und gab obendrein den städtischen Turnsaal der Feuerwehr in der Spingelstraße als Ausstellungsort unentgeltlich her. Des weiteren gewinnt diese Ausstellung an Bedeutung dadurch, daß sämtliche dort ausgestellten Gerüst- und Hausmodelle, darunter solche in wirklich künstlerischer Ausführung und höchster Vollendung, einzig und allein von den am Bauarbeiter-Schutz direkt interessierten organisierten Arbeitern nach Feierabend angefertigt worden sind.

Die Ausstellung ist nicht die erste ihrer Art in Deutschland, aber sicher die gelungenste. Das zeigt schon ein Blick auf das von früheren Ausstellungen her bekannte Hamburger Modell, das

durch die Breslauer Arbeiter weit in den Schatten gestellt worden ist. Und ferner beweist das die Tatsache, daß diesmal sämtliche Arten des Arbeiterschutzes im Baugewerbe an großen Modellen plastisch dargestellt sind.

Die hochinteressante Ausstellung soll dem Zwecke dienen, Arbeiter und Arbeitnehmer mit den neuesten und besten Mustern der Schutzvorrichtungen bekannt zu machen und beide Teile von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der vollendetsten Schutzvorrichtungen zu überzeugen. Bisher lag der Magistrat und der größte Teil der Unternehmer mit der Schutzkommission wegen ihrer steten Kritik in den Vorrichtungen bei Neubauten usw. in fortwährender Fehde. Man sah sie nicht als kompetent an, im Namen der gefährdeten Arbeiter Schutz für Leben und Gesundheit zu fordern. Diese Scharfmacherei wird man jetzt angesichts der Gerüstmodelle ernstlich revidieren müssen, denn hier haben die Arbeiter zweierlei gezeigt: Einmal, was notwendig ist, um ohne Gefahren Häuser und Türme zu bauen und zum anderen, daß die Anlage der modernsten Vorrichtungen ohne große Schwierigkeiten und Kosten möglich ist. — Zunächst wird am „Modell I“ die Darstellung des Gerüstbaues illustriert. Es stellt einen Monumentalbau in Sand- und Ziegelstein dar (Größe 1:10) und das an ihm angebrachte Gerüst (Dach- und Fahrgerüst) sollte an keinem größeren Neubau fehlen. — Ein „Reform-Aufstiegsgerüst“ stellt ein leicht transportables, zusammenlegbares und stabiles Gerüst zum Schutze der Steinelemente dar, mit Lauftrüben und Schutzböden usw. versehen. Dies sowohl wie das Mauergerüst zur Aufführung von Kuchentürmen und die Leitergänge wie auch das Tiefbau-Modell sind Kunstwerke eigener Art. Sie werden ihre Wirkung auf die Fachleute nicht verfehlen, wie sie ihren Verehrern alle Ehre machen. Schlicht und einfach, und doch sicher und sachgemäß, vor allem aber zuverlässig sind auch die ausgestellten Fang- und Bodengerüste, die Schutzmittel für Dachbeder, ein Gerüst zur Herstellung von Deden, das Konsole-Leitergerüst für Maler, Maurer, Klempner usw.

Einen interessanten Anblick gewährt daneben die musterhaft und den Anforderungen der Hygiene und Bequemlichkeit entsprechend angeführte Baubude (Verhältnismäßig 1:2 1/2). So sollten sie alle sein! Sie bietet bei Verrechnung von 1 Quadratmeter Bodenfläche auf je eine Person Raum für 20 Mann. Die Fenster sind (wo wäre ein solcher Neubau?) zum Öffnen. Zur besseren Reinhaltung sind Fußböden, Wände und Tische gehobelt. Der Ofen ist sogar zum Wärmen der Speisen eingerichtet. Im Nebenraum, der „für den Polier“ eingerichtet ist, sind die Utensilien zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen, Sanitätskasten, Bett usw., aufgestellt. Im Interesse der Hygiene und Reinlichkeit sind Spünpötte mit Wasser sowie eine Waschkübel mit Seife usw. vorhanden. Ferner sind hier wie überall angehängt: die Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Verusgenossenschaft und Anleitung zur ersten Hilfe bei Unfällen.

Die Ausstellung währt vier Wochen lang, bis zum 13. Oktober und wird während dieser Zeit von den interessierten Gewerkschaften, Innungen, Arbeitgebern, Behörden von Breslau und Schlesien usw. in corpore besichtigt werden. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf., wofür noch ein gedruckter Führer mit Erläuterungen verabfolgt wird. An Separatstischen sind ferner aufgestellt: Praktische Kleidungsstücke für Bauarbeiter, Photographien von guten und schlechten Neubauten, mangelhaften Gerüsten, eingestürzten Häusern, Utensilien für die Verbandstischen — kurz, die Breslauer Arbeiter der Wobereise haben hier ein Werk geschaffen, das ihnen in der Agitation für eine Verbesserung und Ausdehnung des Arbeiterschutzes wertvolle Dienste leisten und überall Anerkennung finden wird. Hoffentlich trägt sie auch dazu bei, daß die Unternehmer die Schutzvorrichtungen nach den dort gezeigten Mustern modifizieren und Gerüsten reformieren, damit endlich die gerade in Breslau erschrecklich große Zahl schwerer Bauunfälle vermindert werde!

Aus der Frauenbewegung.

Ein preussisches „Kultur“-Dokument.

Die preussische Gefindekammer wird durch diesen amtlich-anwaltlichen Bescheid durchaus nach Gebühr gekennzeichnet:

Der Amtsanwalt. Danzig, den 8. August 1907.

II 1904/07. Bescheid auf die Anzeige vom 1. Juli 1907.

Das Verfahren gegen Frau Martins wird eingestellt; die Ohrfeige haben Sie wegen Unverschämtheit von Ihrer Arbeitgeberin empfangen und stellt sich nur als leichte Nötigung dar, die nicht strafbar ist.

Ihre vermeintlichen Ansprüche können Sie im Wege des Zivilprozesses geltend machen. Pohl.

Die würdevolle Sprache dieses amtlichen Kulturdokumentes steht durchaus auf der sittlichen Höhe des preussischen Junkerstaates, dessen Gesetze noch heute die tätliche Mißhandlung mündiger Staatsbürger, nur weil sie Arbeiter sind, strafflos gestatten. Diese Verfüng ist nicht etwa an einen ungezogenen Schulbuben, sondern an ein in der Großstadt wohnendes nicht weniger als 42 Jahre altes Dienstmädchen gerichtet. Dieses war nach bereits einjähriger Dienstzeit, in der es sogar eine Lohnzulage erhalten hatte, mit seiner „Gnädigen“ wegen des Schutzeputzens in Differenzen geraten. Diese trug die gültige Dame, eine wohlbestallte Rentiere, in der Form aus, daß sie das arme Weib nicht nur durch eine Ohrfeige mißhandelte, sondern es wiederholt ins Gesicht und auf den Kopf schlug und an den Haaren riß. Erst der hinzukommende Sohn des Hauses befreite das Mädchen von seiner Peinigerin. Die ihr wiederfahrende christliche Liebestätigkeit hinterließ so nachdrückliche Spuren, daß ihre ärztliche Feststellung erfolgen mußte. Mit dem ärztlichen Attest glaubte die Mißhandelte die Justiz bestimmt zum Schutz der Menschwürde mobil machen zu können. Sie wollte trotz aller Belehrung nicht daran glauben, daß Preußen in Deutschland so radikal voran geht, daß es noch heute das Mißhandlungsrecht der Herrschaften gesetzlich schützt.

Das herrschaftliche Prügelrecht der Gefindeordnung, das von Junkern und Freisinnigen mit gleicher Liebe geschätzt und geschützt wird, kann mit Erfolg wohl nur praktisch und zwar sehr einfach dadurch überwunden werden, daß die Opfer der herrschaftlichen Willkür kurzerhand energisch gleiches mit gleichem vergelten.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg. Mittwoch, den 18. September, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 3: Vortrag „Lebensgewohnheiten und Lebensbedürfnisse des Weibes“. Am 19. Oktober Stiftungsfest.

Rummelsburg. Mittwoch, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Alt-Bohagen: Vortrag des Herrn Fritz Berger: „Die Entwicklung der Industrie.“

Treptow-Panmschulenberg. Mittwoch, den 18. September, 8 1/2 Uhr, bei E. Christ, Marienhalerstraße, Ecke Ernststraße: Vortrag Herr Stern: „Der Grundgedanke von Goethes Faustdichtung.“

Königs-Buchhofen und Umgegend. Mittwoch, den 18. September, 8 Uhr, in Wildau bei Schumann Vortrag.

Pankow. Donnerstag, den 19. September, 8 1/2 Uhr, bei Großkur, Berlinerstraße 27.

Reinickendorf-West. Donnerstag, den 19. September, 8 1/2 Uhr, bei Engel, Eichbornstraße.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumschulweg. Heute abend findet in Speers Festhallen, Baumschulweg, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Berichtserstattung. 2. Vereins-Angelegenheiten. Genossen! Es gilt in dieser Versammlung gegen die maßlosen Eingriffe in die Versammlungsfreiheit zu protestieren. Zeigt daher durch einen Massenbesuch, daß ihr nicht gewillt seid, eure Frauen fortwährend aus den Versammlungen weisen zu lassen. Das Erscheinen aller Genossen ist daher Ehrenpflicht. Götze und Frauen haben Zutritt. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Kaufhold, Wilhelmminenhofstr. 18, statt. Auf der Tagesordnung steht Berichtserstattung vom internationalen Kongreß. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist notwendig. Der Vorstand.

Grünau. Heute Dienstagabend pünktlich um 9 Uhr findet in der „Grünen Ede“ die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Bilhelmstr. Der am Dienstag fällige Diskutierabend findet nicht statt.

Zegel. Heute abend, 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Willi Wöh, Schloßstr. 7/8, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Schütte über „Preussische Zustände“, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wieder eine „überflüssige“ Gemeindefschule?

Die Schulverwaltung der „Kaiserstadt“ Berlin läßt sich nicht irre machen in ihrer Ueberzeugung, daß wir hier fast schon zu viel Gemeindefschulen haben. In den inneren Stadtteilen hat sie bereits vor einer Reihe von Jahren damit begonnen, einzelne Gemeindefschulen eingehen zu lassen, weil diese — infolge der allmählichen Abwanderung der Arbeiterbevölkerung nach den Außenbezirken — sich nicht mehr so recht „füllen“ ließen. Gemeindefschulen haben ja in unserem „ganz und gar nicht rückständigen“ Berlin kein Anrecht auf ebenso geringe Klassenfrequenzen, wie sie bei höheren Lehranstalten die Regel bilden. Eine echte Berliner Gemeindefschule soll in ihren Klassen möglichst jederzeit so „voll“ sein, daß sie ungefähr mit ostelbischen Dorfschulen konkurrieren kann. Bleibt sie hinter diesem Ideal zu weit zurück, ja, dann hat sie die Existenzberechtigung verloren und darf sich nur immer darauf stützen, daß sie eines Tages aufgelöst wird. Dieses Schicksal ist in dem letzten Jahrzehnt sogar schon etlichen Gemeindefschulen widerfahren, die in äußeren Stadtteilen lagen. Auch sie hatten sich nicht mehr so „füllen“ lassen, wie der Berliner Stadtfreiwille es für die Gemeindefschulen als „normal“ ansieht. Denn auch in einigen äußeren Stadtteilen, namentlich in denen, die schon seit längerer Zeit neu bebaut sind, hat bereits wieder eine Abwanderung der Arbeiterbevölkerung, eine Sinausdrängung in die Vororte, sich bemerkbar gemacht. Von den Schulen, die in neuester Zeit aufgelöst worden sind, nennen wir besonders eine Schule in der Tempelhofer Vorstadt, eine Schule im Götlicher Viertel, eine Schule in der unteren Rosenthaler Vorstadt.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten ist es nun der sozialdemokratischen Fraktion gelungen, einen Antrag durchzubringen, der den Magistrat auffordert, künftig stets die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einzubohlen, wenn er ein Gemeindefschulhaus oder einen Teil eines solchen zu anderen als Gemeindefschulzwecken verwenden will. Ueber die Auflösung einer Gemeindefschule hat die Versammlung nicht zu entscheiden; das macht die Schuldeputation unter sich ab, und in die darf bekanntlich kein Sozialdemokrat hinein. Auch für die Verwendung des frei werdenden Hauses einer aufgelösten Gemeindefschule zu anderen Zwecken war bisher in der Regel nicht die Zustimmung der Stadtverordneten eingeholt worden; es wurde ihnen vom Magistrat fast immer nur eine Mitteilung zur Kenntnisnahme vorgelegt, durch die sie vor eine vollendete Tatsache gestellt wurden. So sind in neuester Zeit frei gewordene Gemeindefschulhäuser verwendet worden zur Unterbringung von Pflichtfortbildungsschulen und auch von höheren Lehranstalten, die neu gegründet worden waren und noch kein eigenes Heim hatten. Der Stadtverordnetenversammlung wurde regelmäßig erst dann Kenntnis gegeben, wenn die Auflösung der betreffenden Schule perfekt war. Diesem Treiben soll durch das, was der Antrag fordert, möglichst Einhalt geboten werden. Es muß abgewartet werden, wie der Magistrat sich hierzu stellen wird.

Wahrscheinlich werden wir schon in Kürze wieder Gelegenheit haben, an einem neuen Beispiel die Haltung des Magistrats kennen zu lernen. Wir hören, daß schon wieder eine Gemeindefschule als „überflüssig“ angesehen wird und zur Auflösung bestimmt ist. Diesmal soll die 49. Gemeindefschule herankommen, deren Heim sich in der Blumenstraße befindet. Im Prinzip ist beschlossen, daß auch sie früher oder später eingehen soll. Man sagt, daß schon zu Oktober dieses Jahres keine neuen Schulklassen mehr aufgenommen werden. Dann fehlt ihr der Nachwuchs, und sie muß in absehbarer Zeit von selber eingehen. Desto mehr Kinder müssen dann in die Nachbarschulen hineingesteckt werden. Dabei ist die 49. Schule noch jetzt so stark besucht, daß sie in manchen Klassen gut und gerne noch eine Frequenzerminderung vertragen könnte. In diesem Sommerhalbjahr sitzen z. B. in den achten Klassen etwa je 60 Kinder, in den siebenten, sechsten und fünften Klassen ungefähr ebensoviel, in den vierten und dritten über 40, in den zweiten und ersten über 30. Es kann also keine Rede davon sein, daß in der Gegend der Blumenstraße kein ausreichendes Bedürfnis mehr vorläge, die Schule weiterbestehen zu lassen. Aber es ist wahr: für eine Gemeindefschule erscheinen die hier angeführten Frequenzen dem Berliner Stadtfreiwille fast schon als Luxus. In dem Schulhaus sollen später bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Was wird man dann hineinlegen? Vermutlich wieder eine Pflichtfortbildungsschule. Es trifft sich ja immer so schön, daß all diese Gemeindefschulen just in demselben Augenblick „überflüssig“ werden, wo in dem betreffenden Stadtteil ein Haus für eine Pflichtfortbildungsschule oder für eine höhere Lehranstalt gebraucht wird.

Der englische Arbeitsminister John Burns ist in Berlin eingetroffen, hat am Montag dem Oberbürgermeister Rixner einen Besuch abgestattet und wird verschiedene städtische Einrichtungen und Anstalten während seines hiesigen Aufenthaltes besichtigen.

Zum Straußberger Eisenbahnunglück. Schreibt die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“, daß eine nochmalige gründliche Untersuchung der Sachlage durch einen Kommissar des Ministers der öffentlichen Arbeiten am 13. d. M. bestätigt hätte, daß ein Eisenbahnwaggon vorliege; eine andere Ursache müsse als ausgeschlossen gelten.

Der der Tat verdächtige und verhaftete Schuhmacher Leistner aus Straußberg befindet sich noch in Untersuchungshaft.

Die Belohnung für Ergreifung der Freuler, die den Straußberger Eisenbahn-Unfall herbeigeführt haben, ist von 2000 auf 5000 Mark erhöht worden.

Die Kandelaber der Straßenlaternen für Reklamezwecke. Die Kandelaber der öffentlichen Straßenlaternen in Berlin sollen Reklamezwecken dienlich gemacht werden. Der Magistrat hat vorbestimmt der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung einen Vertrag mit einer Gesellschaft geschlossen, wonach an den Kandelabern kleine Emaillebilder von je höchstens 15 Zentimeter Höhe und 12 Zentimeter Breite und zwar immer nur je 2 Schilder in etwa 1 Meter Höhe an einem Kandelaber angebracht werden können. Die Unternehmer verpflichten sich, für die ersten zwei Jahre der im ganzen auf drei Jahre festgesetzten Dauer des Vertragsverhältnisses einen Jahresmietzins von je 6 Mark, für das dritte Jahr einen Mietzins von je 8 Mark für jeden benutzten Kandelaber zu zahlen und zwar mit der Maßgabe, daß mindestens für 25 000 Kandelaber Mietzins zu entrichten ist, ohne Rücksicht darauf, ob eine solche Zahl tatsächlich mit Schildern versehen wird oder nicht. Es ergibt sich hieraus ein Mindesteinkommen von 150 000—200 000 Mark jährlich. Als Sicherheit für die bedingungs-gemäße Ausführung ihrer Vertragspflicht haben die Unternehmer bereits 35 000 Mark, d. i. eine Vierteljahrsmiete, in Wertpapieren bei der Stadthauptkasse hinterlegt.

Der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und a) dem bayerischen Orte: Heiligenstadt, Oberfranken, b) den Orten des Reichstelegraphengebietes: Aug. Cröfzel, Färsterei Wallwitz (Kr. Oststernberg), Niederems, Seddin, Secmühl, Willmersdorf (Kr. Cottbus) und Wüstems ist eröffnet worden.

Die Rache der Grundbesitzer. Der Grundbesitzerverein des Frankfurter Vorbezirks hielt eine Versammlung ab, in der man sich gegen die Wiederwahl der Stadtverordneten Salinger, Schulz und Pflitz erklärte. Diese sollen sich nicht um den Frankfurter Bezirk gekümmert und es zugelassen haben, daß Berliner Bürger die Stadtvertretung verlagern müßten, um von der die Luft verpestenden Peptonfabrik befreit zu werden. Eine eigene Kommission wurde beauftragt, mit geeigneten Kandidaten in Verbindung zu treten.

Als ob sich die genannten Stadtverordneten nicht warm genug den Hausbesitzerinteressen angenommen hätten!

Hundertmillionenprojekt der A. E. G.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft will im Wettbewerb der großen Elektrizitätsgesellschaften, Berlin mit elektrischen Hoch- und Untergrund- und Schwebebahnen zu versorgen, nicht zurückbleiben. Sie hat dieser Tage, wie berichtet wird, dem Berliner Polizeipräsidenten das generelle Projekt einer elektrisch betriebenen Untergrundbahn Gesundbrunnen—Rixdorf zur Prüfung eingereicht.

Das Projekt der A. E. G. sieht eine elektrische Schnellbahn vor, die zum größten Teil als Unterpflasterbahn und nur zum kleineren Teile, in den Außenstadtteilen, als Hochbahn projektiert ist. Von Bedeutung ist, daß diese Bahn im wesentlichen dieselben Straßenzüge wie die Schwebebahn Gesundbrunnen—Rixdorf durchläuft, sie beginnt am Bahnhof Gesundbrunnen, wird durch die Brunnen- und Invalidenstraße geführt, unterfährt die Spree in der Nähe der Jannowitzbrücke und wird, wie die Schwebebahn, durch den Südosten Berlins bis zum Hermannplatz in Rixdorf geführt, während die Schwebebahn darüber hinaus bis zur Hermannstraße läuft. Die Kosten dieser Untergrundbahn beziffert die A. E. G. auf rund 100 Millionen Mark. Die Anlagekosten der Schwebebahn betragen für die gleiche Strecke nur etwa den dritten Teil.

Die rotumranderten Plakate, welche die Streikleitung der Berliner Bäckergehilfen während des letzten Bäderstreiks an diejenigen Bäckermeister ausgegeben hatte, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten, haben den heißen Zorn der Berliner Bäderinnung hervorgerufen. In ihrer am 19. März d. J. abgehaltenen außerordentlichen Innungsversammlung wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

„Die am 19. März tagende außerordentliche Generalversammlung der Bäderinnung zu Berlin beschließt, diejenigen Kollegen, die dadurch den „Gemeingeist gefährden“ und der „Standesehre zuwiderhandeln“, daß sie bei einer Lohnbewegung die von einer Arbeiterorganisation ausgehenden Plakate und Ausweise über bewilligte Forderungen im Schaufenster oder in einer ähnlichen, dem Publikum sichtbaren Weise zur allgemeinen Kenntnis bringen, in eine statutarische Ordnungsstrafe von 20 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu nehmen.“

Auf Grund dieses unserer Ansicht nach gesehlich unzulässigen Beschlusses ist denn auch einer Anzahl Bäckermeister von der Innung eine Strafverfügung in Höhe von 20 M. zugegangen. Bei einem Teil derselben ist diese Strafe im Zwangsvollstreckungsverfahren zugunsten der Innungselle eingezogen worden. Andere durch das faulose Strafmandat Beglückte haben gegen die Innung Klage beim Gericht eingereicht.

Auch der Gewerbe-Deputation des Magistrats als Aufsichtsbehörde der Innungen sind eine Anzahl von Beschwerden zugegangen, durch welche der gefaßte Innungsbeschuß als gesehwidrig angefochten wird. Durch einstweilige Verfügung der Gewerbe-Deputation sind darauf die bei ihr beantragten Zwangsvollstreckungen, soweit gegen dieselben Beschwerden erhoben wurde, bis auf weiteres sistiert worden. In ihrer nächsten Plenarsitzung wird die Gewerbe-Deputation über die Beschwerden und das Vorgehen der Innung Beschluß fassen.

Es ist eigentümlich, daß die Innung gegen diejenigen ihrer Mitglieder, welche eine der Hauptaufgaben der Innungen, nämlich die in § 11a der Gewerbeordnung besonders hervorgehobene Förderung eines gesehwilligen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen zu erfüllen suchten, in so un-berechtigt, von wenig sozialem Verständnis zeugender Weise vorgeht. Nur der kräftige Egoismus kann sie hierzu veranlaßt haben.

Ein Omnibus im Kanalisationschacht. Sonntagmittag stürzte in der Kleinen Jägerstraße, an der Ecke der Riebertwallstraße, die Strahendecke in einem Umfange von etwa 12 Quadratmetern ein, wobei ein Omnibus der Linie 12 mit seinem hinteren Teile in die Tiefe sank. Fahrgäste und Pferde konnten unversehrt befreit werden. Das Vorkommnis steht im Zusammenhang mit der durch die Riebertwallstraße führenden Untergrundbahn, die eine Verlegung der Kabel und Wasserleitungsrohre in der Kleinen Jägerstraße notwendig gemacht hatten. Diese Arbeiten waren schon seit einer Woche beendet. Bei der Einbringung in die Riebertwallstraße ist von der Untergrundbahn eine Wasseranlage geplant und der hierzu erforderliche Schacht schon ausgehoben worden. Neben diesem Schacht war nun vorgestern das große Wasserrohr geplatzt, und die ausströmenden Wassermassen hatten

unbemerkt das Erdreich seitwärts nach dem leeren Schacht gespült, so daß unter der Strahendecke ein großer Hohlraum entstand. Als dann der Omnibus die Strecke passierte, brach der Strahendamm unter seiner Last zusammen. Der Wagen konnte erst nach Stunden-langer Arbeit wieder herausgeschafft werden. Glücklicherweise waren bei dem Einsturz die hier liegenden elektrischen Kabel und das Hauptgasrohr intakt geblieben.

Der Desraudant Varrick, der nach Unterschlagung von 60 000 Mark bei der hiesigen Kommerz- und Diskontobank flüchtig wurde, ist am Sonntag mit seiner Braut in Luzern verhaftet worden.

In das Schaufenster des Juweliers Köppen, Große Frankfurterstraße 15, gefahren ist am Sonnabendabend eine Autodrosche. Die Schaufensterscheibe wurde vollständig zertrümmert.

In Vergiftungsgefahr schwebten am Sonntag drei Personen, die bei Brunnenarbeiten in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee, beschäftigt waren. Ein 30 Meter tiefer, etagen-förmig gebauter Brunnen, dessen Wasser auf meistinstem Wege gehoben wird, sollte im Innern einigen Reparaturarbeiten unterworfen werden, mit deren Ausführung der Schlosser Bürger und die Arbeiter Lazarus und Wierowski beauftragt worden waren. Der nur zu einem Drittel mit Wasser angefüllte Brunnen enthält bei der Tätigkeit der Maschine infolge der Luftbewegung genügend reine Luft, um den Aufenthalt in dem Schacht ungefährlich zu machen. Anders war es am Sonntag, als der Brauereibetrieb ruhte. Die drei Arbeiter waren noch nicht lange bei ihrer Arbeit, als zwei von ihnen, Lazarus und Wierowski, über Unwohlsein klagten und sich sofort anschießen, die Leitern emporzusteigen. Halb besinnungslos kamen sie oben an, wo sie zusammenbrachen. Bürger war trotz der ihm von den Gefährten zugerufenen Warnung unten geblieben. Da er nach einigem Warten nicht kam und auch auf die Rufe von anderen Brauereiarbeitern nicht antwortete, wurde sofort die Feuerwehr alarmiert. Drei Mann von ihr, von denen einer mit dem Sauerstoffapparat ausgerüstet war, stiegen in den Brunnen hinab. In der Tiefe von 20 Metern wurde Bürger auf einem Abfahrliegegen bewußtlos aufgefunden. Unter beschwerlichen Umständen zog ihn die Feuerwehr an einer Rettungsleine empor und behandelte ihn sofort mit Sauerstoff. Nach längeren Bemühungen brachte sie ihn auch wieder zum Bewußtsein und sorgte für seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Friedrichshain. Dort hat er sich inzwischen soweit wieder erholt, daß seine Entlassung bevorsteht.

Ein Pfarrer in der Kirche vom Schlege gerührt. Der Schauspiel einer erschütternden Szene war am Sonntag während des Frühgottesdienstes die Heilige Kreuzkirche in der Minderstraße. Der 70jährige Pfarrer Albert Stage wurde während der Amtshandlung von einem Herzschlage getroffen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Kirchenbesucher sprangen hinzu und trugen ihn nach der Sankt-Johannis-Kirche. Ein Arzt war bald zur Stelle, aber er konnte nicht mehr helfen und nur den bereits eingetretenen Tod feststellen. Auf einer Tragbahre wurde der tote Pfarrer nach der im Hause Minderstr. 13 gelegenen Wohnung geschafft.

Der Foder Otto Leistner, Berlin, Falkenbergstr. 58, 2 Tr. wohnhaft, ist, wie er uns mitteilt, mit einem Namensvetter verwechselt worden, der wegen Verdachtes der Täterschaft des Eisenbahnwaggon-Unfalls in Untersuchungshaft genommen worden ist. Da der Obige gleichfalls aus Straußberg gebürtig ist, bittet er uns, mitzuteilen, daß er mit dem Verhafteten nicht identisch ist.

Bemerken möchten wir, daß auch dem der Tat Verdächtigten die Schuld noch nicht bewiesen ist.

Todesprüfung einer Majorsfrau. In der Kleiststr. 14 spielte sich Sonntag früh ein erschütternder Vorgang ab. In einem Anstöße von Schwermut stürzte sich dort die 39jährige Frau des Majors im Generalsstabe Robert Wegner aus dem Fenster ihrer im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab, wo sie mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb. — Frau Wegner, eine geborene von Kreuznach, war seit neun Jahren mit ihrem um 20 Jahre älteren Ehemann in kinderloser Ehe verheiratet. Da sich bei ihr schon vor längerer Zeit Spuren von Trübsinn zeigten, wurde sie Mitte August nach einem Sanatorium in Schlachtensee gebracht, von wo sie erst vor drei Tagen in Begleitung einer Anstaltschwester zurückkehrte. Obgleich sie fortwährend beaufsichtigt wurde, gelang es ihr doch, Sonntag früh 7 Uhr in einem unbewachten Augenblick freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Sie stürzte sich, nur mit dem Hemd bekleidet, aus dem Fenster des Schlafzimmers auf den Hof hinab. Hausbewohner eilten herbei und fanden die Aermste leblos in einer Mulde liegend vor. Ein requirierter Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Die Oberwallstraße, vom Hausboicplatz bis zur Französischen Straße, wird Pflasterungsarbeiten halber sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Das Kreuzen der Oberwallstraße im Zuge der Jägerstraße ist gestattet.

Das Metropol-Theater

hatte am Sonnabend seinen großen Tag. Schon rein äußerlich war das wahrnehmbar. Wer an diesem Abend nach 7 Uhr durch die Wehrensstraße ging, hatte Mühe, sich durch die Menge Reugieriger hindurchzuwinden, die sich vor dem Tempel der leichten Muse angeammelt hatten. Autos, Equipagen und Droschken wollten unaufhörlich heran, um die Premierenbesucher vor dem Eingang des Metropol-Theaters abzugeben; „Tout Berlin“ gab sich sein Stelldichein; Bekrante Herren im tadellosen schwarzen Anzug, Damen in kostbarsten Seidenroben, brillant behängt, nach Patschuli und anderen Parfümerien duftend, fanden sich zusammen, um bei der Eröffnung der Jahresrevue: „Das muß man sehen“, von Julius Freund, dabei zu sein. Manche Dame trug in ihren Roben und Brillanten ein schweres Vermögen zur Schau. Und unter den Besuchern, die nicht direkt geladen und mit Freibillets versehen erschienen waren, befanden sich Leute, denen es nichts ausmachte, für einen mittelmäßigen Parquetplatz 50, 80, 100 Mark, und für einen Logenplatz 300, 400, 500 und mehr Mark zu zahlen; diese Leute hatten es ja dazu.

Die Revue reißt die Ereignisse des vergangenen Jahres lose aneinander und läßt sie an unserem geistigen Auge vorbeiziehen. Raum ein Vorgang im öffentlichen Leben, an den sich nicht der Spott und der Witz des Verfassers heranzugewagt hätte. Daß bei der Fülle des Gebotenen auch manches minderwertige unterläuft, ist nicht zu verwundern. Eingeleitet wird die Revue mit einem ersten Akt, der an die Tränenrührer appelliert. Nach Südwestafrika werden wir geführt und es wird uns gezeigt, welchen Gefahren, welcher Not und Entbehrungen die deutschen Krieger ausge-setzt sind, um dem kaiserlichen Reichstag ein auszuweisen, der im Vorjahre nicht alle Mittel für die Sandwüsten bewilligte. Nach diesem echt patriotischen Erguß, der so gar nicht in den Rahmen des Gesamtbildes hineinpakt, kommt der Humor, der Scherz zu seinem Recht. In bunter Folge erleben wir einen Wintertag in St. Moritz, um später das Leben und Treiben in Monte Carlo oder Monte — wie ein Lebemann sagen würde — kennen zu lernen. Der Schlußakt bringt eine Verhöhnepiepielung Strudmanns und eine Parodie der Reinhardtischen Kammerspiele. Ein Ballet: „Berliner Välle“ beschließt das Ganze. Wie immer, so hat auch diesmal der Direktor Schulz eine Pracht und einen Glanz entfaltet, der kaum noch zu überbieten sein dürfte und stark an „1001 Nacht“ erinnert. Reizende Kostüme und prächtige Ausstattung mitteilern miteinander. Nicht zuletzt trug zum guten Gelingen das tüchtige Schauspielensemble bei. Zu den bewährten Kräften des Metropol-Theaters, den Herren Josephi, Giampietro und Fräulein Kassara, gesellte sich recht vortrefflich Guido Thielscher, bisher am Thalia-Theater, der als Messinger Woy, als ausgetauschter Knabe

und als Tenor Caruso glänzend abschneidet. Eine Pariserin, Fräulein Darmand, wickelt mehr durch ihre Schönheit als durch ihre Leistungen.

Die Eröffnungsvorstellung im Circus Schumann. Die neue Saison wurde im Circus Schumann am Sonnabend mit einer glänzenden Galavorstellung würdig eröffnet. Das inhaltreiche Programm, dessen Abwicklung von 1/8 bis nach 11 Uhr dauerte, war vortrefflich zusammengefasst: die abwechselnd dreizehn Darbietungen, die durchweg ausgezeichnet gelangten, wurden mit stürmischem, oft schier endlosem Applaus von dem zahlreichen Publikum aufgenommen, das die weiten Räume des Circus Schumann bis auf den letzten Platz füllte. Unübertroffen wurde vor allem auf dem Gebiete der Pferdebühnen im allgemeinen, der Reitschule im besonderen geübt, worin der Circus Schumann von jeder hervortrat. In erster Linie ist der Herr Direktor Albert Schumann selbst zu nennen, der eine brillante Quadrille von sechzehn Pferden vorführte und auch erstaunliche Leistungen auf dem Gebiete der Einzelreiterei zur größten Freude des Publikums darbot. Des Direktors jugendlicher Nefte, Herr Ernst Schumann führte sich auf einer Vollblutstute als vortrefflicher, vielversprechender Schulkreier ein. So war auch in jeder Hinsicht lobenswürdig, was Miss Eva Powell-Rippers, Mlle. Koreau, die Herren Fontana und Saida Gerard, die Damen Mathilde Reng und Dora Schumann zusammen mit den Herren Ernst Reng und Karl Hef, schließlich der Hse Gnarbs Man und der farbige Voltigeur Woodson an Reitschulen leisteten. Treffliche Reiterleistungen brachte Herr Vano mit einer Anzahl prächtiger Vollblutstuten zur Vorführung. Das Pferdmaterial des Circus Schumann ist überhaupt nach wie vor von ausgezeichneter Qualität. Auf akrobatischem Gebiete fanden die fünf Obraes und besonders auch die George Bonhart-Truppe großen und wohlverdienten Beifall. In schwindelnder Höhe produzierten sich die Monbars am Trapez als lähne Luft-Voltigeure von großer Gewandtheit und Ausdauer. Selbstverständlich fehlte es auch nicht an den allbeliebten Clowns. Die musikalischen Clowns Fredes Plattler wurden sehr beifällig aufgenommen, ebenso die Herren Albano. Die groteske Komik der Späße „August“, sowie der Clowns Adolf und Coco verfehlten nicht ihre gewohnte Wirkung auf die Zuschauer vor allem der jugendlichen Circusbesucher. Alles in allem war die Premiere bei Schumann vortrefflich gelungen, so daß dem beliebten Circus eine erfolgreiche Saison in Aussicht steht.

Orchestersert. Mittwoch, den 18. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Kap. Musikdirektor Bernh. Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orchestersert unter Mitwirkung von Fräul. Leni Weiße (Sopran), Fräul. Theresia Funt (Alt) und Herrn Georg Hilgenberg (Violine). II. a.: Passacaglia und Finale über Bach von Georg Schumann. Der Eintritt ist frei.

Den Berliner Rennbahnen hatte am Sonntag das Wetter einen argen Streich gespielt und zur Verlegung der Rennen gezwungen. Am liebsten war Spandau daran. Hier sollte bei vorzüglicher Befehung ein „Zweistunden-Rennen“ ausgefahren werden, das sicherlich spannende Kämpfe gezeitigt hätte. Das Rennen soll im Oktober stattfinden. — In Steglitz traten anlässlich des „Großen Berliner Sportfestes“ nur die Leichtathletik-Vereine in die Startlinie, während die Reiterrennen des Bau 30 (D. R. W.) auf den 20. September verlegt wurden. Die Ergebnisse waren zum Teil recht achtbare. Die „Meisterhaft des Verbandes“ 1500 Meter errang Stolzenburg (Hansa) in 4 Min. 39 Sek. vor Böge und Jungens. — Ueber 100 Meter siegte Beech (Komet) in 11 1/2 Sek. vor Nohlfeld und Splittstößer. — Im 3000 Meter-Gehen kam Gonia (Hansa) vor Wilhelm und Fink ein. — 400 Meter-Laufen: Colobain (Komet) vor Axel und Stolzenburg. Dischewerfen: A. Abraham (Komet) 33,05 Meter, Topp 28,80 Meter, Eickentop 26,20 Meter. — Stadthochsprung: B. Abraham (Komet) 2,70 Meter, Kleg und Martin 2,00 Meter. Hochsprung: Tich. Frieze, Meyer je 7 Punkte gleich 1,51 Meter. — 100 Meter-Laufen: Splittstößer und Beech.

Auch Treptow hatte unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Doch als im Laufe des nachmittags der Himmel aufhellte und sich zahlreiche Zuschauer eingefunden hatten, veranstaltete die Direktion noch ein Prämiensahren über 10 Kilometer. Sieger blieb Mabe in 14 Min. 31 1/2 Sek. vor Theis (1 Länge), Wante und Krelbel. Prämiens erhalten: Wante 3. Mabe, Bierd und Stabe je 2, Panen 1. — Die übrigen Rennen sind auf den 20. September verlegt. — In Zehlendorf sollte ebenfalls ein 75 Kilometer-Rennen veranstaltet werden, das nicht abgehalten wurde.

Verloren wurde am Sonntag auf dem Eggeplatz (Einsame Pappel) das Mitgliedsbuch des deutschen Holzarbeiterverbandes, Nr. 2579. Dasselbe ist abzugeben bei H. Haled, Hochmeisterstr. 16d, oder Engel-Hfer 151, im Bureau.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Eine Gasexplosion fand gestern in der Fußastr. 6 statt. Der Schriftsetzer Didenhausen hatte in der dritten Etage eine Wohnung bezogen. Nachmittags machte sich ein verdächtig Gasgeruch bemerkbar. Didenhausen hat nun seinen Kollegen Georg Seibe, der ihm bei dem Umzug behilflich gewesen war, einmal die Leitung abzuschneiden. Beide glündete unvorsichtigerweise ein Streichholz an und leuchtete damit an dem Gasrohr entlang. Unter gewaltiger Detonation entstand plötzlich eine Explosion. Durch den enormen Luftdruck wurden sämtliche Fenster zertrümmert und auf die Straße hinausgeschleudert. Auch einige Möbelstücke wurden demoliert. Seibe wurde von der Stichflamme getroffen und am Kopf verbrannt. Die Haare waren ihm vollständig verengt worden. Das Ausströmen des Gases war dadurch herbeigeführt worden, daß der ausgezogene Meter die Auslässe nicht genügend verschlossen hatte.

Röpenitz.

In der Viktoriastraße Neu-Röpenitz an der Röpenitz-Kaufbocher Landstraße wurde gestern nacht die Villa Wade in der Waldpromenade vom Feuer heimgesucht und bis auf die Grundmauern und die Veranda vollständig eingeschmelt. Einige Hausgeräte konnten gerettet werden. — In Friedrichshagen brannte das Stadthaus des Eigentümers August Hoffmann in der Friedrichstraße 22 nieder, wobei eine Menge in den Flammen umkam. Die freiwillige Ortswehr löschte den Brand.

Weißensee.

Der von der Arbeiterkassette gewählte Gemeindevertreter Fischer Julius Worted ist vom Vorstande des Wahlvereins aufgefordert worden, sein Mandat niederzulegen, da er seit langer Zeit keine Sitzungen besucht, aus dem Holzarbeiter-Verbande ausgeschieden ist und auch für dieses Jahr seinen Beitrag zur sozialdemokratischen Partei geleistet hat. Für Worted muß in der Nachwahl ein Hausbesitzer gewählt werden.

Zegel.

Die Gemeindevertretung tagte am Freitag im Gemeindehause. Sie war nur gerade beschlußfähig, da noch immer einige der Gemeindevertreter auf Reisen sind. Der Vorsitzende teilte eingangs unter anderem mit, daß eine Regierungskommission die Räume für den Präparandenkursus im ehemaligen Dahmischen Hause beschlagnahmt und für gut befinden hat. Bei dieser Gelegenheit wurde in Aussicht gestellt, daß die Abhaltung der Kurse eine dauernde Einrichtung werden würde. Weiter wurde der Verwaltungsbericht der Stadt Zegel vorgelegt. Der Vorsitzende wies dabei besonders auf die Stelle von der Eingemeindung von Blähensee und dem Gelände am Spandauer Schiffahrtskanal bis zum Zegeler See hin. Aus dem Bericht wurde entnommen, daß die letztere Angelegenheit vom Magistrat zwar angenommen, aber nicht sehr eifrig betrieben worden sei, zumal ja auch der Zweck der Eingemeindung, eine Verbindung mit den städtischen Werken in Zegel zu erhalten, durch den trennenden Schlepplag nicht zu erreichen sein würde. Die

Firma F. Krupp hat nun den Antrag auf Rückkaufnahme der drei Parzellen, über die letztlich das Reichsgericht entschieden hat, gestellt. Sie erachtet die Gemeinde, die Parzellen, die sie zu Unrecht in ihrem Besitz habe, wieder aufzulassen und einen Termin dazu zu bestimmen. Gleichzeitig fordert sie die Auszahlung des Gewinnes aus der Parzelle an der Ablage, über dessen Höhe noch ein Streit beim Landgericht schwebt. Dabei ist aber die Firma entgegenkommend genug, die zwei vorausichtlich für Straßenland benötigten Parzellen zu dem für die Steuer 1907 angelegten Preise von 12 Mark pro Quadratmeter, gegen welche Ansetzung die Firma aber selbst protestiert hat, anzubieten. Es sind das für die Parzelle über den „Schwarzen Graben“ 5904 M. und für die Parzelle an der Spandauerstraße 1872 M. Die Gemeindevertretung dachte nicht daran, dieses Angebot anzunehmen. Sie beschloß vielmehr ohne lange Beratung, die Parzelle zurückzulassen, aber nun auch die Spandauerstraße so zu lassen wie sie ist. Der Gewinn aus der Ablageparzelle wird auch nicht gezahlt, da jeder rechtmäßige Besitzer Nutzen aus seinem Grundstück ziehen kann. Und das war die Gemeinde zweifellos. Gleichzeitig wurde beschlossen, den betreffenden früheren Beschluß aufzuheben und den sog. Triftweg am Seeufer zu einer öffentlichen Straße umzugestalten. Zur besseren Verwertung des Armenhausgrundstückes wurde beschlossen, vom Hofstiftung insgesamt 375 Quadratmeter mit 15 Meier Straßenfront zu kaufen. Der nach langen Verhandlungen festgesetzte Preis wurde mit 30 M. pro Quadratmeter teuer befunden. Der Vorsitzende erklärte, daß der Preis nicht weiter herabgehen werde. Natürlich werde der Preis die Grundwertsteuer des nächsten Jahres beeinflussen. Der Erwerb sei aber im Interesse des Ortsbildes sehr wichtig. Nach längerer Debatte hierüber wurde dann der erwähnte Beschluß gefaßt. Dagegen stimmten unsere Genossen Lichtenberg und Rodtke unter der ausdrücklichen Erklärung, daß ihnen der Preis zu hoch erscheine. Der Gasanfall Berlin wurde auf Grund einer Anfrage erklärt, daß die Gemeinde Zegel zurzeit keinen Wert auf die Herstellung der konzentrischen festgesetzten Verbindung des Berliner Gaswerks mit dem Zegeler Gaswerk lege. Der Gaswerksvertrag werde dadurch nicht berührt. Das Zegeler Gaswerk hat sich übrigens gedecretiert, den Anschluß zu gestatten, da keine Notwendigkeit vorliege. Die bereits auf dem Gaswerk fertigen Anschlussleitungen sollen für den Anschluß von Wittenau benutzt werden. Die Aufnahme eines Darlehens von 25 000 M. für den Beitrag zum Pfarrhausbau von der Kreisparzelle unter den üblichen Bedingungen wurde genehmigt. Gegen die Anleihe stimmten aus prinzipiellen Gründen die Genossen Lichtenberg und Rodtke. Der Nachtragsvertrag mit dem Gaswerk Berlin betreffs Entwässerung der Spandauer- und Bernauerstraße wurde so angenommen, wie ihn der Magistrat Berlin vorgelegt hatte. Für die ihrer Vollendung entgegengehende Bedürfnisanstalt auf dem Bahnhofsplatz wurde beschlossen, daß ein Abolet für auf dem Platz spielende Kinder frei sein solle. Der Antrag des Genossen Lichtenberg, überhaupt von den Frauen keine Gebühren zu erheben, wurde gegen die Stimmen der Genossen Lichtenberg und Rodtke abgelehnt. Ein von einem Berliner Unternehmer gestelltes Angebot zur Aufstellung alkoholfreier Trinkhallen auf den öffentlichen Plätzen wurde mit Rücksicht auf die Zegeler Gastwirte abgelehnt. In geheimer Sitzung wurde dann noch über Kleinbahn- und Hofenauftrag beraten.

Nowawes.

Ueber „Sozialdemokratie und Kirche“ referierte in der letzten gut besuchten Wahlvereinsversammlung Genosse Zubeil. Seine einseitigen, wirtundvollen Ausführungen wurden von den Anwesenden, unter denen sich viele Frauen befanden, mit starkem Beifall aufgenommen. Im Anschluß hieran teilte der Vorsitzende Strohnberg mit, daß Formulare zum Austritt aus der Landeskirche bei den Genossen Gruhl, Somoll und Töller unentgeltlich zu haben sind, und er lud die Genossen, zahlreichem Gebrauch davon zu machen. — Den Bericht von der letzten Kreis-Generalversammlung erstattete Genosse Reinfeldt. In der Diskussion wurde der Beschluß des Kreises auf Einführung des Proportionalwahlsystems zu den Kreis-Generalversammlungen von verschiedenen Rechnern beifällig kritisiert, während andererseits betont wurde, daß der Beschluß eine Notwendigkeit gewesen sei, um ein weiteres einseitiges Arbeiten mit den größeren Orten des Kreises zu ermöglichen. — Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß die Verichterstattung vom Parteitag, welche Genosse Grünwald übernommen hat, am 9. Oktober stattfinden wird. — Zur Aufnahme hatten sich sieben Genossen gemeldet.

Zwei sozialdemokratische Interpellationen beschäftigten die letzte Gemeindevertretersitzung in Nowawes. Die erste betraf die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts und wurde vom Genossen Jöllner begründet. Derselbe führte aus, daß von der großen Mehrheit der Einwohnerchaft mit Freuden begrüßt worden sei, als die Unterrichtszeit für die Fortbildungsschüler in die Zeit von 5 bis 7 Uhr, statt früher von 7 bis 9 Uhr, verlegt worden sei; auch das Lehrpersonal habe erklärt, daß diese Maßregel von großem Nutzen für die Schule gewesen sei, da die Schüler bedeutend größeren Fleiß und Aufmerksamkeit gezeigt hätten. Da müsse es als höchst bedauerlich erklärt werden, daß jetzt auf einmal wieder die Unterrichtszeit in die Stunden von 6 bis 8 Uhr verlegt sei, und zwar ohne daß man den Schulvorstand gehört habe. Er frage deshalb den Gemeindevorstand, welche Gründe zu dieser Maßnahme geführt haben. Bürgermeister Winkelmann erwiderte hierauf, daß seit der Befreiung der früheren Schulzeit fortwährend Beschwerden von Arbeitgebern an ihn berichtet worden seien über den frühen Beginn des Unterrichts, er aber diese Beschwerden nicht beachtet habe. Darauf hätten sich die Inhaber resp. Direktoren der großen Fabriken und der Verein für Handel und Gewerbe mit Petitionen an den Regierungspräsidenten gewandt, in welchen sie um Verlegung der Unterrichtszeit in die späteren Abendstunden baten. Der Regierungspräsident habe nun den Gemeindevorstand aufgefordert, eine Sitzung der Rentien und der Fortbildungsschulleiter einzuberufen, welche auch stattgefunden habe. In dieser Sitzung habe die Firma Ohrenstein u. Koppel beantragt, die Unterrichtszeit 1/2 Uhr abends beginnen zu lassen, welchem Antrage aber die Mehrheit nicht zustimmte, sondern den Unterricht von 6 bis 8 Uhr stattfinden zu lassen beantragte. Der in dieser Sitzung anwesende Deputiert der Regierung habe erklärt, daß die Schulzeit in den größeren Industrieorten doch in einigen Jahren in eine frühere Zeit verlegt werden wird. Nachdem der Regierungspräsident das Protokoll der Verhandlung eingefordert, sei verfügt worden, daß die Unterrichtsstunden in die Zeit von 6 bis 8 Uhr abends verlegt werden sollen. An der Diskussion über diesen Bericht beteiligten sich untererleits die Genossen Somoll, Gruhl und Neumann, welche sich in scharfer Weise gegen ein derartiges Verfahren aussprachen und erklärten, daß in dieser Frage unbedingt noch die Vertreter der Arbeiterkassette gehört werden müssen. Die Rentien hätten sich nur vor reinen Unternehmerinteresse bei ihrem Vorgehen leiten lassen, ohne die Ziele und Aufgaben der Fortbildungsschule zu berücksichtigen. Besonders habe sich hierbei der Schöffe Köhnen, Betriebsleiter der Firma Ohrenstein u. Koppel und Mitglied des Fortbildungsschulvorstandes, hervorgetan, von dem man bisher angenommen habe, daß er auf einem fortschrittlichen Standpunkt stehe. Herr Köhnen suchte sein Verhalten mit der Erklärung zu motivieren, daß die Firma Ohrenstein u. Koppel infolge der weiten Entfernung des Betriebes von der Schule ihre Verhältnisse eine Stunde früher entlassen müsse wie die am Orte ansässigen Unternehmer. Nachdem noch einige bürgerliche Vertreter erklärt hatten, daß sie die Verlegung des Unterrichts nicht gutheißen können, wurde die Debatte über diesen Punkt geschlossen. — Die zweite Interpellation unserer Genossen betraf die Errichtung eines Gewerbegerichts. Genosse Gruhl verwies darauf, daß der Wunsch auf Errichtung eines Gewerbegerichts in Nowawes schon verschiedentlich Gegenstand der Beratung der Gemeindevertretung gewesen sei, welche denselben noch stets unterstützt habe. Der Grund, weshalb ein derartiges Institut in unserem Orte noch nicht existiere, sei in dem früheren ablehnenden Verhalten der Neunbürger Vertretung in dieser Frage zu suchen; erst kurz vor der Vereinigung der beiden Orte habe sich auch die dortige Vertretung

diesem Antrage gegenüber geneigter gehalten und eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zur Errichtung eines Gewerbegerichts erledigen sollte. Nachdem die Verschmelzung der Orte vor sich gegangen, dürfte es an der Zeit sein, sich ernstlich mit dieser Frage zu beschäftigen. Der Bürgermeister erklärte sich mit den Ausführungen Gruhls einverstanden; es wurde hierauf beschlossen, in der nächsten Sitzung eine Kommission zu wählen, die die Vorarbeiten erledigen soll. Demnach dürfte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo der Wunsch der hiesigen Arbeiterkassette auf Errichtung eines Gewerbegerichts erfüllt werden wird. — Weiter wurde beschlossen, zur Deckung notwendiger Ausgaben eine Anleihe von 400 000 M., zahlbar in vierprozentigen Teltower Anleihen, auszugeben, aufzunehmen. — Bezüglich Abänderung des Tarifs der Charlottenburger Wasserwerke empfiehlt die Belegkommission die Einführung des alten Tarifs, welcher bisher in Neuenhagen gültig war, da dieser für die Gemeinde am vorzuziehenden sei und sich die Direktion der Wasserwerke damit einverstanden erklärt habe. Die Vertretung gibt ihre Zustimmung zu diesem Antrage.

Potsdam.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien 23 Punkte. Darunter waren namentlich mehrere, die von wenig Wichtigkeit waren. Wir erwähnen daher bloß: die Erwiderung des Magistrats auf die Eingabe des deutschen Volksbundes (Antifeministen), Ortsgruppe Potsdam, betreffend die Einführung einer höheren Warenhaussteuer und die Erhöhung der Sicherheit gegen Feuergefahr in Warenhäusern. Da die Stadt Geld braucht, will sie auch eine Warenhaus-Sondersteuer in Aussicht nehmen; im übrigen bieten die beiden hier vorhandenen Warenhäuser nach dem Gutachten des Polizeipräsidenten und des städtischen Brandmeisters genügenden Schutz gegen Feuergefahr. Stadtv. Frölich (Antif.) wollte die Verkaufsräume nur auf die Räume im Barterre beschränken und ähnlich den Sälen eine Befugnis polizeilich feststellen. — Eine längere Debatte rief die Petition von Hauseigentümern und Anwohnern der Brandenburger Straße hervor. Die Bewohner dieser Straße verlangen jetzt, nachdem die elektrische Strophenbahn mit Rücksicht auf den zweigleisigen Verkehr nach der Charlottenstraße verlegt werden mußte, daß auch diese Straße, als die Hauptgeschäftstraße, ebenso wie die Charlottenstraße asphaltiert werde und elektrische Beleuchtung erhalte. Als der Oberbürgermeister aber diese durch die Petition geforderten Ausgaben, übrigens von 33 Stadtverordneten (die Mehrheit!) unterschrieben, in Höhe von 75 000 M. eine Zugausgabe nannte, hauptsächlich schon in Anbetracht des noch guten Pflasters und der besonderen Schwierigkeiten, die sich bei der Aufstellung des neuen städtischen Etats einstellen werden, fanden nur noch der Stadtv. Paul und der Vorsitzende sowie der Agent des Haus- und Grundbesitzervereins, die Stadtv. Herrmann und Dylper, den Mut, diese Forderungen voll und ganz aufrecht zu erhalten. Obwohl man die elektrische Beleuchtung auch vom Magistrat für notwendig hielt, wollte man mehr rauschlagen und überwies diese Petition zur Vorlage an den Magistrat. — Eine recht bezeichnende Debatte für den Geist, der unter den Stadtverordneten herrscht, entstand bei der Einführung von Fahrkartenbestellen. Die Stadt, die als Besitzerin der Straßenbahn am 2. September den elektrischen Betrieb zum Teil eröffnet hat, will natürlich möglichst vollbesetzte Wagen haben, um auch Ueberfülle zu erzielen. Zu diesem Zwecke machte die Verwaltung den Vorschlag, Fahrscheine im Werte von 50 Pf. für 50 Pf. zu verkaufen. Stadtv. Hennig (Vertreter der Kaufmannschaft!) verteidigte die Ansicht, die Potsdamer müßten weiterfahren für ihr Geld wie Auswärtige. Bezeichnend ist es wohl auch, wenn ein Gegner der Einrichtung, Stadtv. Friedrichs (lib.) neben dem Ausfall der Einnahmen für die Stadt auch noch bemerkt, daß dadurch den Schaffnern die Trinkgelder entzogen werden! Städtische Angestellte sollten überhaupt nicht auf Trinkgelder rechnen; für sie müßte die Bezahlung so festgesetzt werden, daß dies nicht notwendig ist. Schließlich wurde die Vorlage vom Magistrat zurückgezogen. — Beim Austausch der Lehramtskandidatinnen für den französischen und englischen Unterricht soll eine Französin mit dem 1. Oktober an der höheren Mädchenschule angestellt werden. — Einem alten Straßenbahnarbeiter werden neben seinem Altersgeld (150 M.) 100 M. Rente bewilligt. — Für vier langentranke Kinder werden zwecks Verlängerung des Kur-aufenthalts 184 M. nachbewilligt.

Vermischtes.

Eisenbahnkatastrophe in Amerika. Eine schwere Eisenbahnkatastrophe ereignete sich am Sonntag morgen 4 1/2 Uhr auf der Strecke Quebec—Boston bei Canaan (Newhampshire). Dort stieß ein mit Ausflüglern besetzter Expresszug mit einem Güterzug zusammen. Beide Lokomotiven stürzten in den Abgrund. Gestrigen Meldungen aus New York zufolge wurden 20 Leichen geborgen und 40 Verletzte ermittelt; mehrere werden noch vermißt. Es wird angenommen, daß der Unfall auf mißverhandene Anordnungen zurückzuführen ist. Der Expresszug stieß auf einer Kurve gegen den Güterzug, der in der entgegengesetzten Richtung fuhr. Beide Lokomotiven stürzten die Böschung hinab, der Gepäckwagen schob sich in den ersten Personenwagen und dieser wurde in den zweiten Personenwagen hineingezogen. Fast alle Tote befanden sich in dem ersten Personenwagen; die übrigen Passagiere des ersten und zweiten Personenwagens sind alle mehr oder weniger schwer verletzt. Die meisten Tote sind Frauen, einige der Verletzten liegen hoffnungslos darnieder.

Ein Raubmord. Nach einer Meldung aus Oberammergau (Obenwald) ist am Sonntag nachmittags in der sogenannten Schnakenmühle in der Nähe der im Grunhofes Kreise gelegenen Dieburg ein Raubmord verübt worden. In Abwesenheit des Müllers Neutroth drang ein Dieb in die Mühle ein und überfiel die Frau mit ihren zwei Kindern. Ein Kind wurde durch Weilsche getötet, das zweite, die 13jährige Tochter und Frau Neutroth selbst wurden durch Weilsche und Messerstücke so schwer verletzt, daß sie im Sterben liegen. Wie später mitgeteilt wird, hat die Staatsanwaltschaft in dem Täter den 1863 in Helsenbergen bei Friedberg in Hessen geborenen, bei dem Müller Neutroth bedienstet gemessenen Tagelöhner Georg Joseph Martin ermittelt; ihm sind 340 M. Bargeld in die Hände gefallen.

Drei Arbeiter und ein Schüler vom Bliz getötet. Nach einer Meldung aus Halberstadt ereignete sich in Wiedelah der Bliz am Sonnabend drei auf dem Felde beschäftigte Arbeiter. Gestern wurde in Erbringen bei Halberstadt ein Schüler, der unter einem Baume Zuflucht gesucht hatte, vom Bliz getroffen und getötet.

Von der Lokomotive überfahren und getötet. Auf dem Bahnübergang zwischen Albersdorf und Schoeningen wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ zufolge drei Vergleite von einer Lokomotive überfahren und getötet. Ein Bergmann wurde schwer und zwei leicht verletzt. Der Bahnwärter hatte noch vor Einfahren eines Güterzuges die Schranke geöffnet, als noch eine leerfahrende Lokomotive heran kam. Vor der Lokomotive konnte einer der Vergleite, die den Bahnkörper überschritten, sich retten. Dem Bahnwärter war von seinem Vornann bei der Ablösung nicht gesagt worden, daß die Lokomotive dem Güterzuge folgen würde. Infolgedessen hatte er die Schranke geöffnet.

Eine Grabenerplosion. Am Sonnabendabend 10 1/2 Uhr ereignete sich auf Schacht 5 der Grube „Merkenbad“, welche der Saar- und Lothar-Gesellschaft angehört, ein schweres Bergunglück. In einem Querschacht des Schachtes 5 wollte eine Kameradschaft von 12 Arbeitern einen Schuß ablassen. Bei der Schießarbeit kamen angeammelte Gase zur Entzündung. 4 Vergleite wurden

getötet, 3 schwer verwundet. Die Toten wurden schrecklich zugerichtet. Demjenigen, der den Schuß abließ, wurde der Bauch aufgerissen, den anderen Arme und Beine abgerissen.

In den Flammen umgekommen. Nach einer Meldung aus Hirschberg brach in der vorübergehenden Nacht um ein Uhr in den oberen Räumen des Hotels Silesia in Petersdorf im Riesengebirge Feuer aus. Der Sichel ist vollständig niedergebrannt. Montag morgen um 8 Uhr brannte noch das erste Stockwerk. Drei Kinder des Besitzers Zschauer, zwei Knaben von zehn und neun Jahren und eine Tochter von fünfzehn Jahren, fanden ihren Tod in den Flammen. Drei bedienstete Mädchen sind schwer verletzt. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Eine Stadt durch Feuer zerstört. Die Stadt Kurwiltumba ist Schdnener Meldung zufolge vorgestern nacht vollständig durch Feuer zerstört worden. Vier Bantzen, zwei Hotels, das Landamt und 62 andere Holzgebäude brannten nieder. Der Schaden beträgt hunderttausend Pfund Sterling.

Seine Tochter getötet. Heiligenstatter Meldungen zufolge schoß in Hohenangern der Dreifachmaschinenbesitzer Drosd vorgestern abend auf seinen Sohn und seine Tochter; diese wurde getötet. Der Mörder ist flüchtig.

Sechs Millionen Mark unterschlagen. Nach einer Mitteilung des Staatsanwalts in Arnheim (Holland) ist nach Unterschlagung von

140.000 holländischen Gulden der Direktor des Bankgeschäfts Bliester u. Co., Coenraad Constant Linder alias Schuit aus Arnheim, flüchtig. Nach ergänzten Mitteilungen des niederländischen Geschäftsträgers in Berlin betragen die Unterschlagungen ungefähr 6 Millionen Mark. Es steht fest, daß Linder in Begleitung eines jungen Mannes bis zum 9. d. Mts. in einem Berliner Hotel logiert hat. Er hat das Hotel, in das er, nur mit einer Handtasche versehen, eingeleitet war, mit der Angabe verlassen, nach Köln fahren zu wollen. Sein Gepäck habe er auf dem Bahnhof Friedrichstraße stehen lassen. Ob diese Angaben richtig sind, und wohnen er abgereist ist, steht dahin, auf die Ergreifung Linders ist eine sehr hohe Belohnung in Aussicht gestellt worden.

Eine Luftschifferin verunglückt. Die Luftschifferin Wiers nahm Sonntag in New York in Gegenwart von 8000 Zuschauern einen Luftsteg vor. In einer Höhe von 300 Metern explodierte der Ballon. Die Luftschifferin stürzte zur Erde und wurde mit zerstückelten Gliedmaßen aufgefunden.

Vier Erdstöße wurden in voriger Nacht zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens in Holland (Zentralasien) verspürt. Die Apparate der Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung zeigten vorgestern abend zwei ziemlich heftige Fernbeben auf, deren Herd sich in einer Entfernung von vielleicht 2000 Kilometern von dort befindet. Das erste Beben begann bald nach 7 Uhr, die Hauptbewegung gegen 7 Uhr 9 Minuten. Der stärkste Stoß erfolgte kurz nach 7 Uhr 12 Minuten mit einem Ausschlage von 17 Milli-

metern und endete gegen 7 Uhr 45 Minuten abends. Das zweite Beben begann gegen 8 Uhr 32 Minuten, die Hauptbewegung kurz vor 8 Uhr 58 Minuten. Der stärkste Stoß erfolgte 8 Uhr 41 Minuten mit einem Ausschlag von 8 Millimetern und endete kurz nach 9 Uhr abends.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	15. 9.	14. 9.		15. 9.	14. 9.
	cm	cm ²		cm	cm ²
Remel, Mühl	202	-15	Gabel, Spandau	109	0
Regel, Ankerburg	287	-25	Kathenow ²	148	0
Reichel, Thon	—	—	Spree, Spremberg	88	0
Daber, Railhor	123	-7	Beckton	—	—
Krossen	137	-11	Beier, Mühlben	-78	+18
Hannfurt	150	-14	Winden	—	—
Wärthe, Schwimm	80	-6	Rhein, Waldshut	—	—
Landenberg	64	+1	Raub	164	-4
Rehe, Norddamm	21	-1	Rölln	148	-5
Uebe, Reitmühl	-42	-8	Radar, Hellsbrunn	18	-7
Barth	92	-3	Rain, Berthelm	—	—
Magdeburg	98	-7	Rosel, Trier	—	—
Saale, Großhth	75	+3			

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — 7 Unterpegel.

Nur den Inhalt der Ankerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 17. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die weiße Dame.
Kgl. Schauspielhaus. Othello.
Reichshallen. Prinz Friedrich von Hamburg.
Kammerstücke: Frühlings Erwachen.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Kessing. Hedda Gabler.
Zentral. O. (Königl. Theater.)
Der Herr Senator.
Schiller Charlottenburg. Monna Vanna.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Winterschlaf.
Neues Schauspielhaus. Der Held des Tages.
Neues. Der Dieb.
Königliche Oper. Bertha.
Weiten. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Frühlings Erwachen.
Zentral. Die Geisha.
Kleines. Vater und Sohn.
Abends. Haben Sie nicht zu verzollen?
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Ihr Sechshundert.
Luisen. Carmen.
Bernhard Hofe. Der Held des Tages.
Theater an der Spree. Der Kienbubler.
Metropol. Das muß man seh'n.
Waldhalla. Sylvester Schäffer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben!
Waldhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Eine Dancery.
Prater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Tausendströme.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssoone.
Stenwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die tanzenden Männchen.
Mittwoch und Donnerstag: Die tanzenden Männchen.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Dieb.
Mittwoch: Der Dieb.
Donnerstag zum ersten Male: Monströse Liebe.

Kleines Theater.
Zum 68. Male:
Vater und Sohn.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Vater und Sohn.
Donnerst.: Stimme der Unmündigen.
Freitag: Vater und Sohn.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingsluft.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:
Winterschlaf.
Mittwoch: Winterschlaf.
Donnerstag: Die Abteilungen.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sujarenfieber.

Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr: Die Geisha.
Operette in 3 Akten.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssoone.
Invalidenstr. 57-62: Stenwarte.
Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

DOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Carmen.
Mittwoch: Turandot.
Donnerstag: Beiden Reichenmüller.
Freitag zum 1. Male: Amerisafepel.
Sonntags: Geduldete Menschen.
Sonntag nachmittag: Don Carlos.
Abends: Amerisafepel.
Montag: Beiden Reichenmüller.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schauspiel in 3 Akten von Maurice Dennequin und Pierre Weber.
Robert de Trivelin: Rich. Alexander.
Sonntag, den 22. September, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Rixdorfer Theater

Bürgerstr. Bergstraße Nr. 147.
Direktion: Julius Zart.
Mittwoch, den 18. September 1907:
Eröffnungs-Vorstellung: Emilia Galotti.
Ein Trauerspiel in 5 Akten v. Lessing.

Theater an der Spree

Rippenstraße 68.
Heute 8 Uhr:
Der Kienbubler.
Gesangspolke von D. Kallisch.
(Josefine Dora, Heinz Gordon, Marie Grimm-Einödhofer).

BERNHARD ROSE THEATER

Kr. Annabergerstr. 132.
Am Theater, Anf. 8 Uhr:
Der Held des Tages.
Von Kurt Wallat.
Am Garten nur bei gütlicher Bitterung:
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 10.
Die Jüdin von Toledo.
Schauspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Übren- und Vorgelarten gütlich!
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Freitag: Premiere: Die Rastelbinder.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billettverkauf 11-2 Uhr.
Madame Wig-Wag
Operette von Anton und Donat Herrnsfeld. Musik von R. Thal.
Es lebe das Nachtleben!
Separat-Offäre mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr bei halben Preisen:
Ein verrücktes Hotel
und
Savisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnsfeld.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Gustav Kadelburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Schmutzler.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
Schauspiel in 3 Akten von Maurice Maeterlinck.
Deutsch von F. v. Oppeln-Bronikowski.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Metropol-Theater

Zum 4. Male:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (14 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Walhalla-Variete-Theater

Waldhallastr. 19/20, Rosenstr. 107.
Anfang 8 Uhr.
Das originale Sept. Programm.
Auto Klav., der Klavier hebt ein Automobil mit den Zähnen.
Tunel: Konzert i. Theaterbel. frei.

Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Bühne und Welt.
Schauspiel von Paul Gaudel.
Anfang 8 Uhr.

WINTER GARTEN

Anne Danerey
Olga Preobrajensky
und das glänzende Programm.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: Täglich: 9 1/2 Uhr: Berlin's größte Sensation:
Sylvester Schäffer jr.
der berühmte Universal-Künstler.
Vorher ab 8 Uhr:
Das kolossale Programm.
Sonntag, 22. Sept., 3 1/2 Uhr: Erste Nachm.-Vorstell. mit Solo. Schäffer.

Passage-Theater.

Lona Nansen.
14 erstklassige Nummern.

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
Heute 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende Programm.
Unter anderem:
Das schwimmende Theater
das Tollste vom Tollsten.
The 5 Marnos
erstklassige Akrobaten.
The Newport
Operette.
und 8 erstklassige Nummern.
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Vierte große Vorstellung.
Das für Berlin vollständig neue Programm.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton als Quie im Familienbad Waussee.
Anf. Sonntag 8. Sonntag 7 Uhr.

Rajino-Theater.

Rohlfingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda.
Vorher d. glänz. Eröffnungs-Vorgr.
Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Prob.

Buggenhagen, plav.

Gründer: Albert Böhme.
Täglich: Die 7 Schwaben moderne Soldaten.
Martin Bendix als Oberleutnant Holmes von Trenndrichen.
Am unter. Saal tägl.: Militärkonzert.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. [27]²⁴

Julius Meyer Restaurant, Oranienstr. 103

Jeden Sonntag: Gemütl. Beisammensitzen und Tanz.

Leske & Lehrer
78 Kottbuserdamm 78
Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen
fertig und nach Maß.
Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.
Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.
Originalinserat! Nachdruck verboten.
Knaben-Anzüge.
Herbst-Paletots * Herbst-Anzüge.
Einsegnungs-Anzüge.
Hervorragende Auswahl in Stoffneheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.
Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.
Wir ersuchen höfl., uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.
Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!
Der immerwährende Prachtkalender
ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Resle! Mocquetts.
Pflüsch-Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.
Oranienstr.

Wanzen

u. Brut tödtet mit unfehlbarer Sicherheit Reichel's verstärktes Wanzenfluid.
Nicht bedend, nicht feuergefährlich.
Kein Übelgeruch, nachhaltige Wirkung.
Bl. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, Literfl. 5.-.
Sprühapparate von 50 Pf. an.
Einzig echt und garantiert nur mit Marke Tod und Teufel.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4, Fernspr.-Anschlüsse A. IV. 4751, 4752, 4753.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Zurückgekehrt Frauenarzt
Dr. E. M. Simons, 68/18

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische Bedarfsartikel

Gummiwaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Aerzt empf. bill. Apoth. S. Schwelzars Fab. hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.
Man kauft föntl. Bettartikel, namentlich **Oderbrucher Bettfedern**, überaus vorteilhaft im großen, 1904 im Oberbruch gegründeten Bettfedern-Spezialgeschäft von Otto Krohn (seit 1905 Brunnenstr. 171 gegenüber Jandorf (Tel. 111a 4291), meistlich auch in eigen. Zweigstellen-Reinigungsmaschinen durch zwei erprobte Spezialmaschinen alte, zusammengeklumpte Betten tabofal aufgearbeitet werden, so daß sie nach der Reinigung wieder leicht und voll sind.

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfstr.-Krankenhäusern.
Berlin C., 58012

30. Finien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Belegen, angenehm u. weich am Körper.
Auf Teilzahlung!
Wöchentlich nur 1 Mark.
Ihren jeder Art (sowie Goldwa. Silber, Phonograph, Platten, Nähmaschinen, Harmonikas, Randalinen, Geigen usw. Große Auswahl in Klaffen, erste Edison-Apparate und Walzen zu Original-Preisen.)
Jahre & König,
Warschauerstr. 72, 1. Etage, Reinickendorferstr. 101, 1. Etage.

Hygienische Bedarfsartikel

Neueste Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. n. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Bilz Sanatorium

Dresden-Kadebeul, Schloss Lössnitz, Berr. m. d. Laga. Hebe. Nizza. Prospekt frei.
Obst-, Trauben- u. Heilkräutern. Unerf. Heilkräutern. Unerf. Heilkräutern. Unerf. Heilkräutern.
Goldne Lebensregeln
Künstl. ausgest. Prachtwerk, 60 Illustration, 6 Kunstbelegungen. - Alleinst. begünstigt auf. Preis nur 2 Mk.
Soeben erschienen!
Pro-fessoren Dektoren u. 2 Mk. Preise haben das Buchanerkennend besprochen. Zu bez. durch Bilz Verlag, Dresden u. Leipzig u. allen Buchhandlungen. - Gesundheit, Glück u. Lebensfreude Jedermann Das ist der Geist, d. d. Buch durchweht.
Bilz Naturheilmittel 1,500000 verk.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Parteigenossen! Mitbürger!
Dienstag, den 17. September, abends 8 Uhr,
in der Neuen Welt, Hasenheide:
Volks-Versammlung.
Lichtbilder-Vortrag:
Die modernen Verkehrsverhältnisse und die Verkehrsverhältnisse Rixdorfs.
Referent: P. M. Grempe u. Stadtervordener Silberstein.
Magistrat und Stadtverordnete sind hierzu eingeladen.
Zahlreiches Erscheinen erwartet [295/15*] Der Einberufer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. - Sektion der Putzer.
Mittwoch, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die **Bezirks-Versammlungen**
statt. - Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Die Obente. J. A.: E. Schulze.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Berlin, Fernspr. Amt 4, 4787.
Donnerstag, den 19. September 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. „Der Internationale Kongress in Stuttgart.“ Referent: Kollege A. Tobler-Samburg. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit.
125/19* Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 6325.
Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**
Geschäftszeit täglich von 10 1/2 - 1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151-152:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag und Verbandsangelegenheiten.
94/9 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Filiale II Berlin.
Mittwoch, den 18. September, abends 8 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung.
2. Gewerkschaftliches.
Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.
Der Vorstand.
181/5

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltung I. (Verein Berliner Hausdiener 1883.)
Hiermit diene unseren Mitgliedern sowie den Gewerkschaften zur Kenntnis, daß sich seit 15. September d. J. unser **Bureau und Kasse Adlerstr. 5 vorn 1 Treppe,** in der Nähe von Rauls Hof befindet. Krankmeldungen, Auszahlungen von Unterstützungen finden nur von 10-2 Uhr statt.
Briefe sind an den 1. Bevollmächtigten **Fritz Wappler,** Geldsendungen an den Kassierer **Herrn. Nelsner** zu richten.
Tel. Amt I 4981. Bureau und Kasse geöffnet von 8-6 Uhr.
75/8* Die Ortsverwaltung.
NB. Der Arbeitsnachweis für Hausdiener, Vater usw. befindet sich nach wie vor Alte Velysgerstr. 1 (Eingang Rauls Hof). Tel. Amt I 2632. Geöffnet von 8-6 Uhr.

Wie ein Flugfeuer

greifen die Volksaufstände um sich, wo keine Lebensmittel vorhanden sind. Daß durch die ungeheure Nachfrage seitens der Spekulanten eine Verschiebung der Vorräte, ein vollständiger Mangel in Dörfern, Städten, Gegenden, Ländern hervorgerufen werden muß, weiß das kleinste Kind, nur die maßgebenden Faktoren in Deutschland können das immer noch nicht begreifen. Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.- Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einzahlung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann **Michael Proestler** in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.
Amandus Zöls, Köpenickerstr. 137. Ecke für Kränzen, Versammlungen usw. 29206 109/13

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987
Mittwoch, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, in der **Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49:**
Bezirks-Versammlung für Moabit.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Internationalen Metallarbeiter-Kongress. Referent: Kollege **Cohen.** 2. Diskussion. 3. Bericht über den Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart. 4. Diskussion.
Das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen ist dringend erforderlich.

Mittwoch, den 18. September, abends 8 Uhr,

in den **Musiker-festfälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:**
Versammlung
aller in den **Metall- und Feilenschleifereien** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Statistik: Die gesundheitslichen Verhältnisse in den Berliner Schleifereien. Referent: Kollege **Fritz Thuran.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen! Die Statistik aus den Schleifereien hat ergeben, daß die gesundheitslichen Verhältnisse sehr schlecht sind. Deshalb darf in dieser Versammlung kein Kollege fehlen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Achtung! Wegen der Quartalsabrechnung müssen alle Kollegen, welche kurzzeit Erwerbslosenunterstützung beziehen, dieselbe in der Woche vom 22. bis 28. September d. J. abgeben. - Auch müssen dann diejenigen Kollegen, welche über Quartalsabschluss hinaus krank sind, bei der Abhebung der letzten Unterstützung ihre Mitgliedsbücher und Kontrollkarten abgeben.
148/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Verband der Portefeuller- und Leder-Galanterie-Arbeiter.

Bureau: Sebastianstr. 4. Zahlstelle Berlin. Tel. Amt IV 5887.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß die **Mitglieder-Versammlung im September ausfällt.**
Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr:
Arania-Vorstellung
„Ueber dem Brenner nach Venedig.“
Billets a 70 Pf. inkl. Garderobe sind im Bureau sowie bei sämtlichen Vertrauensleuten zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Verband der Portefeuller- und Leder-Galanterie-Arbeiter.

Bureau: Sebastianstr. 4. Zahlstelle Berlin. Tel. Amt IV 5887.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß die **Mitglieder-Versammlung im September ausfällt.**
Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr:
Arania-Vorstellung
„Ueber dem Brenner nach Venedig.“
Billets a 70 Pf. inkl. Garderobe sind im Bureau sowie bei sämtlichen Vertrauensleuten zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters **Wilhelm Hagen** sagen wir allen Bekannten und Verwandten, den Kollegen der Firma **Karl Bram,** dem Verein der Droschkensfahrer u. dem „Berliner Theaterverein“ unseren innigsten Dank. 29645
Familie Hagen.

Orts-Krankenkasse Weißensee.

Donnerstag, den 19. September, abends 8 Uhr, in **Eubers Festfälen,** hier, König-Chaussee 5/6:
Große öffentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der 14. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich unter Bezugnahme auf die Verhältnisse der hiesigen Orts-Krankenkasse. 2. Diskussion.
Achtung! Interessenten des Krankentafelwesens, alle Versicherten und besonders die Herren Arbeitgeber sind hierzu freundlichst eingeladen. Zutritt ist jedermann gestattet.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand. 276/8
R. Fuhrmann, Vorsitzender.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewasener Möbel. Wöchentliche od. monatl. Teilzahlung gestattet.

Achtung! Vereine!

Sonnabends und Sonntags im September, Oktober, November, Dezember 1907, Januar, Februar, März 1908 ist mein Saal (200 Personen fassend) unter kulantesten Bedingungen zu vergeben.
24545* **Hax Schumacher,** Stallherstraße 126.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Görlitzer Viertel).

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der **Häfler Johann Rettke** wohnhaft Regnierstr. 18, Stadtbezirk 113a, 263/3 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein von Teitow und Umgegend.

Die Beerdigung des Genossen **Albert Müller** findet Dienstagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle aus statt.
Rege Beteiligung erwünscht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Vorwaltungsstelle Berlin II.
Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Leitergerüstbauer **Oskar Noak** am 11. d. M. infolge Betriebsunfalls (Sturz vom Gerüst) im Alter von 21 Jahren plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Friedhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
75/9 Die Ortsverwaltung II.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale Berlin I.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Ludwig Siems** am Donnerstag, den 12. Septbr., im 50. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
148/16 Die Ortsverwaltung. H. K. Kramer.

Allen Freunden und Verwandten zur traurigen Nachricht, daß unser lieber Sohn **Karl Paulisch** im Alter von 23 Jahren am 12. d. M. an den Folgen eines Betriebsunfalls plötzlich verstorben ist. 29776
Die trauernden Eltern und Geschwister.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Nachruf.
Am 7. September verstarb der Kollege, Häfler **August Lehmann.**
Ehre seinem Andenken!
94/10 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege **Julius Kollof** am 12. d. M. verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Firma **Allgemeine Metallwerke für Beleuchtung.**
Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Blumen-spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Karl Rebs** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem **Verbande der Freien Galt- und Schanz-wirte,** den Genossen der 5. Abteilung und des 103. Bezirks des 2. Berliner Reichstagswahlkreises meinen besten Dank. 29685
Karl Thiedke.

Gerichts-Zeitung.

Eine große Staatsaktion, die mit der Kauterauslieferung zusammenhing, wurde am 16. September vor der Abteilung 139 des Schöffengerichts Berlin-Mitte verhandelt.

Der Angeklagte war der einzige, der sistiert worden war. Weder dem, der ihn mit dem Kopf an die Mauer geworfen hatte, noch dem Revolvergeber war Vergleich zu passiv.

Man fragt sich, wo hier das „öffentliche Interesse“ gelegen ist, das bei einer Anklage von Amts wegen vorliegen soll.

Versammlungen.

Der Agitation unter der Schiffahrttreibenden Bevölkerung diente eine gutbesuchte Versammlung, die am Sonntag bei Feuerstein tagte.

Leser- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr bei Grotzsch, Ullrichstr. 9: Sitzung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 50. Heft des 25. Jahrgangs erschienen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 19 des 17. Jahrganges zugegangen.

politik: II. Frauenwahlrecht; III. Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften; IV. Ein- und Auswanderung; V. Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

Beilage: Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für die Zeit vom August 1906 bis Ende Juli 1907.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Die Feldwand. Von Conr. Ferdinand Meyer. (Gebdht.) — Schlaf für Schullinder. Von Otto Rühle.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Als eine Gedenksnummer für den Internationalen Sozialistischen Kongress in Stuttgart präsentiert sich uns die soeben erschienene Nummer des „Wahren Jacob“.

Außerdem enthält die Nummer ein Porträt unseres verstorbenen Genossen Wilhelm Schmidt-Frankfurt a. M. nebst Nachruf; ferner die Gedichte „An den Eiseren Parteitag“, „Epoche und Keim“, „Des preussischen Freiheitskämpfers“, „Die Geheidenen“, „Morenga“, „Ich warte dein!“ von Clara Behn-Schuch, „Die Ferienreise“ von Richard Wagner.

Der Preis der sehr reichhaltigen, 16 Seiten umfassenden Nummer ist 10 Pfennig.

Witterungsübersicht vom 16. September 1907.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag, Temp. d. Nacht, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag, Temp. d. Nacht.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 17. September 1907. Zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern, lebhaften westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tages-temperatur.

Warenhaus Fachmann..Scholz 76 Turmstr. 76 SERIEN-TAGE.

Advertisement for 95 Pf. items including Fenster Gardinen, Portiere, Damen Filzschuhe, Perl Collier, Velour Tuch, Normal Hose, Damenschürze, Paar wollene Socken, Nachjacke, Gürtelschleier, Paar Strumpfbänder, seid. Schleifen, seid. Kleiderpasse, Mtr. gemustert. Sammet, extra große Marktclassse.

Advertisement for 48 Pf. items including Haferflocken, Backpflaumen, Graupen, Frottier Handtuch, Klammerschürze, Bürstentasche, Leitungsschoner, Figuren, Handtuchhalter, Cigarren Tasche, Gummi Unterlage, Wirtschaftsschürze, Bartbinde, Paar durchbrochene Damen-Handschuhe.

Advertisement for 95 Pf. items including Mtr. Kleider Voile, Zucker, Schinkenspeck, Scheuertücher, feine Leberwurst, gefüllter Nähkasten, Paar Spitzenärmel, 1/2 Dtz. Küchen Handtücher, Spiegelständer, Parfüm, Kaiser Auszug Mehl, 2 1/2 Zuck. und 1/2 Kaffee, Balltuch Seide, Spitzemolant, Paar Schwertsblätter, Stein Umlegekragen, Spitzen Cravatte.

Trotz der billigen Preise geben wir noch Rabattmarken!

